

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**Die Zukunft ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung -
Das Beispiel der Kleinregion ASTEG mit Fokus auf den
Truppenübungsplatz Allentsteig**

Verfasserin

Dr. Manuela Wade

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 857

Studienrichtung lt. Studienblatt: Raumforschung und Raumordnung

Betreuer: ao. Univ.-Prof. Dr. Norbert Weixlbaumer

Danksagungen

Ich danke all meinen InterviewpartnerInnen dafür, dass sie sich die Zeit genommen haben, ihr Wissen mit mir zu teilen und mir Einblick in die Region zu geben. Herrn Bürgermeister Elsigan danke ich zudem für die Vermittlung von Kontakten, Herrn Oberst Fritz für die Einführung in militärische Themen. Meiner Familie danke ich für ihre breite Unterstützung, nicht zuletzt für das Knüpfen von Kontakten im Landhaus in Sankt Pölten. Für interessante Diskussionen danke ich FreundInnen, ArbeitskollegInnen und insbesondere meinem Betreuer Norbert Weixlbaumer. Zusätzlich möchte ich mich bei der Europa-Plattform Pro Waldviertel und dem Regionalverband noe-mitte für die Themenfindung sowie für die organisatorische Unterstützung bedanken.

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass die ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Masterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, September 2014

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung: Die Zukunft ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung	1
2	Ausgangslage: Funktionen ländlicher und peripherer Räume	4
2.1	Die Heterogenität ländlicher Räume	4
2.2	Der Schrumpfungsprozess strukturschwacher ländlicher Räume	8
2.3	Daten und Fakten über das Waldviertel	11
2.4	Peripherisierung als historischer Prozess	20
3	Entwicklungsperspektiven von ländlichen Räumen im Kontext von Regional Governance	27
3.1	Annäherungen an den Regionsbegriff	27
3.2	Regionen als Bezugspunkte für Identifikation	31
3.3	Netzwerke auf regionaler Ebene	37
3.4	Regionen als Handlungsebenen im Spannungsfeld von Zentrum und Peripherie	39
3.5	Schrumpfung als Herausforderung im regionalen Kontext	45
3.6	Regionen im Fokus politischer Strategien	48
4	Methodische Vorgehensweise: ExpertInnenwissen aus der Region	55
5	Das “T“ steht für TÜP1 - Der Truppenübungsplatz Allentsteig als Alleinstellungsmerkmal der Kleinregion ASTEG	59
5.1	Besonderheiten der Kleinregion ASTEG	59
5.2	Bedeutungsdimensionen des Truppenübungsplatzes Allentsteig	61
5.3	Identifizierungsmöglichkeiten innerhalb der Kleinregion ASTEG	67
5.4	Zwischenfazit: Ein neues Leitbild für die (Klein-)Region?	68
6	Vergleichsregionen	72
6.1	Beispiel Oberlausitz: Moderner Truppenübungsplatz in Deutschland	72
6.2	Beispiel Rhön: Biosphärenreservat als Ausgangspunkt für Regionalmarketing	79
6.3	Beitrag der Vergleichsregionen für mögliche Szenarien	90
7	Mögliche Entwicklungsszenarien im Rahmen der Generierung einer (klein-)regionalen Identität	94
7.1	Szenario 1: Militärisches Sicherheitszentrum zur Friedenssicherung	96
7.2	Szenario 2: Ziviles Sicherheitszentrum	98
7.3	Szenario 3: Wild und Jagd	100
7.4	Szenario 4: Naturschutz mit touristischem Gesamtkonzept	101
7.5	Zwischenfazit: <i>Wenn das Bundesheer nicht wäre, was wäre sonst da?</i>	105
8	Schlussbemerkungen: Möglichkeiten endogener Regionalentwicklung	109
9	Literaturverzeichnis	115

Anhang	125
A ExpertInneninterviews	125

Tabellenverzeichnis

1	Bevölkerungsentwicklung allgemein	13
2	Bevölkerungsentwicklung in Bezug auf Alter	15
3	Beschäftigte nach Branchen	18
4	Institutionelle Kinderbetreuung	19
5	Bevölkerungsentwicklung in Sachsen	74
6	Zusammenschau möglicher Szenarien	107

Abbildungsverzeichnis

1	Bevölkerungsveränderung 2001-2011, Quelle: Statistik Austria	12
2	EinwohnerInnenentwicklung nach Bezirken, Quelle: Waldviertel Blog (2007)	12
3	Bevölkerungsdichte Niederösterreich 2012, Quelle: Statistik Austria	14
4	Altersgliederung 2012, Quelle: Statistik Austria	15
5	Logo der Kleinregion ASTEG, Foto: Manuela Wade	36
6	Kleinregionen in Niederösterreich, Quelle: Regionalmanagement Waldviertel, eigene Bearbeitung	60
7	Verwaltungsgliederung Sachsen 2014, Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	73
8	Impressionen des Truppenübungsplatzes Oberlausitz in Sachsen, Quellen: Streitkräftebasis (li.), Technisches Hilfswerk (re.)	77
9	Biosphärenreservate in Deutschland, Quelle: Bundesamt für Naturschutz	79
10	Bevölkerungsentwicklung in der Rhön (li.), Zonierung des Biosphärenreservates Rhön (re.), Quelle: Umweltbericht Biosphärenreservat Rhön	81
11	Impressionen des Biosphärenreservates Rhön, Quellen: Bauernzeitung vom 26.05.2014 (li.), Bundesamt für Naturschutz (re.)	86

1 Einleitung: Die Zukunft ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung

Mangel an Arbeitsplätzen, Abwanderung insbesondere junger Bevölkerungsschichten, dadurch entstehende Überalterung der Bevölkerung, fehlende Steuereinnahmen für die Gemeinden, Abbau der Daseinsvorsorge, verringerte ökonomische Wertschöpfung - viele ländliche Räume sind mit Schrumpfungsprozessen konfrontiert. Diese scheinen durch regionalpolitische Maßnahmen, welche sich die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und auf dem Land zum Ziel gesetzt haben, oft nur schwer aufzuhalten zu sein. Hinzu kommt bei vielen Regionen noch die Abhängigkeit von einem zentralen Arbeitgeber, einem Leitbetrieb, welcher nicht nur direkt für Arbeitsplätze sorgt, sondern auch in seinem Umfeld Zulieferbetriebe - wie beispielsweise Handwerksbetriebe oder Gastronomie - versorgt.

Dies ist der Fall bei den im Waldviertel in Niederösterreich gelegenen Gemeinden Allentsteig, Schwarzenau, Echsenbach und Göpfritz an der Wild. Insgesamt rund 6.500 EinwohnerInnen leben in diesen Gemeinden, welche sich vor einigen Jahren zu der Kleinregion ASTEG zusammengeschlossen haben. Die Bevölkerungsdichte ist gering, die landwirtschaftliche Nutzung hält sich in Grenzen. Dies hängt mit dem bereits erwähnten Leitbetrieb in der Kleinregion zusammen - es handelt sich hierbei nämlich um den Truppenübungsplatz Allentsteig, welcher seit 1957 vom österreichischen Bundesheer genutzt wird. Er umfasst ein Gebiet von 15.700 Hektar und prägt somit die gesamte Region: Über den Truppenübungsplatz ist die Region - oder zumindest die Gemeinde Allentsteig - österreichweit bekannt. Er schafft Arbeitsplätze, und durch die spezielle Nutzung des weitläufigen Geländes haben sich naturräumliche Besonderheiten herausgebildet. Gleichzeitig ist seine Entstehung eine Geschichte der Vertreibung von BewohnerInnen ganzer Dörfer durch das nationalsozialistische Regime, und er hat als räumliche Barriere der siedlungsstrukturellen Entwicklung der ganzen Region seinen Stempel aufgedrückt. Mit diesen Widersprüchlichkeiten einer von überregionalen Ebenen geschaffenen Fläche inmitten ihres Gebietes lebt die Region bis heute.

Hinzu kommen nun Umstrukturierungsprozesse, welche wiederum außerhalb des Einflussbereiches einer Region liegen: Strukturkrisen verschärfen den Wettbewerb zwischen Unterneh-

men und ganzen Regionen untereinander, Privatisierungstendenzen führen zu Einsparungen auch in der öffentlichen Verwaltung und in weiterer Folge zu deren Konzentration auf bestimmte regionale Zentren. Auch das österreichische Bundesheer bleibt von diesen Entwicklungen nicht unberührt, wie die jüngsten Diskussionen über Einsparungen im Verteidigungsressort zeigen - selbst wenn die Volksabstimmung im Jänner 2013 für die Beibehaltung einer allgemeinen Wehrpflicht die Existenz von militärisch genutzten Plätzen, wie jene des Truppenübungsplatzes Allentsteig, weiterhin zu rechtfertigen scheint. Doch was bedeuten diese Veränderungen für eine strukturschwache ländliche Region? Konkreter: Was passiert, wenn das Bundesheer beschließt, den Truppenübungsplatz Allentsteig zu verkleinern, Arbeitsplätze abzubauen? Können diese Arbeitsplätze kompensiert werden oder wird es zu einer weiteren Abwanderung von Teilen der Bevölkerung kommen? In welche Richtung kann und soll sich die Region entwickeln? Vor diesem Hintergrund überlegen VertreterInnen der Kleinregion ASTEG eine Neupositionierung unter dem Aspekt einer möglichen (teilweisen) Nach- bzw. Neunutzung der vorhandenen militärischen Anlagen durch zivile AkteurInnen und Einrichtungen. Diesbezügliche Diskussionen gibt es bereits seit einigen Jahren - die Vorschläge reichen und reichen von der Errichtung eines Sicherheitszentrums bis hin zu Naturschutz mit touristischer Vermarktung.

An diese Diskussionen knüpfen die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit an: Zum einen soll es darum gehen, die Bedeutung des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig für die Kleinregion herauszufiltern. Daran anschließend stellt sich die Frage: Welche alternativen Nutzungen sind - betreffend der Generierung einer neuen (klein-) regionalen Identität über ein Projekt - denkbar? Hierbei geht es nicht nur um die Positionierung einzelner regionaler AkteurInnen, sondern auch um Strategien und Maßnahmen der Regionapolitik für eine (positive) Entwicklung ländlicher Räume. Ziel der Arbeit ist die Entwicklung von Szenarien für mögliche Um- und Neunutzungen des Truppenübungsplatzes, die im Einklang mit der (klein-) regionalen Identität stehen, auf Basis von ExpertInnenwissen vor Ort. Dabei ist anzunehmen, dass zukünftige Nutzungsmöglichkeiten des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig entweder in Richtung verstärktes Ausschöpfen der militärischen Nutzung mit dem Ziel der Profilierung der Kleinregion im Bereich Sicherheit, oder aber in Richtung Entwicklung eines Naturschutzkonzeptes mit dem Ziel der Einbettung in ein touristisches Gesamtkonzept des Waldviertels gehen.

Im nächsten Kapitel wird das Untersuchungsgebiet anhand von statistischen Daten und seiner historischen Entwicklung näher vorgestellt. Zu diesem Zweck wird zunächst der Begriff “ländliche Räume“ sowie deren Funktionen definiert. Daran anschließend geht es in den theoretischen Überlegungen um Entwicklungsperspektiven von ländlichen Räumen im Kontext von Regional Governance, welche auch das Verhältnis von Regionen zu übergeordneten Ebenen, wie jene des Nationalstaates, beinhaltet. Im Zentrum der methodischen Vorgehensweise stehen Interviews mit “ExpertInnen“ aus Militär, Politik, Wirtschaft, Tourismus, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie der Vergleich mit anderen Regionen, die als “Best-Practice“-Beispiele dienen. Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit konzentriert sich zunächst auf die Bedeutungsdimensionen des Truppenübungsplatzes Allentsteig für die Kleinregion ASTEG. Nach einem Kapitel über die beiden Vergleichsregionen als Anknüpfungspunkte für mögliche Perspektiven, geht es beim zweiten Teil der Ergebnisse um die Entwicklung möglicher Um- und Neunutzungsszenarien auf Basis der Generierung einer (klein-) regionalen Identität. Schließlich werden in den Schlussbemerkungen Möglichkeiten einer endogenen Regionalentwicklung für ländliche Räume vor dem Hintergrund überregionaler Einflussnahme anhand des Beispiels der Kleinregion ASTEG diskutiert.

2 Ausgangslage: Funktionen ländlicher und peripherer Räume

2.1 Die Heterogenität ländlicher Räume

In unseren Köpfen gibt es ein - zumeist einheitliches - Bild des ländlichen Raumes, das durch stereotype Wahrnehmungen und Bewertungen dominiert wird. So werden größere persönliche Freiheiten (wie beispielsweise die Nutzung eines eigenen Gartens), die Verfügbarkeit von billigen Baugrundstücken oder das Vorhandensein "schöner" Landschaft mit dem ländlichen Raum assoziiert. Das bedeutet, ländliche Gebiete werden mit ästhetischen Kategorien unserer Umwelt verknüpft. (vgl. ÖROK 2009: 47) Gleichzeitig wird der ländliche Raum zumeist durch eine "urbane Brille" (Henkel 2004: 18) betrachtet, was dazu führt, dass er als eine Art Sorgenkind einer auf Ballungszentren ausgerichteten Gesellschaft gilt. Niedrige Wirtschaftskraft, Prägung durch Land- und Forstwirtschaft und geringe Bevölkerungsdichte, welche aber trotzdem eine erhöhte Dichte an zwischenmenschlichen Beziehungen zur Folge hat, gelten noch immer als Charakteristika des ländlichen Raumes. (vgl. Henkel 2004: 33) Durch all diese Zuschreibungen wird deutlich, dass der ländliche Raum kein fix definiertes einheitliches Gebilde darstellt, das sich im Laufe der Zeit nie verändert, sondern dass

[l]ändliche Räume [...] wie alle Räume soziale Konstrukte (Franzen et al. 2008: 9)

sind, welche durch handelnde AkteurInnen immer wieder neu produziert und durch deren Handlungen Bedeutungen zugeschrieben bekommen - zumeist im Kontext einer Unterscheidung zum städtischen Raum.

In der wissenschaftlichen Debatte werden zur eben dieser Unterscheidung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten Indikatoren wie die Bevölkerungsdichte oder Zentralitätsmerkmale herangezogen. So bezieht sich die regionale Typologisierung der OECD in einem ersten Kriterium auf die Bevölkerungsdichte: Liegt diese unter 150 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer, wird von einem ländlichen Gebiet gesprochen. (vgl. OECD 2006: 26) Als ein weiteres Kriterium wird der Prozentsatz der in einer Region lebenden Menschen herangezogen: Leben mehr als 50 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, wird die Region als vorwiegend ländlich klassifiziert, leben weniger als 15 Prozent in ländlichen Gemeinden als vorwiegend städtisch. *Intermediate* bedeutet, dass sich der Bevölkerungsanteil in ländlichen Gemeinden zwischen 15 und 50 Prozent bewegt. Zusätzlich wird die Existenz von urbanen Zentren mit-

einbezogen: Leben mindestens 25 Prozent der Menschen der Region in einem Zentrum mit 200.000 EinwohnerInnen, gilt die Region als *intermediate*, bei einem Zentrum mit 500.000 als vorwiegend städtisch. (vgl. OECD 2006: 26) Allerdings ist es mit dieser Typologisierung weder möglich, die Existenz von ökonomischen Zentren in Nachbarregionen zu berücksichtigen, noch spielt es eine Rolle, wie weit die entsprechende Region von diesen Zentren entfernt liegt, welche Arbeitsplätze oder infrastrukturelle Leistungen bereit stellen. (vgl. Brezzi/Dijkstra/Ruiz 2011: 6) Aus diesem Grund wurde die Definition der OECD um das Kriterium der Erreichbarkeit erweitert. Gemessen wird die Erreichbarkeit durch die Fahrzeit, die 50 Prozent der Bevölkerung braucht, um zu einem Zentrum mit mindestens 50.000 EinwohnerInnen zu gelangen. Diese Erweiterung ermöglicht eine Klassifizierung der vorwiegend ländlichen sowie *intermediate* Regionen in entlegen oder nahe zu einem Zentrum: Als "entlegen" wird eine Region klassifiziert, wenn 50 Prozent der regionalen Bevölkerung mindestens 60 Minuten Fahrzeit benötigt, um ein Zentrum mit mindestens 50.000 EinwohnerInnen zu erreichen. Dieser Definition folgend, können europaweit 35 Prozent der Regionen als vorwiegend ländlich klassifiziert werden, 14 Prozent davon zusätzlich als entlegen. (vgl. Brezzi/Dijkstra/Ruiz 2011: 6)

In Österreich lebt nahezu die Hälfte der Bevölkerung in als ländliche Regionen definierten Gebieten¹. (vgl. ÖROK 2009: 18) Der Raumordnungsbericht des Bundes der Bundesrepublik Deutschland klassifiziert zudem nach Merkmalen von Lage und damit verbundener Zentralität in Zentralraum, Zwischenraum und Peripherraum. Suburbanisierungstendenzen konzentrieren sich nach dieser Definition auf die äußeren Zentralräume und jene Zwischräume, welche von ihrer Lage nahe den Agglomerationsräumen oder entlang von Verkehrskorridoren profitieren. Demgegenüber umfasst der Peripherraum Gebiete mit weniger als 100 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer sowie mit einer größeren Distanz zu den Zentren. (vgl. Franzen et al. 2008: 2) Im Falle der Anwendung siedlungsstruktureller Merkmale werden ländliche Gebiete demnach durch eine besonders geringe Bevölkerungsdichte und eine größere Entfernung zu Agglomerationszentren charakterisiert, bei Anwendung wirtschaftsstruktureller Kriterien kommt ein hoher Anteil des primären Sektors an Flächennutzung, Erwerbstätigkeit und Einkommensentstehung sowie ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau hinzu. (vgl. Ahrens 2002:

¹Laut OECD 35 Prozent in vorwiegend ländlichen, davon 11 Prozent in zudem entlegenen Regionen. (vgl. Brezzi/Dijkstra/Ruiz 2011: 7)

13) Aufgrund der mit der Flächennutzung und dem Bedeutungsüberschuss an natürlichen Ressourcen einhergehenden Charakteristika werden ländlichen Gebieten spezielle Funktionen zugeordnet (vgl. Bauer 2002: 31f):

- die Produktions- und Versorgungsfunktion, welche marktabhängig ist, und die Versorgung mit Sachgütern und Dienstleistungen beinhaltet;
- die Wirtschaftskraftfunktion, also Schaffung von Beschäftigung und Einkommen;
- die Siedlungs- und Wohnfunktion;
- die Freizeit- und Erholungsfunktion, welche insbesondere verbunden ist mit Natur und Landschaft;
- die Entsorgungsfunktion, welche die Aufnahme von Siedlungsreststoffen (beispielsweise Luftemissionen, Abfall, Müll, Abwasser, Klärschwämme, Bodenaushub und Bauschutt) zwecks Endablagerung, Recycling und Weiterverwertung beinhaltet;
- die ökologische Speicher- und Regulationsfunktion, u.a. Wasserspeicherung, Grundwasserneubildung, Klima, Luftfilterung und -austausch; sowie
- die Biodiversitätsfunktion, insbesondere die Erhaltung der Vielfalt von Arten bei Fauna und Flora.

Diese Funktionen haben sich im Laufe der Zeit verändert:

Während früher die Produktions- und Versorgungsfunktion und die Siedlungs- sowie die Wirtschaftskraftfunktion im Mittelpunkt standen, haben in den letzten Jahren die 'Umweltfunktionen' (ökologische Speicher- und Regenerierungsfunktion, Freizeit- und Erholungsfunktion, Biodiversitätsfunktion) zunehmend an Bedeutung gewonnen. (Ahrens 2002: 15)

Wie zum einen an den unterschiedlichen und sich verändernden Funktionen, zum anderen an den Definitionsversuchen in Bezug auf "den ländlichen Raum" deutlich wird, sind die betreffenden Gebiete schwer in einer Kategorie zusammenzufassen. Noch bis in die 1960er-Jahre

konnte unter dem Begriff "ländlicher Raum" ein relativ homogener Raumtyp verstanden werden, der sich insbesondere durch die Bedeutung der Landwirtschaft sowie durch die relativ geringe Bevölkerungsdichte auszeichnete. Heutzutage ist

von einem differenzierten Muster unterschiedlich entwickelter ländlicher Räume auszugehen, die zugleich eine Vielzahl unterschiedlicher Funktionen wahrnehmen.

(Mose 1995: 573)

Diese Entwicklung hat unterschiedliche Ursachen: Während in den 1970er-Jahren ein Bedeutungsverlust ländlicher Räume durch deren Instrumentalisierung als eine Art "Puffer" für Engpässe an Produktionsfaktoren in den städtischen Gebieten zu verzeichnen war, wurde dieser Zugang im Laufe der 1980er-Jahre zunehmend in Frage gestellt. Ländliche Räume galten nicht mehr als das negative Gegenstück zu städtischen Räumen. Regionalen Disparitäten wurde verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt, und ländliche Gebiete nicht mehr als einheitlich definiert. (vgl. ÖROK 2009: 17) In dieser Zeit kam es auch zu einem Strukturwandel bezüglich der internationalen Integration der Wirtschaft sowie der Bedeutungsverschiebung vom sekundären (Industrie) zum tertiären (Dienstleistungen) Sektor. (vgl. Danielzyk 1998: 35) Die Bedeutung sogenannter "weicher Standortfaktoren" - wie Wohn- und Freizeitwert im Rahmen der regionalen Lebensqualität - stieg. Regionalpolitisch gesehen kamen endogene Entwicklungsstrategien und neuartige Förderprogramme zur Unterstützung einer eigenständigen ländlichen Entwicklung auf. Durch unterschiedliche Faktoren (vgl. Mose 1995: 574f) - wie die Industrialisierung der Landwirtschaft (betriebliche Konzentration und räumliche Spezialisierung), die Entwicklung nicht-landwirtschaftlicher Erwerbsalternativen (mittelständische Wirtschaft, Dynamik des sekundären und tertiären Sektors durch Flächenverfügbarkeit und billige Arbeitskräfte), Bevölkerungsumschichtungen (Suburbanisierung in Gebieten nahe von Ballungsräumen, Schrumpfung in peripheren Gebieten), unterschiedliche Infrastrukturausstattung sowie eine zunehmende Bedeutung der Freizeit- und Erholungsfunktion ländlicher Räume - kam es zu einer unterschiedlichen Entwicklung von Räumen. Dies führte zu einer stärkeren Ausdifferenzierung verschiedener Entwicklungsmuster. Disparitäten verstärkten sich nicht nur zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, sondern auch zwischen ländlichen Räumen untereinander. Aus diesem Grund wird heute auf die Heterogenität ländlicher Räume verwiesen.

2.2 Der Schrumpfungsprozess strukturschwacher ländlicher Räume

Während ländliche Gebiete im Umfeld von (städtischen) Ballungsräumen eine vergleichsweise positive Entwicklung vor allem in Bezug auf Sozialproduktionswerte aufweisen (vgl. Bauer 2009: 104), verzeichnen andere eine negative wirtschaftliche Entwicklung und Bevölkerungsverluste. Bei zweiteren handelt es sich insbesondere um Gebiete in peripherer Lage zu den Zentren wirtschaftlicher Entwicklung, um grenznahe bzw. Berggebiete sowie um ländliche Gebiete, welche einen radikalen ökonomischen Strukturwandel mitgemacht haben, beispielsweise Bergbaugebiete oder altindustriell geprägte Gebiete. (vgl. ARL 2008: 4)

Diese weitgehend ländlich strukturierten Regionen sind gekennzeichnet durch² eine geringe ökonomische Wettbewerbsfähigkeit bzw. wirtschaftliche Strukturschwäche, einen kritischen Arbeitsmarkt, der verbunden ist mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit und einem geringen Qualifizierungsgrad der Beschäftigten, einer monostrukturierten Wirtschaft (oft Konzentration auf Landwirtschaft oder Tourismus), ein vergleichsweise geringes Haushaltseinkommen, eine Finanzkapitalschwäche der Gemeinden und Unternehmen, einen Rückgang der Bevölkerungszahlen oder durch einen Anstieg des Anteils älterer Menschen durch die Abwanderung jüngerer. Dies sind aber keineswegs die einzigen Charakteristika: Zusätzlich handelt es sich um Regionen, welche durch eine starke ökonomische und politische Abhängigkeit von Entscheidungen außerhalb ihres Einflussbereiches sowie einen geringen Mobilisierungsgrad relevanter AkteurInnen geprägt sind. Betroffene Regionen fallen oft in einen sogenannten "regionalen Teufelskreis" (vgl. Weixlbaumer 1998: 118f): Ein geringes Angebot an Arbeitsplätzen führt zu einem Auspendeln bzw. einer Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Personen, wodurch die Überalterung steigt und die individuelle Kaufkraft sinkt.

Durch geringere Steuereinnahmen sinkt aber auch die Finanzkraft der Gemeinden, was zu einer Verringerung von deren endogenen Steuerungsmöglichkeiten sowie zu einer Aushöhlung der infrastrukturellen Ausstattung und der öffentlichen Daseinsvorsorge führt. So gab es beispielsweise 1970 noch circa 20.000 Lebensmittelgeschäfte, was einer nahezu flächendeckenden Nahversorgung der Ortschaften entsprach, während 2003 nur noch rund 6.000 Geschäfte vorhanden waren - was bedeutet, dass circa 26 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum kein

²Aufzählung in Anlehnung an ARL (2008: 3) sowie an Mose/Nischwitz (2009: 3f).

Lebensmittelgeschäft im fußläufigen Eingangsbereich zur Verfügung hat. (vgl. ÖROK 2006: 14) Durch diese Entwicklung fehlen aber nicht nur Versorgungsstrukturen, sondern auch soziale Treffpunkte für die Bevölkerung, wodurch die Identifizierung mit der eigenen Gemeinde oder Region abnehmen und gewachsene "traditionelle" Strukturen verkümmern können. Sinkt die Attraktivität einer Gemeinde, vermindert sich aber auch deren Standortqualität für neue und bereits bestehende Betriebe, was wiederum einen Abbau von Arbeitsplätzen und Abwanderungswellen zur Folge hat.

Einhergehend mit einer derart negativen Entwicklung kann sich Resignation unter der lokalen Bevölkerung breit machen und die Bereitschaft zu lokalem Engagement abnehmen:

Die Erosion des Politischen zeigt sich vor allem dort, wo die Einwohnerdichten gering sind: Die Abnahme der Bindungswirkung für Parteien äußert sich in besonderer Weise im Rückgang von Mitgliederzahlen, in Überalterung und abnehmender Bereitschaft zum kommunal-politischen Engagement. Für ländliche Räume führt dies zu einem (erzwungenen) Bedeutungsgewinn von Selbstorganisation und der zunehmenden Notwendigkeit von Kooperation. Das führt zu einer stärker individuellen Entwicklung und größeren Entwicklungsunterschieden untereinander sowie zu den Stadtregionen. (Franzen et al. 2008: 27)

Diese Disparitäten und Entwicklungsunterschiede bedeuten allerdings auch, dass ein Niedergang ganzer Regionen³ nicht zu erwarten ist. (vgl. ARL 2008: 7) Vielmehr gestaltet sich räumliche Entwicklung kleinteilig - so verzeichnen auch einzelne Gemeinden einer generell strukturschwachen Region Zuwanderung und eine positive wirtschaftliche Entwicklung.

Aus der kleinteiligen und heterogenen Entwicklung von ländlichen Räumen ergibt sich die Notwendigkeit einer genaueren Klassifikation. In Bezug auf Raumtypen für ländliche Regionen in Österreich wird von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) folgender Einteilungsvorschlag gemacht (vgl. ÖROK 2009: 19):

- Ländliche Gemeinden bzw. Gebiete in urbanisierten Regionen, wobei es sich zumeist um

³Zum Regionsbegriff siehe Kapitel *Entwicklungsperspektiven von ländlichen Räumen im Kontext von Regional Governance*.

strukturstarke Gebiete im Stadtumland oder im Umfeld überregionaler Verkehrsachsen handelt;

- vom Intensivtourismus geprägte ländliche Gebiete; sowie
- periphere ländliche Gebiete, demnach zumeist strukturschwache Gebiete in inneralpiner Lage oder in Grenzlage.

Für den bundesdeutschen Kontext definiert Mose (1995: 575-577) noch weitere Abstufungen von Typen, welche auch für ländliche Räume in Österreich herangezogen werden können:

- Ländliche Räume in der Nähe von Agglomerationsräumen und großräumigen Verkehrsachsen, welche insbesondere als Wohnstandorte dienen und eine gute wirtschaftliche Basis aufweisen;
- attraktive ländliche Räume für den Tourismus, die allerdings oft einseitig vom Tourismus abhängig sind;
- ländliche Räume mit günstigen Produktionsbedingungen (beispielsweise gute natürliche Voraussetzungen, hoher agrar-technologischer Entwicklungsstand, Nähe zu den Absatzmärkten) für die Landwirtschaft;
- gering verdichtete ländliche Räume mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik, welche zwar eine größere räumliche Distanz zu den Ballungsräumen und eine geringere Bevölkerungsdichte, aber andererseits gute Standortbedingungen für Industrie, Handwerk und Dienstleistungen aufweisen; sowie
- strukturschwache, periphere ländliche Räume.

Letztere liegen fernab von Zentren, mit denen sie unzureichend verbunden sind, weisen eine defizitäre Infrastrukturausstattung auf und sind durch wirtschaftliche Strukturschwäche gekennzeichnet.

Das im Bundesland Niederösterreich gelegene Waldviertel wird - aufgrund seiner Grenzlage, eines Bevölkerungsrückganges, der vergleichsweise schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und geringen Kaufkraft - oft als strukturschwacher und peripherer Raum deklariert. Doch

nachdem sich die Heterogenität ländlicher Räume nicht nur großflächig, sondern auch kleinräumig zeigt, können einige Gebiete des Waldviertels als attraktive Räume für den Tourismus (beispielsweise jene an der Donau gelegenen), als Räume mit günstigen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft (insbesondere die Weinbaugebiete) oder als Räume mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik (wie einige regionale Zentren) klassifiziert werden. Die Untersuchungsregion ASTEG, welche direkt an das Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig angrenzt, zählt mit ihrer geringen Bevölkerungsdichte, der nur unzureichend angebotenen geographischen Lage und der selbst für dieses Gebiet geringen Industrialisierung allerdings eher zu den strukturschwachen, peripheren ländlichen Räumen.

2.3 Daten und Fakten über das Waldviertel

Das Waldviertel gilt bereits seit langem als wirtschaftlich strukturschwache Region. Die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen sind vergleichsweise ungünstig, große Ballungsräume nicht vorhanden bzw. die Entfernung zu Zentren wirtschaftlicher Entwicklung groß. (vgl. WIFO 2003: 1) Auch die Lage an einer jahrzehntelang praktisch toten Grenzen wirkte wenig förderlich für die siedlungsstrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung. Hinzu kam seit den 1980er-Jahren eine Strukturkrise, welche mit der Umstrukturierung der Textilindustrie in direktem Zusammenhang stand. Resultate sind eine hohe Abwanderungsrate, Überalterung der Bevölkerung, ein niedriges Einkommensniveau und eine Wirtschaftsleistung, welche unter dem österreichischen sowie unter dem niederösterreichischen Durchschnitt liegt. (vgl. Eigner 2006: 341) Seit den 1990er-Jahren wird des Öfteren von einer Art Trendumkehr gesprochen, da die Erreichbarkeit verbessert, der Bildungsstand angehoben und sich auf Nischenproduktionen spezialisiert wurde. Zudem wird der EU-Osterweiterung ein Potenzial für eine positive Entwicklung des Waldviertels zugeschrieben. (vgl. WIFO 2003: 1)

Dennoch wird in Zusammenhang mit dem Waldviertel auch heute noch von Abwanderung und Überalterung gesprochen. Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, fand österreichweit zwischen 2001 und 2011 die positivste Bevölkerungsentwicklung rund um die Ballungszentren statt: Insbesondere das weite Wiener Umland, Graz, Linz bis Wels, Salzburg, die Achse Innsbruck bis Landeck sowie das Rheintal (Feldkirch bis Bregenz) verzeichneten Zuwächse. Die meisten

Bevölkerungsveränderung 2001 - 2011 (vorläufige Ergebnisse) nach Politischen Bezirken

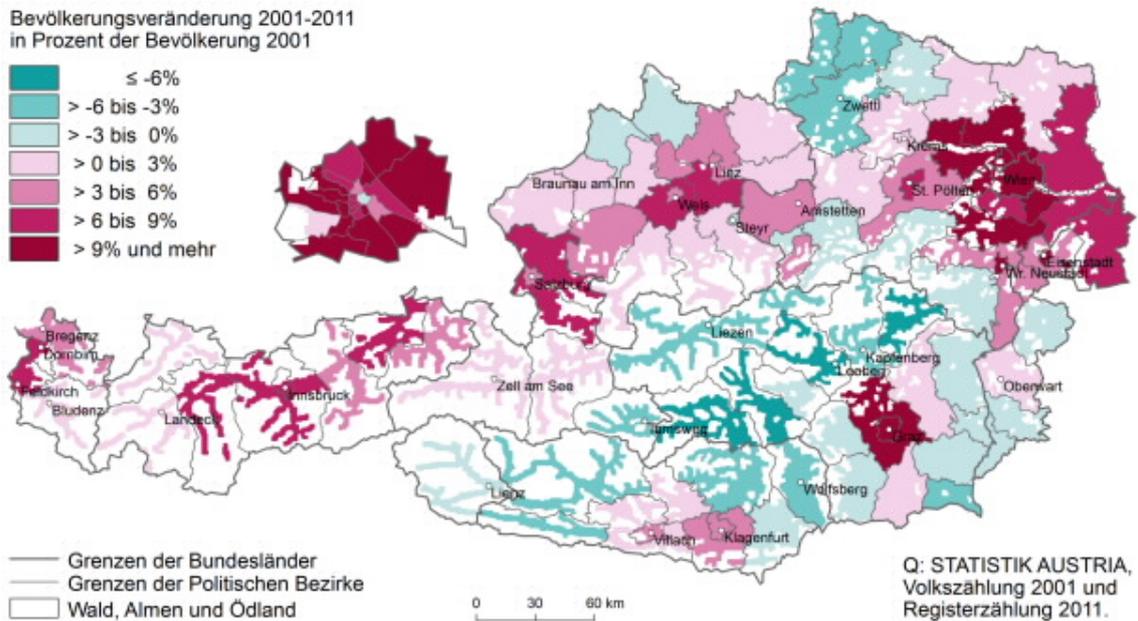


Abbildung 1: Bevölkerungsveränderung 2001-2011, Quelle: Statistik Austria

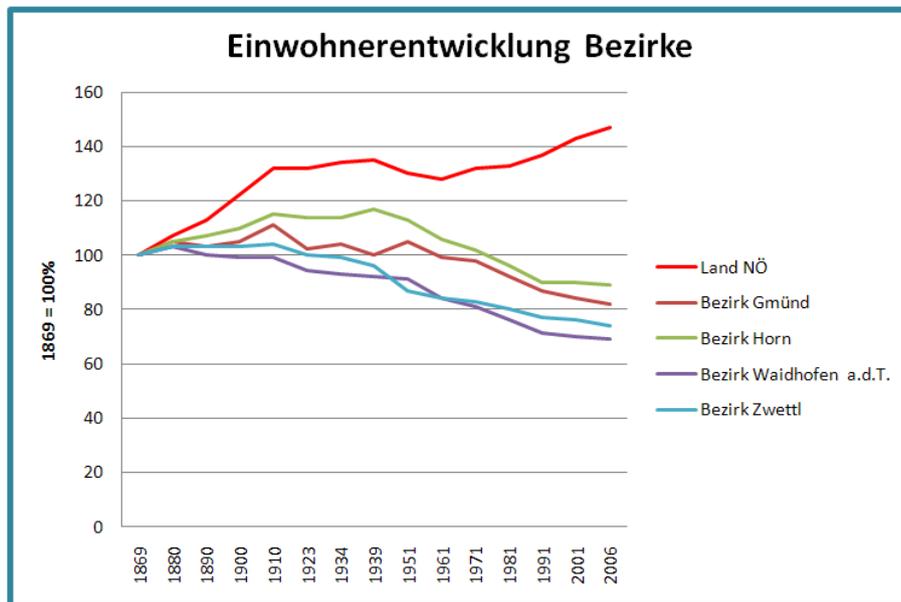


Abbildung 2: EinwohnerInnenentwicklung nach Bezirken, Quelle: Waldviertel Blog (2007)

Bevölkerungsverluste gab es im Norden und Westen der Steiermark sowie im Waldviertel. Während in Niederösterreich die Bevölkerung insbesondere seit den 1960er-Jahren gestiegen

Quelle: AKNÖ (2013: 10)	Wohnbevölkerung 2012		Bevölkerungsbewegung 2011/12	
	insgesamt	Änderung zu 2002 (%)	Wanderung (Saldo)	Natürliche Bevölkerungsbewegung
NÖ	1.617.455	2,6	7.049	-1.854
Waldviertel	139.611	-4,2	-28	-510
Bez. Gmünd	37.739	-5,5	-56	-149
Bez. Horn	31.455	-2,4	123	-152
Bez. Waidhofen a.T.	26.727	-5,0	-46	-152
Bez. Zwettl	43.690	-3,9	-49	-57

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung allgemein

ist, ist sie in allen Bezirken des Waldviertels seit dieser Zeit rückläufig (siehe Abbildung 2). Tabelle 1 zeigt die aktuellen Bevölkerungszahlen aus dem Jahr 2012: Im Gegensatz zur gesamt-niederösterreichischen Entwicklung verlor das Waldviertel zwischen 2002 und 2012 4,2 Prozent seiner Bevölkerung. Laut der Prognose für das Jahr 2030 wird dieser Trend auch anhalten, während dem Bundesland Niederösterreich insgesamt eine positive Bevölkerungsentwicklung prognostiziert wird. Insbesondere die Bezirke Gmünd und Zwettl - in welchen auch die Kleinregion ASTEG liegt - werden demnach weiterhin Bevölkerung verlieren. Gerade dieses Gebiet weist, nicht zuletzt aufgrund des Geländes des Truppenübungsplatzes, eine extrem geringe Bevölkerungsdichte auf (siehe Abbildung 3): Die Kleinregion ASTEG umfasst die vier Gemeinden Allentsteig, Schwarzenau, Echtsenbach und Göpfritz an der Wild. Auf einer Fläche von 184 Quadratkilometern lebten im Jahr 2011 6.536 EinwohnerInnen. (vgl. NÖ Statistik 2011: 29)

Die negative Bevölkerungsentwicklung ist vor allem auf die natürliche Bevölkerungsbewegung (Verhältnis Geburten zu Todesfällen) zurückzuführen. Zwar ist diese für ganz Niederösterreich negativ, kann auf dieser Ebene allerdings noch durch die Anzahl der Neuzuzüge (Wanderungs-Saldo) kompensiert werden. Laut einer Prognose für die Entwicklung der Unter-14-Jährigen der ÖROK und der Statistik Austria bis 2050 mit dem Ausgangswert des Jahres 2009 wird deren Anteil an der Bevölkerung Niederösterreichs bis 2020 leicht zurückgehen,

**Bevölkerungsdichte bezogen auf die Siedlungsfläche
nach Gemeinden am 1.1.2012
Niederösterreich und Wien**

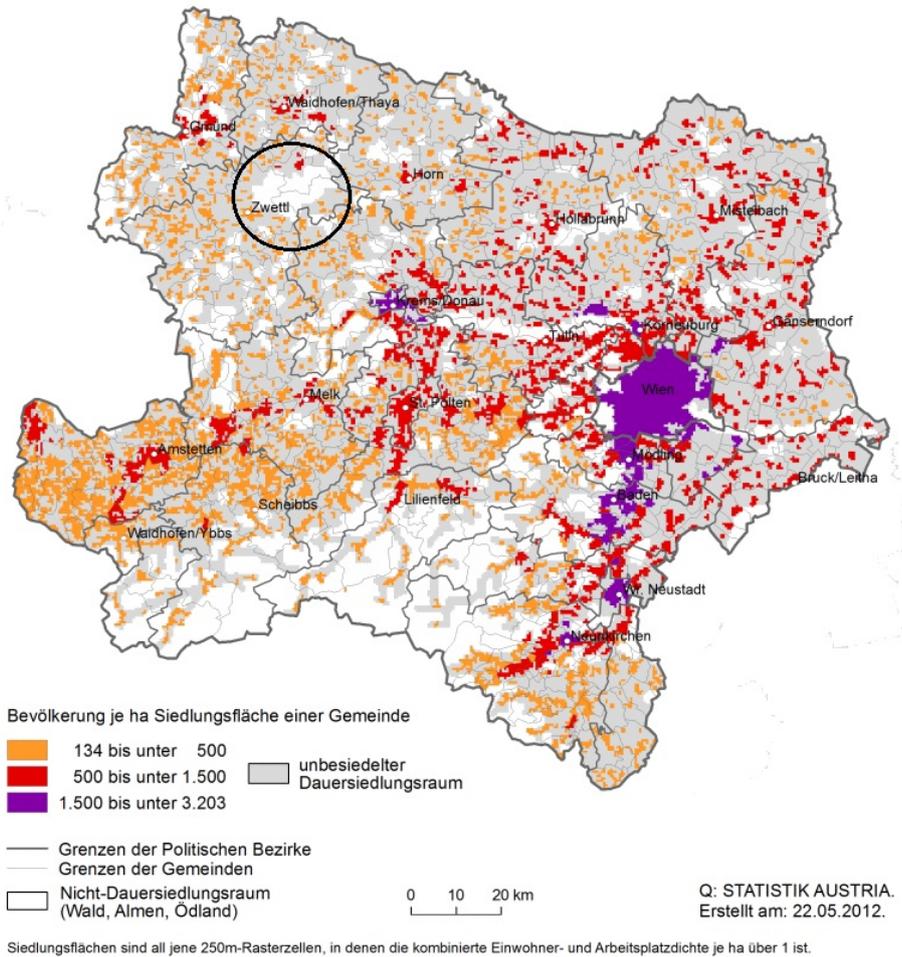


Abbildung 3: Bevölkerungsdichte Niederösterreich 2012, Quelle: Statistik Austria

dann allerdings leicht steigen. Für das Waldviertel prognostiziert diese Studie hingegen einen starken Rückgang, beginnend mit dem Jahr 2010. Dies verweist auf das Thema Überalterung, welches besonders in den grenznahen Teilen des Waldviertels als Problem definiert wird. Wie aus Abbildung 4 ersichtlich, wohnt gerade in diesen Gebieten ein hoher Anteil an Menschen, welche das 65ste Lebensjahr bereits überschritten haben. Auch die Kleinregion ASTEG hat mit einem Bevölkerungsrückgang, insbesondere jedoch mit einer negativen Geburtenbilanz zu kämpfen. Tabelle 2 zeigt, dass sich der Anteil der Über-65-Jährigen in dem Zeitraum 2002 bis 2011 deutlich erhöht hat - und zwar in ganz Niederösterreich. Für das Untersuchungsgebiet der Kleinregion ASTEG sticht besonders die Gemeinde Allentsteig hervor: Hier hat sich

Quelle: NÖ Statistik (2011: 49-60)	2011 insgesamt	Veränderung zu 2002 (%)			
		insgesamt	bis 19 J.	20-64	65+
NÖ	1.611.981	4,4	-5,0	3,6	20,4
Bez. Zwettl	43.794	-3,6	-19,3	-0,2	7,3
Allentsteig	2.005	-6,7	-21,3	-11,7	24,8
Echsenbach	1.200	-3,8	-24,0	-3,9	0,0
Göpfritz a.W.	1.800	-0,1	-7,3	-0,6	10,6
Schwarzenau	1.531	-2,9	-0,9	-4,4	-0,9

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung in Bezug auf Alter

der Anteil der Unter-19-Jährigen um über 21 Prozent verringert, während sich der Anteil der Über-65-Jährigen um fast 25 Prozent erhöht hat. Lediglich in Schwarzenau ist er demgegenüber leicht zurückgegangen.

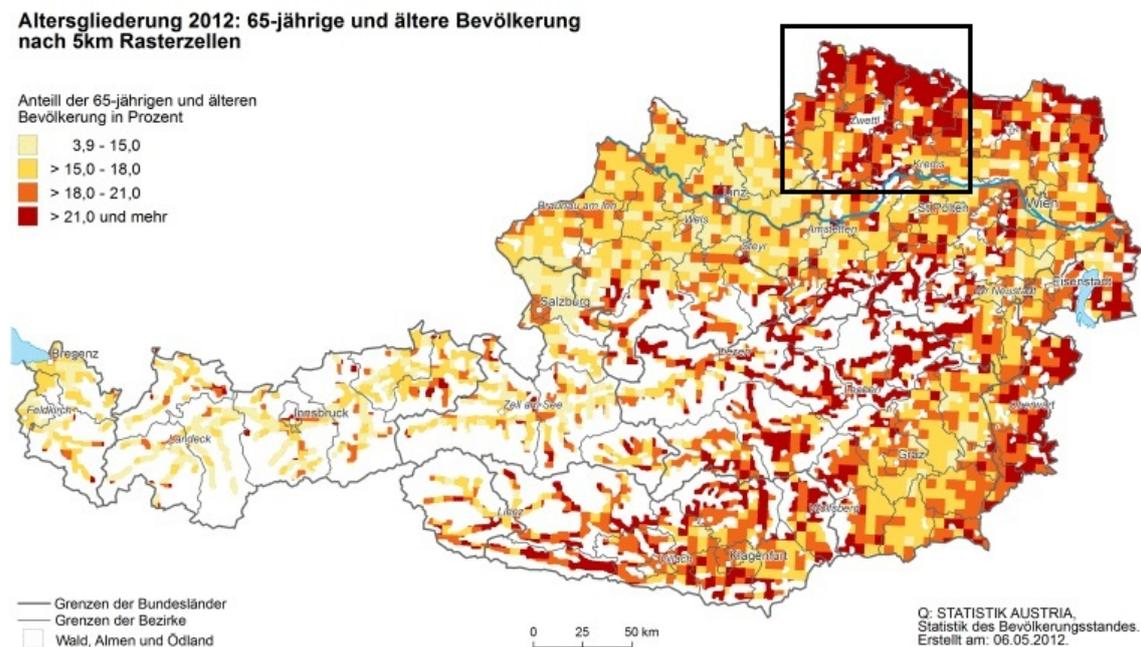


Abbildung 4: Altersgliederung 2012, Quelle: Statistik Austria

Die Themen Abwanderung und Überalterung wurde auch im Rahmen der ExpertInnenin-

terviews⁴ angesprochen. Gerade der demographische Wandel in Form von Überalterung der Bevölkerung wird als Herausforderung für das Waldviertel bezeichnet. (Interview Schwarzinger: 06.12.2013) Laut einer Prognose werden sich 2030 50.000 Menschen nicht mehr im erwerbstätigen Alter befinden. (Interview Wallenberger: 24.09.2013) In Bezug auf Abwanderung wird auf deren unterschiedliche Dimension hingewiesen (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014): Einige Gemeinden verzeichnen eine positive Bevölkerungsentwicklung, hier ziehen Menschen zu - allerdings zumeist auf Kosten anderer Gemeinden aus der Region. Gerade die grenznahen Gemeinden verlieren an Bevölkerung. (Interview Maier: 09.12.2013) Uneinigkeit besteht in der Frage, ob der Bodensatz der Abwanderung bereits erreicht ist oder nicht. Während auf der einen Seite von einer Abflachung des Rückganges seit 1999/2000 (Interview Wallenberger: 24.09.2013) oder einer Verlangsamung (Interview Androsch: 21.02.2014) gesprochen wird, sehen andere eine Verschlechterung der Situation, da zumeist junge Menschen abwandern und einige Gemeinden nur auf Kosten anderer profitieren. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Ein weitgehender Konsens besteht darin, dass - neben den relativ günstigen Grundstückspreisen - Initiativen wie beispielsweise "Wohnen im Waldviertel" zu einer positiven Entwicklung beigetragen haben. Einige Bevölkerungsteile konnten mit dem Verweis auf den Faktor Lebensqualität wieder für das Waldviertel gewonnen werden. Insbesondere die 50- bis 55-Jährigen würden wieder ins Waldviertel zurückkehren. (Interview Maier: 09.12.2013)

Zur Förderung des Zuzuges müssten zusätzlich zu Wohnungsinitiativen auch die Verkehrsverbindungen ausgebaut werden, beispielsweise die Franz-Josefs-Bahn schneller und komfortabler (W-Lan) gemacht, und eine Verbindung zur neuen Westbahn geschaffen werden. (Interview Mold: 23.01.2014) Die Frage nach der Erreichbarkeit der Ballungszentren und der Mobilität der Bevölkerung ist in diesem Zusammenhang entscheidend, da ansonsten die breite Fläche an Bevölkerung verliert, und insbesondere junge Menschen abwandern. (Interview Androsch: 21.02.2014) Gleichzeitig werden gerade in Bezug auf die Erreichbarkeit gegenteilige Tendenzen ausgemacht: Die Anbindung an das Bahnnetz ist nicht bedarfsorientiert, die Franz-Josefs-Bahn vollständig aus dem europäischen Verkehrskonzept verschwunden. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Die Erreichbarkeit ist auch von entscheidender Be-

⁴Erläuterungen zum methodischen Vorgehen und zur Rolle von ExpertInneninterviews finden sich im Kapitel *Methodische Vorgehensweise: ExpertInnenwissen aus der Region*.

deutung für die Gemeinden der Kleinregion ASTEG: So profitieren Göpfritz an der Wild und Schwarzenau nicht nur aufgrund der günstigen Grundstückspreise, sondern vor allem aufgrund ihrer Verkehrsanbindung durch die Franz-Josefsbahn (Interview Mold: 23.01.2014) und ihrer räumlichen Nähe zur Bundesstraße, während Allentsteig, das diese Anbindung nicht aufweisen kann, weiterhin an Bevölkerung verliert. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Hinzu kommt die Lage der Gemeinden der Kleinregion ASTEG entlang des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig - nicht nur in Bezug auf die Frage der Erreichbarkeit, sondern auch bezogen auf Lebensqualität und Wohnumfeld, das aufgrund der militärischen Nutzung kaum unter den Schlagworten Ruhe und Entspannung vermarktet werden kann. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014)

Als ein Hauptgrund für Überalterung und Abwanderung werden die mangelnden Arbeitsplätze und die damit verbundenen fehlenden Perspektiven für junge Leute genannt. Der Truppenübungsplatz Allentsteig stellt hier mit seinen 261 Beschäftigten, von denen 230 beamtet sind, einen großen Arbeitgeber in der gesamten Region dar. Maximal 25 Prozent der Beschäftigten sind Soldaten, die anderen beispielsweise Handwerker oder LKW-Fahrer. Nimmt man die Aufschlüsselung der Wohnorte der Beschäftigten her, so ergibt sich folgendes Bild: 130 Personen kommen aus dem Bezirk Zwettl, 62 aus dem Bezirk Waidhofen an der Thaya, 30 aus dem Bezirk Gmünd, 28 aus dem Bezirk Horn, sieben aus dem Bezirk Krems, zwei Personen aus Kärnten und jeweils eine Person aus Oberösterreich bzw. aus Tschechien. (Interview Fritz: 09.12.2013) Somit beschäftigt der Truppenübungsplatz vorwiegend Personen aus der direkten Umgebung. Wie überall im öffentlichen Bereich gab es Verringerungen bei der Anzahl der Bediensteten, aufgrund der Umschichtungen innerhalb des Bundesheeres haben sich diese allerdings in Grenzen gehalten. (Interview Fritz: 09.12.2013) Einerseits werden die Arbeitsplätze als sicher und überdurchschnittlich gut bezahlt beschrieben (Interview Waldhäusl: 10.02.2014), auf der anderen Seite bemängelt, dass die Fläche in keiner Relation zu den geschaffenen Arbeitsplätzen steht. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Generell ist der öffentliche Sektor der größte Arbeitgeber für die gesamte Region. (Interview Maier: 09.12.2013) Während in Gmünd und Waidhofen noch Industrie existiert (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014), ist die Wirtschaft in Horn geprägt von Handel. (Interview Maier: 09.12.2013) Im Bezirk Zwettl dominieren die Landwirtschaft, welche als kleinstrukturiert und hochqualita-

Quelle: AKNÖ (2013: 14-17)	Niederösterreich		Waldviertel	
	2012	Veränderung zu 2011 (%)	2012	Veränderung zu 2011 (%)
Gesamt	580.130	1,19	53.054	0,14
Öffentl. Verwaltung, Verteidigung u. Sozialversicherung	111.950	1,16	10.955	-0,53
Herstellung v. Waren	101.112	0,75	10.280	-1,19
Handel, Instandhaltung/ Reparatur von Kfz	100.045	1,31	8.731	2,48
Gesundheits-u. Sozialwesen	27.169	1,33	3.156	4,80
Beherbergung u. Gastronomie	22.425	3,39	2.461	-1,16
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	6.355	2,40	607	-4,29

Tabelle 3: Beschäftigte nach Branchen

tiv gilt (Interview Schwarzinger: 06.12.2013), und kleine Gewerbebetriebe, wie beispielsweise Tischlereien, Malerbetriebe oder kleines Baugewerbe. (Interview Mold: 23.01.2014) Es gibt aber auch Handel - so zählt zum Beispiel das Lagerhaus zu den größten Arbeitgebern. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Große Produktionsbetriebe, welche Arbeitsplätze schaffen, fehlen hingegen. (Interview Androsch: 21.02.2014) Der Tourismus verzeichnet Zuwächse, insbesondere im Bereich Gesundheit. (Interview Schwarzinger: 06.12.2013) Zudem gibt es kleine "Nischenbetriebe", wie Gea⁵ oder Sonnentor⁶, welche lokale Produkte vermarkten. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014)

In Bezug auf wirtschaftliche Branchen beschäftigt im ganzen Waldviertel die Öffentliche Verwaltung (inklusive Verteidigung und Sozialversicherung) die meisten ArbeitnehmerInnen, gefolgt von der Herstellung von Waren und dem Handel (siehe Tabelle 3). Letzterer verzeichnet auch - gemeinsam mit dem Gesundheits- und Sozialwesen - die meisten Zuwächse an

⁵Gea - Gehen Sitzen Liegen - ist ein Waldviertler Betrieb, der u.a. Möbel und Matratzen anbietet. Besonders bekannt ist auch die damit in Verbindung stehende Schuhmarke "Waldviertler".

⁶Sonnentor ist ein Waldviertler Unternehmen, welches vor allem biologisch hergestellte Gewürze und Teesorten verkauft.

Quelle: AKNÖ (2013: 40)	betreute Kinder	Kinder in Tagesheimen 2011/12	
		- darunter in Einrichtungen der Kategorie	
		A (alle VIF - in %)	D (<3 VIF - in %)
Niederösterreich	53.507	14,3	34,2
Waldviertel	4.014	3,7	71,9
Bez. Horn	970	5,8	52,8
Bez. Gmünd	1.014	9,0	68,4
Bez. Waidhofen	764	0,0	66,9
Bez. Zwettl	1.266	0,0	92,3

Tabelle 4: Institutionelle Kinderbetreuung

Beschäftigten zwischen 2011 und 2012. Zu meisten Verluste sind in der Land- und Forstwirtschaft (inklusive Fischerei) zu finden. Das Einkommensniveau im Waldviertel liegt unter dem landesweiten Medianeinkommen von Niederösterreich - insbesondere Frauen und Angestellte verdienen unterdurchschnittlich. (vgl. AKNÖ 2013: 20f) Gleichzeitig ist aber die Einkommenszufriedenheit niederösterreichweit am höchsten. Besonders niedrig hingegen schätzen die WaldviertlerInnen ihre Karriere- und Arbeitsmarktchancen ein - psychischer Stress und Zeitdruck spielen laut einer Umfrage bei der täglichen Arbeit eine große Rolle. (vgl. AKNÖ 2013: 26) Im Jahr 2012 gab es im Waldviertel 3.839 gemeldete Arbeitslose, was einer Arbeitslosenrate von 6,7 Prozent entspricht und unter der Arbeitslosenrate von Niederösterreich (7,1 Prozent) liegt. (vgl. AKNÖ 2013: 29-31) Allerdings kommen im Waldviertel auf jede beim AMS gemeldete offene Stelle mehr als 33 gemeldete Arbeitslose, während es in Niederösterreich knapp dreizehn Personen und österreichweit knapp neun Personen sind. (vgl. AKNÖ 2013: 36) Dies zeigt die angespannte Arbeitsplatzsituation insbesondere in ländlichen Gebieten.

Die Aufrechterhaltung der sozialen und technischen Infrastruktur und öffentlichen Daseinsvorsorge wurde bereits als ein Problem von ländlichen peripheren Räumen genannt. Vonseiten der ExpertInnen wird auf die Ausdünnung der Versorgungslage - u.a. die Schließung von kleinen Geschäften oder Postämtern - hingewiesen. Dies führt zu Zentralisierung und einem Mehraufwand für die ländlichen Räume, da Dorfgemeinschaften ohne soziale Treffpunkte schwer aufrechtzuerhalten sind. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Darüber hin-

aus gibt es einen Mangel an Fachkräften. (Interview Spindler: 14.04.2014) Kindergärten und Schulen müssen teilweise aufgelassen bzw. zusammengelegt werden. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Tabelle 4 zeigt die Versorgung mit institutioneller Kinderbetreuung. Auffällig ist, dass es weder im Bezirk Waidhofen an der Thaya noch im Bezirk Zwettl einen Kindergarten gibt, der alle sechs Kriterien für eine "mit Vollbeschäftigung der Eltern zu vereinbarende Kinderbetreuung"⁷ erfüllt. 66,9 Prozent bzw. im Bezirk Zwettl gar 92,3 Prozent der Betreuungseinrichtungen erfüllen über drei der hierfür nötigen Kriterien nicht. Niederösterreichweit gibt es 14,3 Prozent, welche alle VIF-Kriterien erfüllen. Bezugnehmend auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bringt dies Nachteile für das Waldviertel.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Waldviertel auch heute noch mit Abwanderung insbesondere von jüngeren Menschen und einer damit verbundenen Überalterung der Bevölkerung zu kämpfen hat. Die Anzahl der Geburten ist nach wie vor niedrig. In weiten Teilen fehlen Arbeitsplätze, vor allem im Produktionsbereich. Die - durch die Krise der Textilindustrie - verlorengegangenen Arbeitsplätze konnten nicht kompensiert werden. Gleichzeitig wurden Initiativen - wie beispielsweise "Wohnen im Waldviertel" - gesetzt, um die Bevölkerungszahl zu stabilisieren. Potenziale für eine positive Entwicklung werden nicht nur im Tourismus, sondern auch in der Vermarktung von lokalen Produkten und in der "Nischenproduktion", welche von kleingewerblichen Unternehmen getragen wird, gesehen.

2.4 Peripherisierung als historischer Prozess

Wirtschaftsentwicklung und -struktur des Waldviertels waren und sind stark abhängig von der spezifischen Form der Integration der Region in die überregionale Arbeitsteilung seit dem Aufkommen des kapitalistischen Industriesystems, von ihrer Position und Funktion innerhalb Niederösterreichs bzw. Österreichs. (Eigner 2006: 341f)

Diese Ausgangslage, geprägt durch das Fehlen großer Zentralräume oder die Grenzlage, ist

⁷Sogenannte "VIF-Kriterien" sind: Kinderbetreuung durch qualifiziertes Personal, an mindestens 47 Wochen im Kindergartenjahr, im Umfang von mindestens 45 Stunden wöchentlich, werktags von Montag bis Freitag, an vier Tagen wöchentlich mindestens 9,5 Stunden sowie mit Angebot von Mittagessen. (vgl. AKNÖ 2013: 39)

das Resultat eines historischen Prozesses - und eine Frage von Zentrum und Peripherie. Naturräumlich und klimatisch gesehen boten weite Teile des Waldviertels ungünstige Bedingungen für Landwirtschaft, aber auch für Besiedelung. So zählt Zwettl zu den Kältepolen Österreichs. Im Hohen Waldviertel, das den Bezirken Zwettl und Krems entspricht, dominieren Land- und Forstwirtschaft, Industrie war und ist kaum vorhanden. Diese konzentriert(e) sich in Form der Textilindustrie auf das Obere Waldviertel, den Nordwesten Zwettls sowie die Bezirke Gmünd und Waidhofen an der Thaya. Das Horner Becken (inklusive dem unteren Kamptal) gilt als Agrarregion, erfuhr aber im Zuge der Industrieverlagerungen von anderen Teilen des Waldviertels eine Industrialisierung. Aufgrund des günstigen Klimas spezialisierte sich die Wachau auf den Obst- und Weinbau. (vgl. Komlosy 2006: 232)

Das Gebiet des heutigen Truppenübungsplatzes Allentsteig liegt im Dreieck Zwettl, Horn und Waidhofen an der Thaya inmitten des Waldviertels. Es erstreckt sich über 15.700 Hektar von Schwarzenau im Norden, Brunn an der Wild im Osten und Zwettl im Südwesten. Geologisch ist es dem moldanubischen Anteil der Böhmisches Masse zuzuordnen. (vgl. Umweltbundesamt 1995: 2) Historisch gesehen nahm das Gebiet keine zentrale Bedeutung ein (vgl. Gutkas 1991: 1): Regionale Zentren (wie Zwettl oder Weitra) lagen außerhalb, aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten (beispielsweise nur kleinere Bäche) siedelten sich kaum Betriebe an, zentrale Verkehrswege führten an dem Gebiet vorbei und nicht durch es hindurch. Die Besiedelung erfolgte vor Mitte des 12. Jahrhunderts. Um 1150 wurden neben der Kirche von Allentsteig bereits einige Dörfer - wie Großpoppen, Mannshalm, Ober- und Niederplöttbach, Oberndorf, Neunzen oder Schlagles - genannt. (vgl. Gutkas 1991: 1) Nach Aufhebung des Feudalstaates und der Grundherrschaften 1850 kam es zur Bildung der Ortsgemeinden und einer neuen Gerichtsorganisation. Ein Jahr später wurde in Allentsteig ein Bezirksgericht eingerichtet. Der Bezirk Allentsteig hatte 14.042 EinwohnerInnen, die sich auf 23 Gemeinden verteilten. In Allentsteig selbst lebten 875 Menschen, 394 in Döllersheim (das mit Flachau und Bruck zu einer Gemeinde zusammengeschlossen wurde), in Großpoppen 361. (vgl. Gutkas 1991: 1)

Zu jener Zeit, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, setzten die ersten Betriebsgründungen im Oberen Waldviertel ein. (vgl. Komlosy 2006: 227) Die Gründungen konzentrierten

sich auf wenige Branchen, welche sich aufgrund des niedrigen Lohnniveaus in diesem Gebiet ansiedelten. Anfänge einer Textilindustrie entstanden. Daraus resultierte nicht nur ein geringes Niveau betreffend Einkommen, sondern auch bezogen auf die technische Ausstattung sowie die Qualifikationen - und eine hohe außerregionale Abhängigkeit. Dies legte den Grundstein für die weitere Entwicklung des Waldviertels, da die Einbeziehung in den Industrialisierungsprozess zu einer Peripherisierung führte. Eine "strukturelle Abhängigkeit" der gesamten Region entstand:

[...] mit zunehmender Errichtung von Fabriken, Verkehrs- und sonstiger Infrastruktur, mit zunehmender Proletarisierung und Marktorientierung der Landwirtschaft verlor das Waldviertel Arbeitsplätze, Einkommensmöglichkeiten und Wertschöpfung; es wurde in verstärktem Ausmaß zur Agrarperipherie, zur verlängerten Werkbank und zum Arbeitskräftelieferanten der niederösterreichischen Zentralräume, insbesondere Wiens. (Komlosy 2006: 229)

Somit brachte die Industrialisierung nicht die erhofften Entwicklungsschübe und Verbesserungen für das Waldviertel. Auf Seiten der Bevölkerung führte die Enttäuschung der Modernisierungshoffnung zur Herausbildung einer Art "Waldviertel-Identität" - allerdings einer defensiven, welche sich gegen die Abhängigkeit von Wien richtete und sich an regionaler Eigenständigkeit orientierte.⁸

Veränderungen bezüglich der Erreichbarkeit des Waldviertels ergaben sich durch den Bau der Franz-Josefs-Bahn (1869-1874), welche die Region direkt mit Wien und Budweis verband, sowie der Waldviertler Nebenbahnen (1889-1910). Stationen der Franz-Josefs-Bahn wurden u.a. in den Gemeinden Schwarzenau und Göpfritz an der Wild, nicht aber in Horn, Waidhofen an der Thaya oder Allentsteig errichtet. Durch die verbesserte Erreichbarkeit wurde es leichter, Produkte aus dem Waldviertel (beispielsweise Agrar- und Forstprodukte, Rohstoffe oder Industriewaren) in die Zentralräume zu bringen. Gleichzeitig wurden dadurch überregionale

⁸Wirtschaftsgeographisch kann hier an das Konzept des "Passivraumes" gedacht werden: Im Gegensatz zu "Aktivräumen", welche sich durch eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft auszeichnen, liegen "Passivräume" ökonomisch gesehen deutlich unter dem Durchschnitt des Gesamtraumes. Dies führt dazu, dass sie auch betreffend der Ausstattung mit infrastrukturellen Einrichtungen oder der Möglichkeiten zur Partizipation der BewohnerInnen zurückblieben, und somit oft Hilfe von außen in Anspruch nehmen müssen bzw. von Abwanderungstendenzen besonders betroffen sind.

Verdrängungsprozesse begünstigt, welche dem lokalen Gewerbe zusetzten. (vgl. Komlosy 2006: 236) Bäuerliche Betriebe zogen sich in weiterer Folge aus der gewerblichen Produktion zurück, da sie nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die Weltwirtschaftskrise von 1873 verstärkte den Trend zur Verlagerung der Fabriken in ländliche Räume, da nun die Erreichbarkeit gegeben, und die Löhne gering waren. Zudem konnten Unternehmen im Textilbereich nur überleben, wenn sie es schafften, die Fertigung zu mechanisieren.

Das Ende des Ersten Weltkrieges 1918 war für das Waldviertel zentral, da mit der Auflösung der Monarchie und der Eigenständigkeit der einzelnen Länder auch die großräumige Arbeitsteilung auf dem Textilsektor auseinanderbrach. (vgl. Eigner 2006: 346) Zuvor waren die Spezialisierungen innerhalb der Monarchie ungleich verteilt, die Webkapazitäten konzentrierten sich beispielsweise auf Böhmen. Nun profitierten die Webereien des Oberen Waldviertels nicht nur von den Handelsbeschränkungen durch nationalstaatliche Grenzen, sondern auch von dem Mangel an österreichischen Webkapazitäten. Politisch gesehen dominierten während der Ersten Republik die Deutschnationalen und die Christlich-Sozialen im Waldviertel, während die SozialdemokratInnen kaum Bedeutung erlangen konnten:

Signifikant sind insbesondere die Gerichtsbezirke Zwettl und Gars [sic!], in welchen die Deutschnationalen bei diesen ersten demokratischen Wahlen [1919, Anm. MW] etwa 48% erreichten. (Bezemek 1991: 107)

Danach wurden die Christlich-Sozialen stärker - allerdings erzielten die NationalsozialistInnen 1930 im Waldviertel ihr bestes Wahlergebnis in ganz Niederösterreich. Starke antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen waren zu spüren. (vgl. Bezemek 1991: 110) Bei den Landtagswahlen 1932 wurde die NSDAP zur stärksten Partei in Zwettl gewählt. Nach dem Verbot im Juni 1933 setzte eine illegale Tätigkeit ein (vgl. Bezemek 1991: 110).

Diese Zeit war für die Gemeinden in der Umgebung um Allentsteig entscheidend: Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938 wurde mit der Errichtung des heutigen Truppenübungsplatzes Allentsteig - damals noch Döllersheim - begonnen. Das 19.000 Hektar große Gebiet zwischen Horn und Zwettl deckte sich mit jenem, das unter dem Begriff "Döllersheimer Ländchen" bekannt war. In mehreren Etappen zwischen 1938 und 1942 mussten dem am 1. April 1941 gebildeten Heeresgutsbezirk "Truppenübungsplatz Döllersheim" insgesamt 42

Ortschaften⁹, drei Streusiedlungen und 18 Einzelgehöfte weichen. (vgl. Komlosy 1991: 83) Die betroffenen Gemeinden wurden aufgelöst, 1.500 Familien (vgl. Eigner 2006: 363) bzw. 7.000 BewohnerInnen wurden ausgesiedelt.

Doch warum gerade auf diesem Gebiet? Die Notwendigkeit der Errichtung eines Truppenübungsplatzes wurde schon länger diskutiert. Das Gebiet selbst galt als landwirtschaftliche Ungunstregion mit wenig Viehwirtschaft. Rund ein Drittel der land- und forstwirtschaftlichen Fläche war mit Wald bedeckt, die Landwirtschaft vor allem auf Selbstversorgung ausgelegt. (vgl. Komlosy 1991: 91) Zudem war die Bevölkerungsdichte gering, und es befanden sich dort keine industriellen Unternehmen. Anders als im Oberen Waldviertel hatte die Textilindustrie keine derart große Auswirkung auf die Bevölkerungsentwicklung und die Sozialstruktur - Textilarbeit wurde privat im bäuerlichen Haushalt ausgeführt. (vgl. Komlosy 1991: 88) Zudem wurde kaum Widerstand vonseiten der Bevölkerung erwartet. (vgl. Deutschlandfunk 2009: o.S.) Somit wurde ein peripherer ländlicher Raum mit geringer Bevölkerungsdichte und geringer wirtschaftlicher Bedeutung als Standort für den Truppenübungsplatz ausgewählt:

Die Errichtung des Truppenübungsplatzes war nicht Ursache, sondern Folge der wirtschaftlichen Probleme des Waldviertels. Diese resultierten nicht allein aus natürlicher Lageungunst und Entfernung von den Zentralräumen, sondern vor allem aus der abhängigen Rolle, in die die Region im Zuge ihrer Einbindung in die sich herausbildende Volks- und Weltwirtschaft gedrängt wurde. Weil das Waldviertel Peripherie war, weil es zur passiven Sanierung - sprich Aufforstung - vorgesehen war, erkoren es die Nationalsozialisten zum Truppenübungsplatz-Standort. Innerhalb des Waldviertels wiederum wurde mit der Mikroregion Allentsteig/Döllersheim ein reines Agargebiet gewählt und nicht eine für die Kriegswirtschaft wichtig(er)e Industrieregion. (Komlosy 1991: 100)

Nach 1945 wurde das Gelände von der sowjetischen Armee als "Deutsches Eigentum" beschlagnahmt, es fanden weiterhin militärische Manöver statt. 1955 ging es in das Eigentum der Repu-

⁹Zu ihnen zählten: Äpfelgeschwendt, Brugg, Dietreichs, Döllersheim, Edelbach, Eichhorn, Felsenberg, Flachau, Germanns, Gross-Poppen, Heinrichs, Klein Haselbach, Klein Kainraths, Klein Motten, Kühbach, Loibendreith, Mannshalm, Mestreichs, Neunzen, Nieder Plöttbach, Nondorf, Oberndorf, Ober-Plöttbach, Ottenstein, Perweis, Pötzles, Rausmanns, Reichhalm's, Reigers, Söllits, Schlagles, Schwarzenreith, Steinbach, Steinberg, Strones, Thauers, Waldreichs, Wetzlas, Wildings, Wurmbach und Zierings. (vgl. Deutschlandfunk 2009: o.S.)

blik Österreich über, seit 1957 übt das österreichischen Bundesheer auf dem Platz. (Interview Fritz: 09.12.2013) 1990 war der Platz an rund 265 Tagen im Jahr mit übenden Truppen belegt. (vgl. Wagnsonner 1991: 267) Heute¹⁰ befinden sich auf dem Gelände neben dem TÜPI Kommando, das die Verwaltung des Übungsplatzes (beispielsweise Unterkünfte oder Schießbetrieb) und der Jagd und Forst zur Aufgabe hat, noch das Aufklärungsartilleriebattillon AAB4 und das Militärische Servicezentrum Nummer 6 (MSZ 6), welches sich um die bauliche Verwaltung (zum Beispiel Reparaturen) von Kasernen kümmert. Die Auslastung des Truppenübungsplatzes ist ganzjährig, es gibt 205 Schießtage pro Jahr. 100.000 bis 200.000 Mann üben auf dem Gelände. (Interview Fritz: 09.12.2013) 2.500 Hektar an den Rändern des Gebietes sind an LandwirtInnen verpachtet. (Interview Fritz: 09.12.2013) Bis heute weisen die meisten der umliegenden Gemeinden vergleichsweise hohe Abwanderungsraten auf. (vgl. Eigner 2006: 364)

Wirtschaftlich gesehen bedeuteten die 1960er-Jahre für das Waldviertel eine Industriexpansion, da sich vermehrt Betriebe - insbesondere in Folge der Auslagerungen aus Wien - ansiedelten. Mit einem Potenzial an ungelerten und billigen Arbeitskräften, bestehenden Betriebsobjekten vor Ort und entsprechender kommunaler Begünstigungen waren die Bedingungen hierfür gegeben. (vgl. Eigner 2006: 377) Gleichzeitig setzten mit der Schaffung eines Raumordnungsgesetzes im Jahr 1968 österreichweit die ersten Regionalplanungen ein.¹¹ Der Anfang der 1970er-Jahre kann als Höhepunkt der Neugründungstätigkeiten von Unternehmen bezeichnet werden (vgl. Eigner 2006: 379), dem allerdings mit der Ölkrise 1973 ein jähes Ende gesetzt wurde. In weiterer Folge brach die Konjunktur in Österreich ein - monostrukturierte Industrieregionen wie das nordwestliche Waldviertel waren besonders betroffen. Im Laufe der 1980er-Jahre ging die Industriebeschäftigung im Waldviertel enorm zurück. (vgl. Eigner 2006: 387) Auch der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und die spätere Osterweiterung der EU, welche das Waldviertel von seiner Grenzlage "erlöste", haben (bisher) nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung mit sich gebracht. Zwar wurde die Teilnahme an Förderprogrammen ermöglicht, doch die Unternehmen haben ihre Produktion verstärkt nach

¹⁰Nähere Informationen zum Truppenübungsplatz finden sich in dem Kapitel *Das "T" steht für TÜPI - Der Truppenübungsplatz als Alleinstellungsmerkmal der Kleinregion ASTEG*.

¹¹Für die weitere Entwicklung der Regionalpolitik in Österreich siehe Kapitel *Entwicklungsperspektiven von ländlichen Räumen im Kontext von Regional Governance*.

Tschechien verlagert.

Von der Außenabhängigkeit und peripheren Lage des Waldviertels wurde bereits gesprochen - doch welche Auswirkungen hat dies betreffend der Funktionen, welche ihm zugeschrieben werden? Auf die zunehmende Bedeutung von ländlichen Räumen in ihren "Umweltfunktionen" (ökologische Speicher- und Regenerierungsfunktion, Freizeit- und Erholungsfunktion, Biodiversitätsfunktion) wurde hingewiesen. Auch dem Waldviertel scheint

seit dem Ende der industriellen Massenproduktion im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zunehmend die Funktion der Ausgleichsperipherie mit Erholungsfunktion (Komlosy 2006: 340)

zuzufallen. Auch von ExpertInnen wird hierauf verwiesen: Man positioniert sich als Erholungs- und Gesundheitsregion (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014), welche sich aufgrund seiner gesunden Umwelt und Natur als touristische Naherholung (Interview Hofbauer: 23.01.2014) eignet. Gleichzeitig wird auf die Notwendigkeit von grenzüberschreitenden Kooperationen für die wirtschaftliche Entwicklung verwiesen (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) und der Wunsch geäußert, dass das Waldviertel als eigenständige Region (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) überleben kann. Die sich im Zuge der historischen Entwicklung herausgebildete Peripherisierung des Waldviertels als ländlicher Raum ist somit bis heute spürbar.

3 Entwicklungsperspektiven von ländlichen Räumen im Kontext von Regional Governance

3.1 Annäherungen an den Regionsbegriff

Bezieht man sich auf einzelne Gebiete oder auch ländliche Räume, ist eine Definition des Begriffs der Region unerlässlich. Diese bringt gewisse Schwierigkeiten mit sich, da der Begriff der "Region" zwar oft verwendet wird, es aber keine einheitliche oder allgemeine Definition gibt. Somit werden mit "Region" viele unterschiedliche Bedeutungen verbunden:

[...] ein Ort, wo etwas stattfindet, ein real existierender politisch-administrativer Raum, eine von Aktivitätslinien durchzogene Fläche, der räumliche Rahmen, quasi die Kulisse, vor der menschliche Handlungen ablaufen, ein Behälter für oder gar ein Element von sozialer Kommunikation, ein mentales und psychosoziales Konstrukt, ein symbolischer Bedeutungsträger, ja sogar ein Gefüge, dem so etwas wie eine eigene Wirkkraft zugeschrieben wird. (Wardenga/Miggelbrink 1998: 33)

Es sind demnach mehrere Herangehensweisen an den Begriff der Region möglich.

Zunächst kann man sich die Frage stellen, aufgrund welcher Merkmale bzw. Charakteristika verschiedene Regionen voneinander abgegrenzt werden können. Eine Einteilung kann auf Basis des Homogenitätsprinzips erfolgen (vgl. Sinz 1995: 921): Zum einen können möglichst homogene Gebiete aufgrund von räumlichen Grundeinheiten (zum Beispiel Gemeinden), auf der anderen Seite nach einem Merkmal - wie beispielsweise der Bevölkerungsdichte - zusammengefasst werden. Auch eine Einteilung nach dem Verflochtenheitsprinzip ist möglich: Hierbei werden diejenigen Raumelemente zu einer Region zusammengefasst, welche untereinander in funktionaler Verbindung stehen. Dies ist zum Beispiel bei PendlerInnen- und Arbeitsmarktregionen, zentralörtlichen Verflechtungsbereichen oder Zuständigkeitsbereichen bezüglich Infrastruktur bzw. Institutionen der Fall. Daraus lässt sich eine erste Definition des Begriffs ableiten:

Allgemein versteht man unter einer Region einen aufgrund bestimmter Merkmale abgrenzbaren, zusammenhängenden Teilraum mittlerer Größenordnung in einem Gesamtraum. (Sinz 1995: 919)

Der Ausdruck der “mittleren Größenordnung“ verweist bereits auf die räumliche Maßstabsebene, welche sich zwischen einer lokalen und einer nationalen befindet. Doch zuvor muss noch die Dimension der handelnden AkteurInnen in die Definition miteinbezogen werden. Regionen lassen sich auch aufgrund ihres Handlungszweckes abgrenzen(vgl. Fürst 2003b: 48): Einerseits - wie bereits angedeutet - funktional als beispielsweise Arbeitsmarktregionen, Schulregionen oder ÖPNV-Regionen¹² -, andererseits aufgrund raumbezogener Gemeinsamkeiten der relevanten AkteurInnen, wie bei politisch-administrativ abgegrenzten Regionen. “Regionen“ werden in diesem Zusammenhang als

räumlich abgegrenzte multi-funktionale übergemeindliche Handlungssysteme [verstanden], die aber keine Gebietskörperschaften (zum Beispiel Landkreis oder Regionalkreis) sind. (Fürst 2003b: 49)

Die Position im politischen Gefüge zwischen der Gemeindeebene und der nationalstaatlichen Ebene hat Regionen seit einiger Zeit zu zentralen politischen Handlungsebenen gemacht. Gefördert wird dies durch Dezentralisierungstendenzen auf Ebene des Nationalstaates oder durch Förderprogramme der Europäischen Union (vgl. Fürst 2003b: 50f), welche den Wettbewerb zwischen Regionen fördern sollen. Zudem ist eine steigende Anzahl an kommunalpolitischen Aufgaben nicht mehr innerhalb der Gemeindegrenzen zu bearbeiten, wodurch eine interkommunale Kooperation oder Vernetzung als Region durchaus sinnvoll erscheint. Gleichzeitig besitzen Regionen noch eine gewisse Identifikationsbasis für die BewohnerInnen, wodurch kollektives Handeln erleichtert wird. (vgl. Fürst 2003b: 53)

Die Bezugnahme auf die handelnden AkteurInnen verweist auf eine zentrale Bedeutung von Regionen: Aktivitätsregionen, welche durch das Handeln von Menschen wie gesellschaftlichen Organisationen (beispielsweise Unternehmen oder Verbände) konstituiert werden. (vgl. Wardenga/Miggelbrink 1998: 38) Regionen sind demnach Gestaltungseinheiten,

die es nicht von Natur aus gibt. Sie stützen sich auf bestimmte Areale, jedoch ist die Zielsetzung und der Gestaltungswille der Entscheidungsträger gegenüber dem Bestehenden das entscheidende Charakteristikum. Regionen sind - objektiv - als organisch gewachsene Ganzheiten unvollkommen, streben aber - subjektiv - eine gewisse regionale Identität an. (Werthmüller 1995: 101)

¹²ÖPNV = Öffentlicher Personennahverkehr

Das Streben nach einer regionalen Identität bringt uns zur zweiten wesentlichen Bedeutung von Regionen: Wahrnehmungs- und Identitätsregionen, welche im Rahmen von Kommunikationsprozessen konstituiert werden, sowie als mentale Konstrukte oder Projektionsflächen für das Bewusstsein von Individuen und Gruppen begriffen werden können. (vgl. Wardenga/Miggelbrink 1998: 38) Dies bedeutet, dass Regionen sich verändern können und relationale Gebilde sind. Hierauf verweist Weichhart (1996: 41), wenn er Regionen als

ein kontextualisiertes Gefüge oder Ensemble aufeinander bezogener 'Action Settings' auf der Meso- oder Makroebene, das im Vollzug der sozialen Praxis als dynamischer Prozess abläuft

definiert. Weiters bedeutet es aber auch, dass Regionen keine fixen Einheiten darstellen, sondern durch unser Handeln sowie durch das "Bild" in unseren Köpfen erst reproduziert und modifiziert werden - und sich somit als Regionen konstituieren. Sie sind sowohl Voraussetzung wie auch Ergebnis von sozialen Prozessen. Zudem sind sie in weiterreichende, über die Region hinausgehende Zusammenhänge eingebettet:

Regionen sind somit Resultate der - im historischen Zusammenhang zu sehenden - Interaktionen zwischen den 'großen' übergreifenden sozioökonomischen und kulturellen Entwicklungen und räumlich spezifischen Wahrnehmungs-, Deutungs-, Handlungs- und Interaktionsformen. (Danielzyk 1998: 386)

Diese Darstellungen und Versuche der Annäherung an den Begriff der "Region" macht dessen Komplexität deutlich. Es geht sowohl um eine Abgrenzbarkeit in Relation zu anderen räumlichen Gebilden und die Einbettung in weiterreichende Zusammenhänge, als auch um den prozesshaften Charakter über das Handeln von AkteurInnen und deren Vorstellungen. Einige dieser Dimensionen vereinen Mose und Nischwitz (2009: 1, Fußnote) in ihrer Definition, indem sie unter einer Region einen Raumzuschnitt verstehen, welcher

- a) sich häufig jenseits der politischen Gebietsgliederungen sowohl auf funktional-ökonomische Raumbezüge und Raumstrukturen als auch auf territoriale Bezüge wie natur- und kulturhistorische Räume beziehen kann;
- b) sich nicht auf einen Raumpunkt wie eine Stadt oder Gemeinde bezieht, sondern

im bundesdeutschen Kontext oberhalb der kommunalen und unterhalb der Landesebene angesiedelt ist [...];¹³

c) sich in Abhängigkeit von den beteiligten Akteuren, ihren Zielen und Themen offen und flexibel gestalten kann. Dies kann neben einer inhaltlichen und räumlichen Variabilität eines Regionszuschnitts auch eine zeitliche Begrenzung einer funktions-orientierten Regionsbildung beinhalten.

Die Abhängigkeit von den beteiligten AkteurInnen, welche eine Region konstituieren und ihr damit eine Zielsetzung geben, ist auch zentral für die vorliegende Arbeit. Aufgrund des geringen Grades der Institutionalisierung auf der Ebene einer Region werden Möglichkeiten zur Netzwerkbildung und interkommunalen Kooperation geschaffen. Zur Stärkung eben dieser Kooperation wurde in den 1980er-Jahren in Niederösterreich das Konzept der Kleinregionen ins Leben gerufen:

Mit ihnen wurde eine wichtige Plattform der Gemeinden zur Abstimmung und zur Entwicklung innovativer Strategien und Projekte geschaffen - mit dem Fokus auf die Themen Daseinsvorsorge und Raumentwicklung. (Amt der NÖ Landesregierung 2013: o.S.)

Somit wurde eine neue Handlungsebene zwischen jener der Gemeinden und jener des Landes Niederösterreich geschaffen. Mittlerweile gibt es in ganz Niederösterreich 58 Kleingemeinden. Dies bedeutet, dass rund 85 Prozent der 573 Gemeinden Mitglied einer Kleinregion sind. Eine von ihnen ist die Kleinregion ASTEG: Sie wurde 2006 offiziell gegründet, mit einem Fokus auf Tourismus sowie als Klima- und Energieregion. Bereits Ende der 1990er-Jahre wurde für die Gemeinden Allentsteig und Schwarzenau ein Entwicklungskonzept erarbeitet, welches sich auf die Themen Sicherheitszentrum und Betriebsansiedelung konzentrierte. (Interview Elsigan: 08.04.2014) Die Gemeinden Göpfritz und Schwarzenau, welche ebenfalls Teil des ehemaligen Gerichtsbezirkes Allentsteig waren, kamen später hinzu. Diese Entwicklung zeigt Regionen als politisch-administrative Einheiten im Sinne von *übergemeindlichen Handlungssystemen* (Fürst 2003b: 49). Gleichzeitig spielen aber nicht nur politische AkteurInnen eine Rolle für die Konstituierung einer Region, sondern auch die BewohnerInnen. Hierbei geht es nicht nur um gesetzte

¹³Dies gilt ebenfalls für den österreichischen Kontext.

Handlungen, sondern vor allem auch um das Bild einer Region, das in den Köpfen der Menschen existiert. Will sich eine Region dauerhaft konstituieren, muss sie sich nicht nur räumlich, sondern auch betreffend charakteristischer Merkmale von anderen Regionen abgrenzen - und somit als "Region" identifizierbar sein.

3.2 Regionen als Bezugspunkte für Identifikation

Doch was bedeutet Identität und Identifizierung konkret? In einem sozialwissenschaftlichen Verständnis wird Identität als

das Zusammenspiel all jener Eigenschaften bezeichnet, durch welche Einzigartigkeit generiert und eine eindeutige Identifizierung eines Menschen, Objektes oder Subjektes ermöglicht wird. (Berger 2010: 42f)

Dies verweist zum einen auf die Relationalität des Begriffes: Wer ich bin und welche Eigenschaften ich mir selbst und anderen zuschreibe, ergibt sich aus dem Vergleich zu eben diesen anderen. Wenn ich mich beispielsweise als groß bezeichne, tue ich dies in dem Wissen, dass es Personen gibt, die kleiner sind als ich selbst. Dies zeigt die Wechselseitigkeit von Identität, welche sich – laut Werthmüller (1995: 42) - nur in der Gemeinschaft mit anderen ausbilden kann. Gleichzeitig wird damit die Individualität, demnach die Einzigartigkeit eines Objektes oder Subjektes, hervorgehoben. (vgl. Werthmüller 1995: 45) Was ist nun das "Räumliche" an der Identität? Betrachtet man dies aus einer personenbezogenen Perspektive, so kann regionale Identität als eine Art Teilidentität einer Person begriffen werden. Dies verweist einerseits auf Zugehörigkeitsgefühle und Verbundenheit gegenüber einer bestimmten Region, andererseits werden Merkmale einer Region zum Bestandteil der eigenen Identität gemacht. (vgl. Berger 2010: 41)

Wird die Identität jedoch auf den Raum bezogen, kann festgestellt werden, dass eine Stadt oder eine Region selbst eine regionale Identität besitzt - oder besser: ihr eine eigenständige Identität zugeschrieben wird. Die Identitäten der BewohnerInnen werden somit als Bestandteil der Identität einer Region begriffen. Vergleicht man dies nun mit dem sozialwissenschaftlichen Verständnis von Identität, so ergibt sich regionale Identität aus der Summe all jener Eigenschaften, die eine eindeutige Identifizierung der Region erlauben. (vgl. Berger 2010:

49) Eigenschaften wären zum Beispiel die Geschichte einer Region, die Bevölkerungsstruktur, topographische Besonderheiten oder Infra- sowie Wirtschaftsstruktur. Unterschiede zwischen Regionen bezüglich dieser Eigenschaften machen sie als abgrenzbare Einheiten beschreibbar. Darüber hinaus entwickelt sich die regionale Identität als relationales Konstrukt durch Vergleiche: AkteurInnen einer Region bilden sich auf Basis des Vergleiches mit anderen Regionen ein Bild ihrer Region. (vgl. Berger 2010: 50)

Hierbei wird deutlich, dass sich Identität in einem dualen Prozess entwickelt: Die Selbstidentifizierung als selbstreflexiver Bewusstwerdungsakt und die Fremdentifizierung als Außenperspektive konstituieren die Identität eines Subjektes. (vgl. Berger 2010: 43) Eigenschaften werden einer Region sowohl vonseiten lokaler EntscheidungsträgerInnen und BewohnerInnen, als auch von Personen, die mit der Region in Verbindung stehen, aber eine Außenperspektive einnehmen – wie beispielsweise TouristInnen oder überregionale PolitikerInnen –, zugeschrieben:

Regionale Identität entsteht damit im Zuge eines Wahrnehmungsprozesses. Sie besteht nicht nur in den Merkmalen der jeweiligen Region, sondern auch darin, wie diese Merkmale von Individuen und Organisationen wahrgenommen werden. (Berger 2010: 50)

Weichhart, Weiske und Werlen (2006: 99) sprechen in diesem Zusammenhang von zwei Diskursen: Zum einen jener der Selbstbilder, welcher von

Kommunikationsgemeinschaften über sich selbst produziert

wird. Auf der anderen Seite der Diskurs der Fremdbilder, welcher von externen SprecherInnen produziert wird, die nicht einer bestimmten lokalen Gemeinde oder einer bestimmten Region angehören. Werthmüller (1995: 78f) unterscheidet ebenfalls in Bezug auf die IdentitätsträgerInnen zwischen einer Innen- und einer Außenperspektive. Hierbei ergeben sich zwei zentrale Bruch- bzw. Konfliktlinien: Die erste verläuft innerhalb der Innenperspektive zwischen den BewohnerInnen einer Region und (regionalen bzw. lokalen) EntscheidungsträgerInnen aufgrund unterschiedlicher Interessenslagen und unterschiedlicher Arten des Wissens. Die zweite Linie teilt die Innen- von der Außenperspektive und ergibt sich beispielsweise aus unterschiedlichen Erfahrungen, Informationsquellen oder raumbezogenen Intentionen. Während Auswärtige –

wie zum Beispiel TouristInnen – aus bestimmten Gründen und zeitlich befristet in eine Region kommen und somit eine selektive Wahrnehmung aufweisen, haben BewohnerInnen eine Vielzahl an Intentionen und Bedürfnissen:

Die Qualität der persönlichen Erfahrungsgrundlage ist deshalb eine wesentliche Ursache für Wahrnehmungsabweichungen zwischen Selbst- und Fremdidifizierung. (Werthmüller 1995: 80)

Darüber hinaus werden die Kosten, welche durch Verschönerungen von Ortszentren oder durch eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur entstehen, von den BewohnerInnen getragen. Als zentral für deren Identifikation mit ihrer Region ist somit die Verfügbarkeit über eine Bandbreite an Daseinsvorsorge zu nennen, da diese als Indiz für eine hohe Lebensqualität gelten. TouristInnen auf der anderen Seite werden sich nicht mit einer Region oder einer Stadt als Ganzes identifizieren, sondern mit *spezifischen Leistungs- und Attraktionspotentialen* (Werthmüller 1995: 83), welche sie gezielt in einer Region suchen.

Die (zugeschriebene) Identität einer Region ist demnach umso stärker ausgeprägt, je deckungsgleicher sich Selbst- und Fremdbild darstellen, und je stärker die Identifikation mit einer Region über die beiden Prozesse der Selbst- sowie der Fremdidifizierung ist. Zudem wurde durch die Betonung der Bedeutung von Wahrnehmung deutlich, dass sich regionale Identität nicht per se auf Flächen oder physische Grenzen bezieht, sondern sich auf Inhalte und Symbole stützt, welche Zugehörigkeit suggerieren. Demnach geht es auch darum, ein bestimmtes Bild einer Region sowohl in der Innen-, als auch in der Außenwahrnehmung zu verankern. Eine eindeutige Identifizierung einer Region wird über visuelle Elemente - wie beispielsweise über regionstypische Produkte oder über mit der Region in Verbindung stehende Marken - erzielt. Zentral ist die Abgrenzung zu anderen Regionen über die Hervorhebung der eigenen Einzigartigkeit. Regionen, Städten oder Gemeinden nutzen hierbei Marketingkonzepte, um

damit einmal ihr Profil nach außen zu verstärken, sich gegenüber anderen Städten und Gemeinden abzusetzen. (Meissner 1995: 22)

Gleichzeitig geht es aber auch um die Schaffung eines "Wir-Gefühls" bzw. um Zugehörigkeitsgefühle innerhalb einer Region oder einer Stadt,

um die Zustimmung der Bürger zu den gestaltungspolitischen Entscheidungen in den Städten und Gemeinden zu erreichen und auch um die Identifikation und Motivation der Mitarbeiter der Städte zu verstärken. (Meissner 1995: 22)

Demnach nehmen die wahrgenommenen Merkmale bzw. Besonderheiten einer Region Einfluss auf die Höhe der Identifikation mit eben dieser Region (vgl. Werthmüller 1995: 128) – vorausgesetzt natürlich, es handelt sich um eine positive Wahrnehmung. Diese soll durch Marketingkonzepte aufgebaut bzw. verstärkt werden, indem eine unwechselbare Identität verliehen wird. Für dessen Herstellung finden sich unterschiedliche Komponenten (vgl. Meissner 1995: 25) in einer Region – u.a. die Geschichte, die geographische Lage, einzelne große Unternehmen, einzelne Sportvereine oder kulturelle Aktivitäten.

Die Sichtbarmachung dieser Komponenten ist wichtig, da persönliche Kommunikation und Interaktion im Gegensatz zur lokalen Ebene aufgrund der Anzahl an Personen und des Gebietes einer Region oft fehlen. Hierfür wird mit unterschiedlichen Symbolen gearbeitet, welche sich grob in fünf Kategorien einteilen lassen (vgl. Maier 2001: 28-30):

- Name der Region: Dieser soll mit Attributen aufgeladen werden.
- Landschaftliche Symbole: Eine “unverwechselbare“ Landschaft wird über beispielsweise Flüsse, Seen oder Berge suggeriert.
- Geschichtliche Symbole: Über Feste oder bestimmte Orte innerhalb der Region wird bezüglich eines “gemeinsamen Schicksals“ mobilisiert.
- Folkloristische Symbole: “Typische“ Elemente wie Produkte oder Baustile werden in Abgrenzung zum “Fremden“ gesetzt.
- Kulturelle Symbole des Alltags: Bestandteile des alltäglichen Lebens werden als identitätsstiftend gesehen, wie beispielsweise Kleidung, zugeschriebene Charaktereigenschaften, regionale Institutionen oder die gemeinsame Sprache bzw. der Dialekt.

Zusätzlich nennt Maier (2001: 30-33) noch andere Elemente, welche zum Entstehen regionaler Identität beitragen können: Abgrenzbarkeit, Unterbrechung der Werktagwirklichkeit (zum Beispiel über gemeinsames Feiern oder Veranstaltungen), Wirtschaftskraft, Modernisierung

(Suche nach Geborgenheit), Krisensituationen (welche die BewohnerInnen näher “zusammenrücken“ lassen), Wohlfühlen am Wohnort, Informiertheit über die Region oder auch Vereinszugehörigkeit.

Im Fokus steht immer ein positives Bild oder Image einer Region, über welches wiederum Verankerung in der Region erzielt werden kann. Somit steht dieses in direktem Zusammenhang mit einer Schaffung einer regionalen Identität bzw. mit der Identifizierung mit einer Region:

Sie [Images, Anm. MW] sind Elemente der symbolischen Aneignung von Welt, die im Handlungsvollzug von Subjekten konstituiert werden. (Weichhart/Weiske/Werlen 2006: 126)

Aus diesem Grund ist die Imageanalyse ein wichtiger Bestandteil von Marketing. Auch diese bezieht sich einerseits auf das Selbstbild, andererseits auf das Fremdbild: In Bezug auf das Selbstbild soll ein möglichst breites Spektrum an BewohnerInnen betreffend Alter, Beruf oder Familienstand erreicht werden. Das Fremdbild hingegen sollte zielgruppenorientiert – beispielsweise junge Familien mit Kindern oder ältere Personen im Ruhestand – sein, wobei die einzelnen Zielgruppen bereits im Vorfeld definiert werden. Klar ist, dass ein Image nicht gleichzusetzen ist mit der Realität, gleichwohl es im Einklang mit dieser stehen sollte. Hierfür sind langfristige Struktur- und Kommunikationsmaßnahmen nötig. (vgl. Maier 2001: 68) Eine zentrale Rolle kommt dabei den regionalen AkteurInnen zu: Sie sollen nicht nur das Image einer Region akzeptieren, sondern auch behilflich sein, ein Bild einer Region zu schaffen, das mit der Realität in Einklang steht und diese zu etwas Besonderem macht.

Sowohl das Selbst- als auch das Fremdbild der Kleinregion ASTEG wird stark von der Existenz des Truppenübungsplatzes Allentsteig geprägt¹⁴, welcher die Kleinregion auch geographisch von anderen Regionen abgrenzt. Zudem wurde in den letzten Jahren über den Prozess der Formierung als Kleinregion versucht, die lokale Bevölkerung verstärkt zu informieren und einzubeziehen, um eine Identifikation mit der Kleinregion zu erzeugen. Ein Logo wurde entwickelt (siehe Abbildung), ein Entwicklungskonzept erarbeitet und einzelne Zukunftsprojekte - wie beispielsweise die Bewerbung für die Landesausstellung in Niederösterreich 2017 -

¹⁴Für nähere Erläuterungen siehe Kapitel *Das “T“ steht für TÜPl - Der Truppenübungsplatz Allentsteig als Alleinstellungsmerkmal der Kleinregion ASTEG*.



Abbildung 5: Logo der Kleinregion ASTEG, Foto: Manuela Wade

vorangetrieben. Dies sind allerdings neuere Entwicklungen. Für die Kleinregion ASTEG selbst gibt es (bisher) keine eigenen touristischen Vermarktungsstrategien - sehr wohl aber für das Waldviertel insgesamt. Für dieses gibt es breites ein Image, welches als echt und unverfälscht gilt. Der "Marke Waldviertel" können Werte zugeordnet werden, die auch für die Kleinregion ASTEG gelten. Dementsprechend konzentriert man sich auf den Bereich Wertewandel unter dem Stichwort "Zurück zur Natur". Das größte Potenzial wird hierbei im Bereich "Natur und Landschaft" gesehen. (Interview Schwarzingler: 06.12.2013) 65 Prozent der Gäste im Waldviertel suchen die unberührte Natur, daneben Ruhe und Bewegung. 50 Prozent nutzen die Region als Ausflugsziel, beispielsweise für den Besuch von Burgen und Schlössern. Da auf Erholung, Ruhe und Naturraum gesetzt wird, wird kein Massentourismus angestrebt. (Interview Schwarzingler: 06.12.2013) Als Zielgruppen für den Tourismus im Waldviertel wurden neben Familien insbesondere Personen bzw. Paare, welche das vierzigste Lebensjahr bereits überschritten haben und zu den mittleren bis höheren Einkommensschichten zählen, definiert. Zusätzlich zum Thema Natur wird das Waldviertel mit dem Thema "Kulinarik und Genuss" beworben, um einen Fokus auf die besonderen Produkte aus der kleinstrukturierten, hochqualitativen Landwirtschaft zu legen.

Generell bieten Überlegungen zur Schaffung eines einheitlichen und einzigartigen Bildes einer Region Anknüpfungspunkte nicht nur für eine Identifizierung der BewohnerInnen mit

“ihrer“ Region, sondern auch für ein geschlossenes Auftreten nach außen. Ob sich dieses allerdings nur auf Vermarktungsstrategien konzentrieren soll, ist - vor dem Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbs zwischen Regionen, welcher ländliche und strukturschwache Regionen zunehmend an den Rand drängt - fraglich. Darüber hinaus wurde bereits gezeigt, dass eine monostrukturelle Ausrichtung auf den Tourismus eine nachhaltige Entwicklung eben dieser Regionen erschwert. In Bezug auf das Instrument des Regionalmarketing ist außerdem zu bedenken, dass dieses nicht vergleichbar mit dem Marketing bei Unternehmen sein kann (vgl. Danielzyk 2002: 46): Eine Auslagerung von Produktlinien oder “Unternehmensteilen“ ist ebenso unmöglich wie das Einkaufen neuer Dienstleistungen oder das Austauschen der Zielgruppe. Auch sind Unternehmen hierarchisch strukturiert, wobei von oberster Ebene ein Steuerungsanspruch gestellt werden kann. Dies ist bei Regionen nicht der Fall: Sie

sind demgegenüber hochkomplexe Gebilde, die wesentlich durch Netzwerke mehr oder minder autonomer Akteure geprägt werden. Im Rahmen von Regionalmarketing müssen, z.T. mühsam, eigentlich autonome und zumindest nominell gleichwertige Akteure zur Kooperation im Interesse der Regionalentwicklung bewegt werden. (Danielzyk 2002: 48)

3.3 Netzwerke auf regionaler Ebene

Diese Komplexität hat sich in den letzten Jahren im Zuge der zunehmenden Einbindung von AkteurInnen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft in politische Entscheidungsprozesse noch erhöht. Deren Einbeziehung und jene von unterschiedlichen subnationalen Ebenen – wie der Region, Kleinregion oder Gemeinde – sowie die Nutzung endogener Ressourcen und Potenziale verweist auf ein Politikverständnis, welches weggeht von einer von nationalstaatlicher Seite diktierten Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Es findet sich in der Debatte um *Regional Governance* wieder. *Governance* wird in diesem Zusammenhang

als strategischer Prozess der Steuerung der Gesamtheit von formellen und informellen Instrumenten (Heintel 2005: 54)

verstanden, wobei der Fokus auf der Interaktion zwischen nationalstaatlicher und regionaler Ebene liegt. Im Mittelpunkt steht weniger die formale Institutionalisierung, als vielmehr Netz-

werke, Kooperationen sowie Kommunikation. Das Handeln einzelner AkteurInnen soll ebenso wie Strategien koordiniert werden, damit gesteckte Ziele besser erreicht werden können. Daran anknüpfend soll *Regional Governance* darüber informieren

wer was wann und wie tut, um in einer Region kollektives Handeln zu ermöglichen.
(Fürst 2001: 371)

Es geht demnach um die strategischen Möglichkeiten zur Gestaltung regionaler Steuerungsprozesse - oder, anders ausgedrückt: Wie werden AkteurInnen kollektiv handlungsfähig? (vgl. Fürst 2001: 373) Über die Organisierung in Form von regionalen Netzwerken wird die Selbstverantwortung der Regionen als Handlungsebenen aufgewertet:

Regional Governance ist damit eine subsidäre und kooperative Politikform, die versucht, durch die Etablierung regionaler Partnerschaften und Netzwerke eine regionenspezifische Antwort auf die hierarchischen regionalpolitischen Steuerungsprobleme zu geben. (Böcher/Krott/Tränker 2008a: 12)

Dementsprechend werden die Potenziale dieses Ansatzes insbesondere in Politikfeldern, welche mit Steuerungsproblemen zu kämpfen haben - wie dies beispielsweise bei der Umweltpolitik der Fall ist - breit diskutiert. (vgl. Böcher/Krott/Tränker 2008a: 11)

Zunehmend handelt es sich hierbei um Vorentscheidungsstrukturen außerhalb von politischen Gremien, welche sich vor allem um konkrete Aufgaben und Probleme bilden (vgl. Fürst 2003b: 60), für welche eben diese formal bestehenden Institutionen nicht geeignet erscheinen. Ein Beispiel wäre projektbezogenes Handeln auf regionaler Ebene. Auf diese Weise ist es möglich, traditionelle Sektorgrenzen sowohl zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich, aber auch zwischen den einzelnen Fachpolitiken zu überschreiten und somit eine intersektorale Kooperation durch regionale Netzwerke zu etablieren. Die Einbindung regionaler AkteurInnen, die nicht nur aus dem staatlichen bzw. öffentlichen Bereich, sondern auch aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft kommen, soll zudem eine optimale Nutzung endogener Potenziale der jeweiligen Regionen ermöglichen. Dies hat insbesondere für den ländlichen Raum Bedeutung, welcher mit strukturellen Problemlagen - wie beispielsweise Mangel an Arbeitsplätzen, Abwanderung oder Überalterung - zu kämpfen hat, gleichzeitig jedoch über Potenziale wie naturräumliche Gegebenheiten verfügt, welche für touristische Zwecke und Naherholung genutzt

werden können.

Eine integrierte ländliche Entwicklung müsste demnach alle relevanten AkteurInnen und Interessensgruppen vor Ort wie zum Beispiel Land- und Forstwirtschaft, Handwerk, Tourismus und Gastronomie sowie Naturschutz - einbinden und auf die Nutzung endogener Ressourcen setzen, um Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. (vgl. Böcher/Krott/Tränkner 2008a: 14) Die OECD (2006: 15) spricht in diesem Zusammenhang von einem Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik:

Regional policy has thus begun a paradigm shift from a top down, subsidy-based strategy to reduce regional disparities into a much broader family of policies designed to improve regional competitiveness.

Strategien in Bezug auf Unternehmen sollen demnach entwickelt, der Fokus auf endogene Potenziale und Wissen gelegt, sowie unterschiedliche Politikebenen eingebunden werden. Prinzipien, welche dieses *new rural paradigm* kennzeichnen, sind Schwerpunktsetzungen zum einen auf Orte anstatt auf Sektoren, zum anderen auf Investitionen anstatt auf Förderungen.

3.4 Regionen als Handlungsebenen im Spannungsfeld von Zentrum und Peripherie

Der Ansatz von *Regional Governance* ist bisher eher auf einer normativen als auf einer empirischen Ebene definiert worden: Er soll einerseits bestimmten Prinzipien wie Transparenz, Rechenschaftspflicht oder Effizienz folgen, auf der anderen Seite zu einem Konzept eines *aktivierenden Staates* (Fürst 2003a: 443) beitragen. Durch gewachsene Arbeitsteilung und regionale Umstrukturierungsprozesse hätte sich demnach ein erhöhter Kooperationsbedarf zwischen den regionalen AkteurInnen ergeben. Zudem hätte sich die staatliche Steuerung verändert, was zu einer sich wandelnden Bedeutung der regionalen Ebene als Handlungsebene geführt hat. (vgl. Fürst 2001: 371f) Derartige Entwicklungen lassen sich insbesondere in den letzten Jahren beobachten: Im Zuge des Subsidiaritätsprinzips findet eine zunehmende Delegation staatlicher Aufgaben und Verantwortlichkeiten von der Ebene des Nationalstaates nach unten statt. Dies bedeutet aber auch eine zunehmende Eigenverantwortung für die subnationalen – regionalen und lokalen – Ebenen betreffend regionaler und nachhaltiger Entwicklung. Erfolgreiche und

nachhaltige Regionalpolitik soll nicht mehr “top down“ und nach dem Gießkannenprinzip betrieben werden (vgl. Böcher/Krott/Tränkner 2008: 11), sondern die regionale Ebene aktiver einbinden. Überregionalen staatlichen Ebenen – wie den einzelnen Bundesländer, dem Nationalstaat oder der Europäische Union – sollen in diesem Gefüges Anreize und Steuerungsimpulse über finanzielle Förderprogramme (wie beispielsweise LEADER auf europäischer Ebene) setzen.

Dies wirft nicht nur die Frage nach den tatsächlichen Gestaltungsspielräumen auf regionaler Ebene, die auf die finanziellen Ressourcen überregionaler Ebenen angewiesen ist, auf, sondern auch jene nach den strukturellen Voraussetzungen und Entwicklungen, welche zu einer derartigen Herangehensweise geführt bzw. diese begünstigt haben. Zwar geht der Ansatz der *Regional Governance* von der These eines Wandels von Staat bzw. Staatlichkeit aus, ist aber fokussiert auf die dadurch entstehenden Netzwerke und somit akteursbezogen. Die Regulationstheorie demgegenüber nimmt die Strukturen in den Blick, was zusätzliche Erklärungen für Entwicklungen auch auf der regionalen Ebene liefern kann:

Umgekehrt ist aber 'governance' ohne den regulationstheoretischen Bezug schwerer zu begreifen, weil mit governance auch Regelsysteme/Konventionen verbunden sind, die erst die erforderliche Handlungssicherheit im Sinne der Institutionenökonomie geben. (Fürst 2001: 373)

So begünstigen beispielsweise der Grad der Dezentralisierung oder Anreize über Förderpolitik das Entstehen von *Regional Governance*-Prozessen. (vgl. Fürst 2001: 375)

Im Mittelpunkt der Regulationstheorie steht das Zusammenspiel zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Formen gesellschaftlicher Steuerung. Dabei wird von dem inneren Zwang nach Akkumulation von Kapital im kapitalistischen System ausgegangen (Spirale Geld - Ware - mehr Geld). (vgl. Becker 2013: 25) Wie diese Akkumulation erzielt werden kann, ist von Periode zu Periode unterschiedlich. So können Kapitalanlagen beispielsweise in der produktiven Sphäre oder primär in der finanziellen Sphäre erfolgen. Bestimmte Formen der Akkumulation werden hierbei durch entsprechende Maßnahmen der Regulation gefördert. “Regulation“¹⁵

¹⁵Hierbei handelt es sich um einen Ausdruck aus dem Französischen. Die Regulationstheorie entwickelte sich in Frankreich im Rahmen der marxistischen Diskussion. Innerhalb der *radical geography* (siehe z.B. Ar-

meint in diesem Zusammenhang die Produktion von Stabilität über Konfliktualität - oder: Wie wird Ordnung in Krisen erzeugt bzw. aufrechterhalten? Hirsch (1990: 18) formuliert das zentrale Anliegen der Regulationstheorie wie folgt:

Es geht also darum, wie eine Gesellschaft zusammengehalten wird, die aufgrund ihres ökonomischen Reproduktionsmechanismus strukturell von bestandsbedrohenden Krisen und sozialen Desintegrationsprozessen bedroht ist.

Anders ausgedrückt:

Sowohl zwischen Akkumulation und Reproduktion der Arbeitskräfte wie auch zwischen verschiedenen Akkumulationsstrategien entstehen Spannungen und Widersprüche. Diese werden mit gesellschaftlichen Prozeduren der Regulation bearbeitet. (Becker 2013: 41)

Die unterschiedlichen Formen der Regulation leiten sich demnach aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise ab. Daher variieren sie in ihren institutionellen Ausprägungen räumlich und zeitlich.

Der Staat ist in all diesen Formen präsent, da er als Ort begriffen wird, an dem Kompromisse institutionalisiert werden. (vgl. Becker 2013: 44) Aufbauend auf einem Verständnis von Staat als spezifische institutionelle Form von sozialen Beziehungen, geht es um eine Betrachtung der räumlichen Konstellationen staatlichen Handelns. Brenner (2004: 72) begreift *state space* in diesem Zusammenhang als

an arena, medium and outcome of spatially selective political strategies.

Das bedeutet, dass nicht der Staat selbst Macht besitzt, sondern über ihn bzw. über seine unterschiedlichen Institutionen politische Strategien vermittelt werden. Diese Vermittlung erfolgt aber selektiv, indem bestimmte Kräfte bevorzugt, andere jedoch benachteiligt werden. Staatlicher Raum wird demnach von verschiedenen Interessenlagen und politischen Strategien geprägt, die sich auf unterschiedlichen (institutionellen) Ebenen ausdrücken. Die räumlichen ebenen von David Harvey setzte man bei der Rezeption beim Verständnis von Raum als einer Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse an.

Selektivität von staatlichen Strategien ergibt sich hierbei aus der Fokussierung von Institutionen auf bestimmte geographische Regionen. (vgl. Brenner 2004: 89)

Der Ansatz der Regulationstheorie ermöglicht eine strukturelle Sichtweise auf zwei - für die vorliegende Arbeit zentrale - Bereiche: Zum einen geht es um die Rolle, welche übergeordnete staatliche Ebenen in der Regionalpolitik einnehmen bzw. wie sie mit anderen Ebenen zusammenspielen. Es wurde bereits auf Tendenzen zur Dezentralisierung verwiesen, welche das Verhältnis zwischen (Klein-)Region, Land, Bund und Europäischer Union verändert haben. So kam es durch die Transformierung von Regulierungskompetenz in Governance-Strukturen, an denen nicht nur staatliche AkteurInnen beteiligt sind, häufig auch zu einer Verschiebung der räumlichen Maßstabebenen.¹⁶ Die regionale Ebene erhielt eine gesteigerte Bedeutung über die Implementierung von beispielsweise regionalen Entwicklungskonzepten oder regionaler Leitbilder. Neue Konfigurationen wurden über Netzwerke zwischen Regionen gebildet:

Regionen können in der Logik der Regulationstheorie durch eine räumliche Differenzierung der nationalen Regulation des Akkumulationsprozesses entstehen, d.h. dort wo wesentliche institutionelle Formen unterhalb der nationalen Ebene ausgehandelt und reproduziert werden. Diese Formen können zunächst durch die naturräumliche Differenzierung und durch historische Zufälle entstanden sein und sich danach in einem längeren Entwicklungspfad zu einem Set an Institutionen ausgebildet haben. (Scheuplein 2008: 199f)

Gleichzeitig wurde mit dem EU-Beitritt Österreichs die Steuerungsgewalt von einer nationalen auf eine supranationale Ebene übertragen, welche aber wiederum über Förderinstrumente die Ebene der Regionen hervorhebt.

Daran anknüpfend können - betreffend des zweiten Bereiches - unterschiedliche Gesellschaftsformationen, welche sich spezifischer Formen von Arbeitsteilung oder Produktionswei-

¹⁶Dies schließt an eine Debatte um die Bedeutung von unterschiedlichen Maßstabebenen oder *scales* an. Jessop (2007: 27) bezeichnet *scales* als *verschachtelte Hierarchien begrenzter Räume*. Es handelt sich demnach um geographische Maßstabebenen, die von lokal (inklusive Alltagsleben) bis hin zu global reichen. Mithilfe dieser Einteilung ist es möglich, eine räumliche Dimension sozialer Konflikte zu verorten: Unterschiedliche AkteurInnen handeln auf verschiedenen Maßstabebenen und bewegen sich zwischen ihnen, um ihre Anliegen durchsetzen zu können.

sen bedienen, herausgefiltert werden. Ausgehend von der Annahme, dass jeder gesellschaftlichen Formation spezifische Raumstrukturen zuzuordnen sind (vgl. Danielzyk 1998: 131), können deren Auswirkungen auf die Planungskultur sowie die Regionalpolitik - und somit auf ländliche Räume und deren Funktionen - näher untersucht werden. Um dies zu verdeutlichen: Regionalmarketing, "Public-Private-Partnerships", das zunehmende Interesse für endogene Potenziale oder "weiche Standortfaktoren", forcierte Weiterbildungsförderungen, lokale beschäftigungspolitische Ansätze, Förderung von interkommunaler Vernetzung, Entwicklungsagenturen zur wirtschaftlichen Förderung oder auch die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf intermediäre Organisationen und untergeordnete staatliche Ebenen –

all diese Aspekte sind im regulationstheoretischen Verständnis Elemente einer neuen, dezentralen und flexiblen Regulationsweise. (Danielzyk 1998: 434)

Diese Regulationsweise ermöglicht und stabilisiert ein flexibles Akkumulationsregime des Postfordismus, welches an jenes des Fordismus anschließt und als im Moment vorherrschend betrachtet wird.¹⁷

Derartige Formen von Institutionalisierungen und damit verbundene Normen und Zielsetzungen, welche sich im Laufe der Zeit verändern, spiegeln sich auch in der Bedeutungsveränderung von ländlichen Regionen und somit im Planungsverständnis sowie in Maßnahmen der Regionalentwicklung wider. Bis in die 1960er-Jahre stand der Wiederaufbau sowie auf die Belebung des wirtschaftlichen Wachstums im Mittelpunkt der Planung in West- und Mitteleuropa. Bevorzugt wurden die Städte und deren Umland, ländlichen Regionen wurde nur wenig Aufmerksamkeit zuteil. Auch in Österreich sollte noch in den 1960er-Jahren der Ab-

¹⁷Die These von Hirsch (2013: 381-383) ist allerdings, dass diese Formation, demnach die neoliberale Umstrukturierung des globalen Kapitalismus ("Globalisierung") und die damit zusammenhängenden Veränderungen des Staatensystems, den Übergang zu einer neuen kapitalistischen Formation einleitet. Diese bezeichnet er als *autoritären Etatismus*, charakterisiert durch ein verstärktes Maß an direkten Staatsinterventionen, welche aber von ökonomischen Direktiven geleistet werden:

Einzelstaatliche Regierungen und Parlamente entscheiden nur noch darüber, wie [Herv. i.O.] Löhne gesenkt, Sozialausgaben gekürzt werden und weiter wie [Herv. i.O.] dereguliert und privatisiert wird. (Hirsch 2013: 388)

Durch die enger gewordene Verflechtung zwischen Staat und Kapital werde die relative Autonomie erheblich eingeschränkt – und Krisenfolgen auf den öffentlichen Sektor verlagert.

bau regionaler Disparitäten durch Wirtschaftswachstum gewährleistet werden. 1975 wurde auf europäischer Ebene der Europäische Fonds als Aufwertung der Regionalpolitik gegründet. Bis in die Mitte der 1970er-Jahre wurde eine gezielte industrielle Förderung vor allem für strukturschwache Regionen betrieben, danach wurde die Bedeutungsverschiebung zwischen den Wirtschaftssektoren allmählich spürbar:

Der Rückgang des primären Wirtschaftssektors zugunsten der Dienstleistungsbe-
reiche verstärkte das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Zentren und Peripherien.
(Heintel 2005: 33)

Von nun an lag der Fokus auf der Entwicklung und Nutzung endogener Potenziale. (vgl. Rockenbauer 2013: 37) Ende der 1970er-Jahre entstanden die ersten Konzepte eigenständiger Regionalentwicklung in Österreich, welche von einer Kritik an sektoralen Konzepten und der traditionellen Landwirtschaft geprägt waren. (vgl. Heintel 2005: 34) Verstärkt in den 1980er-Jahren kam es zu einem Strukturwandel bezüglich der internationalen Integration der Wirtschaft sowie zu einer Verschiebung vom sekundären zum tertiären Sektor – dies betraf und betrifft verschiedene Regionstypen in einer unterschiedlichen Weise. Diese Entwicklung führte zu einer stärkeren Ausdifferenzierung verschiedener Entwicklungsmuster bei ländlichen Regionen: Einige prosperierten sogar mehr als städtische Gebiete, andere fielen immer mehr zurück. (vg. Danielzyk 1998: 35) Im Waldviertel brach zu dieser Zeit die Industriebeschäftigung ein. (vgl. Eigner 2006: 387) Gleichzeitig wurde die auch in anderen Bereichen festzustellende Politik der Deregulierung in der Regionalpolitik angewandt und führte zu deren Schwächung in Bezug auf Regulierungsambitionen betreffend des ländlichen Raumes. Man ging weg von regionaler Integration und regionalem Ausgleich, hin zu regionaler Standortpolitik. (vgl. Eigner 2006: 388) Während 1981 noch das Ziel des Ausgleichs der Lebenschancen formuliert wurde, wurde dieses seither immer mehr relativiert und als “gleichwertige Lebenschancen“ titulierte. In den 1990ern wurde das Ausgleichsziel aufgegeben – zugunsten des Wettbewerbs zwischen den Regionen (Interview Baum: 18.04.2014) -, allerdings kam die Netzwetkbildung als regionalpolitische Maßnahme hinzu, wie das Beispiel des Konzeptes der Kleinregionen zeigt. Zudem ist seit 1995 die Dimension der EU-Regionalpolitik für den österreichischen Kontext mitzudenken, welche ebenfalls auf die Förderung regionaler Entwicklungspotenziale zielt. Gleichzeitig setzte ein wirtschaftsdominierter Trend in der Regionalpolitik ein, der sich in einzelbetrieblichen

Förderungen ausdrückte. Späteren Entwicklungen liegen komplexere institutionelle Verflechtungen und Steuerungsformen zugrunde, wie beispielsweise an Unternehmenskooperationen oder Wirtschaftsparks zu sehen ist. (vgl. Heintel 2005: 33)

Der Wettbewerb zwischen den einzelnen europäischen Regionen sowie Wachstum steht auch im Fokus der im Jahr 2000 verabschiedeten "Lissabon-Strategie", welche als Ziel formulierte, die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Auch das operationale Programm des Landes Niederösterreich für den Zeitraum 2007 bis 2013 ist auf die Lissabon-Strategie ausgerichtet:

Allgemeines Programmziel ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft in allen Landesteilen nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung und der Chancengleichheit zur Sicherung der Lebensqualität, Einkommen und Beschäftigung in Niederösterreich. (Amt der NÖ Landesregierung 2007: 86)

Hierbei ist das Ziel der ersten Prioritätenachse die Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, jenes der zweiten Achse die Stärkung der Regionen und Standorte in Niederösterreich. Die - auf europäischer Ebene - nachfolgende Strategie "Europa 2020" setzt diese Entwicklung fort. Das Ziel der Herstellung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft soll über Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Förderung wirtschaftlicher Innovation sowie Entwicklung des Wissensgesellschaft erreicht werden. Damit verbunden sind aber Trends in Richtung Privatisierung und Liberalisierung der Daseinsvorsorge – wie Post, Energieversorgung oder Telekommunikation -, welche insbesondere die Lage in peripheren Räumen verschärft. (vgl. Franzen et al. 2008: 34) Durch die Konkurrenz um Standortvorteile, welche Unternehmen in bestimmten Gebieten halten sollen, verringern sich gerade die Handlungsoptionen für schrumpfende und periphere ländliche Räume.

3.5 Schrumpfung als Herausforderung im regionalen Kontext

Hinzu kommt eine Entwicklung, welche sich in einer flächenmäßigen und langfristigen Bevölkerungsschrumpfung und -alterung zeigt: der demographische Wandel. Bisher wurde er vor

allem für Gebiete in Ostdeutschland diskutiert. Doch er stellt allgemein eine Herausforderung für ländliche und periphere Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte dar, weil Schrumpfung hier nicht durch Zuwanderung (welche oft arbeitsmarktorientiert und auf Verdichtungsräume bzw. Zentren konzentriert ist) abgeschwächt, sondern durch Abwanderung verstärkt wird. Die Auswirkungen des demographischen Wandels stellen sich kleinräumig sehr unterschiedlich dar. Geprägt ist der Prozess durch Geburtenrückgang (niedrige Anzahl an Geburten), Alterung (hohe Lebenserwartung) sowie selektive Wanderung (regionen- und altersspezifisch). (vgl. Matuschewski/Leick 2012: 516) Durch den demographischen Wandel verändern sich auch die AdressatInnen und AkteurInnen von lokaler Politik vor Ort: Tendenziell verbleiben männliche, ältere und weniger gut ausgebildete Menschen in den ländlichen Räumen - Ätere und gut Ausgebildete kommen hinzu. Zudem leben in vielen Ortschaften viele TouristInnen, die Anzahl jener mit Zweitwohnsitz ist verhältnismäßig hoch. (vgl. Beertz 2006: 29)

Die Folgen dieser Entwicklung¹⁸ sind vielfältig: Durch die Abwanderung von vorwiegend jüngeren, gut ausgebildeten Menschen entsteht beispielsweise für Unternehmen ein Fachkräftemangel und eine Nachfolgeproblematik bei mittelständischen Familienunternehmen. Zudem schrumpfen regionale Märkte durch den Verlust von Kaufkraft, und Steuereinnahmen für die Gemeinden sinken. Trotz dieser *eingeschränkten fiskalischen Spielräume* (Beertz 2006: 28) müssen die Gemeinden allerdings weiterhin für die Aufrechterhaltung der technischen und sozialen Infrastruktur sorgen, was mit weiteren Kosten verbunden ist. Durch die Überalterung der Bevölkerung ergeben sich, darüber hinaus, unterschiedliche Bedürfnisse gerade betreffend der Wohnversorgung, welche ebenfalls befriedigt werden müssen. So geht zwar allgemein der Bedarf an Wohnheiten in schrumpfenden Gemeinden und Regionen zurück, jener an spezielle Wohnformen - beispielsweise für SeniorInnen - erhöht sich hingegen. Winkel (2003: 9) spricht daher von

Bedarfsveränderungen bei sehr knappen Ressourcen.

Der Handlungsdruck, welcher auf insbesondere auf den Gemeinden liegt, hat sich erhöht:

Der demographische Wandel verstärkt nun den Problemdruck, denn er macht weitere Anpassungs- und Veränderungsleistungen erforderlich (z.B. durch die Zunah-

¹⁸Für weiterführende Informationen siehe u.a. Matuschewski/Leick (2012: 516) oder Winkel (2003: 4).

me des Anteils Älterer an der Bevölkerung), verschärft die Diskussion um eine Abgrenzung der kommunalen Aufgabenbereiche (z.B. um den ÖPNV) und schränkt die notwendigen Ressourcen ein (z.B. sinkende Pro-Kopf-Zuweisungen bei Bevölkerungsrückgang). (Beertz 2006: 27)

Wie soll aus Sicht der Raumplanung und Regionalentwicklung damit umgegangen werden? Tendenzen in Richtung Zentralisierung gerade von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wurden bereits angesprochen. Doch: Welcher Grad an Zentralisierung ist nötig und auch gut verträglich für ländliche Räume? Welche Mindeststandards sollen und wollen gehalten werden, um einer Ausdünnung und weiteren Peripherisierung ländlicher Regionen entgegenzuwirken? Demnach geht es einerseits um die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Lösungen für kommunale Infrastrukturleistungen und nachhaltige Veränderungen über neue Wege der politischen Steuerung, auf der anderen Seite aber auch, ganz allgemein, um einen öffentlichen Diskurs über demographische Entwicklungen, welcher sich auf die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens und der regionalen Strukturen bezieht. (vgl. Beertz 2006: 25) Denn traditionell wurde Planung wachstumsorientiert als Grundlage zur Verteilung von quantitativen Zuwächsen an beispielsweise EinwohnerInnen oder Arbeitsplätzen verstanden und fokussierte demnach auf die Neuerschließung von Flächen bzw. auf Neubau unter dem Prinzip der Trennung der unterschiedlichen Raumfunktionen wie Wohnen oder Arbeiten. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels muss nun aber die Schrumpfung verstärkt in raumplanerische Konzepte eingebracht werden: Kernelemente wären Bestandentwicklung mit spezifischem Ortsbezug, Revitalisierung und qualitative Entwicklung in Bezug auf Wohnumfeld, Infrastruktur oder Verkehr – verbunden mit kleinteiliger funktionaler Durchmischung. (vgl. Müller/Wiechmann 2003: 115)

Zudem tritt die interkommunale Kooperation sowie die Vernetzung von AkteurInnen in den Vordergrund, um die Sanierungs- und Entwicklungsaufgaben bei knappen finanziellen Ressourcen bewältigen zu können. Dies gilt insbesondere für die lokale Ebene, auf der die Auswirkungen der Schrumpfung am deutlichsten zum Tragen kommen. Gleichzeitig ist die regionale Ebene gefordert, über strategische Konzepte und Kooperationen günstigere Rahmenbedingungen für die Gemeinden zu schaffen (vgl. Müller/Wiechmann 2003: 117), beispielsweise über

die Schaffung von Leitbildern zur interkommunalen Siedlungsstrategien, welche dem gegenseitigen Überbieten der Gemeinden untereinander in billigem Bauland ein Ende setzen. (vgl. Franzen 2008: 32). Diese Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf das Zusammenspiel einer Rahmensteuerung "von oben" und einer Koordination "von unten" - demnach auf eine Neuinterpretation der Rolle von Regionen, auf welche bereits eingegangen wurde. Im Mittelpunkt dieser Initiativen steht das Ziel einer integrierten ländlichen Entwicklung.

3.6 Regionen im Fokus politischer Strategien

Das Konzept der *integrierten ländlichen Entwicklung* setzt einerseits bei der Nutzung endogener Ressourcen, andererseits beim Einbinden von allen relevanten AkteurInnen an. Unter dem Begriff versteht man

einen gebietsbezogenen und sektorübergreifenden Politikansatz, der die endogenen Potenziale ländlicher Räume als zentralen Ausgangspunkt für deren wirtschaftliche Entwicklung zugrunde legt und dazu die partnerschaftliche Aushandlung von Zielen und Maßnahmen betont. (Giessen 2010: 4)

Oder anders ausgedrückt:

Integrierte ländliche Entwicklung heißt also, dass Politik und Verwaltung gemeinsam mit den relevanten Interessengruppen im ländlichen Raum (z.B. Land- und Forstwirtschaft, Handwerk, Tourismus und Gastronomie, Naturschutz, usw.) unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Form regionaler Partnerschaften versuchen, neue Wege der Entwicklung einzuschlagen. (Böcher/Krott/Tränker 2008a: 15)

Dem liegt zugrunde, dass gerade strukturschwache, periphere ländliche Räume einer gezielten Hilfe bedürfen, mit der eine multifunktionale Perspektive eröffnet wird. (vgl. Mose 1995: 577) Ein integrierter Ansatz ist hierfür nötig, da die Probleme ländlicher Regionen nicht mehr auf die landwirtschaftliche Produktion fokussiert sind, sondern Entwicklungen wie der demographische Wandel oder die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur in den Vordergrund gerückt sind. Für derartige Themenfelder reichen sektorale Lösungsansätze nicht aus, sondern eine nachhaltige und ganzheitliche Strategie ist erforderlich. Diese sollte - bzw.

muss - u.a. folgende Aspekte miteinbeziehen (vgl. Mose 1995: 578): Erschließung geeigneter Marktnischen und Diversifizierung von Beschäftigung und Einkommen in der Landwirtschaft, Entwicklung der Wohnfunktion (auch Freizeitwohnsitze), Ausbau von Angeboten der naturnahen Freizeit und Erholung (Stichwort "sanfter Tourismus"), Wahrnehmung kultur-historischer Aufgaben (Sicherung von Kulturlandschaften), Sicherung von ökologischen Funktionen (z.B. Errichtung von Schutzgebieten), Förderung von Handwerk und Kleingewerbe sowie Installation eines professionellen Regionalmanagements. Die Umsetzung soll vorwiegend auf regionaler Ebene erfolgen, wobei nicht die politisch-administrativen Grenzen im Fokus stehen, sondern der funktionale Charakter einer Region (beispielsweise als Tourismus- oder Naturparkregionen). Die Einbeziehung von regionalen AkteurInnen inklusive deren Ressourcen (u.a. spezielle Informationen oder Reputation) und Wissen dient in diesem Zusammenhang nicht nur der Akzeptanzsteigerung vor Ort, sondern auch dem Ziel der Nutzung endogener - demnach aus der jeweiligen Region kommender - Entwicklungspotenziale. Zudem sollen Ziele und Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt und evaluiert werden. (vgl. Giessen 2010: 4) Diese Herangehensweise zeigt einen stark normativen Charakter, welcher auf dem Steuerungsansatz von *Regional Governance* beruht und einen Beitrag zur informellen räumlichen Planung leisten soll.

Doch wodurch wird nun eine nachhaltige und integrierte Entwicklung ländlicher Räume erzielt? Böcher (2009: 131-136) formuliert hierfür folgende "Erfolgskriterien":

- Die Problemlage muss bewusst und Lösungswille in einer Region muss vorhanden sein.
- Über "Win-win-Kooperationen" können verschiedene AkteurInnen mit unterschiedlichen Interessenlagen einen Nutzen erzielen.
- Regionalbewusstsein, Leitbilder und Regionales Entwicklungskonzept:

Eine hohe Identifikation mit ihrer [Herv. i.O.] Region kann regionale Akteure veranlassen, individuelle Interessen zugunsten gemeinsamer zu überwinden.

(Böcher 2009: 133)

- Eine erfolgreiche Zielerreichung schon in der Frühphase von Projekten führt zu Akzeptanzsteigerung, daher müssen frühe Erfolge genutzt werden.

- Einzelne Personen, welche regional anerkannt sind und somit über ausreichende Legitimation verfügen, sollen als “Zugpferde“ fungieren und werden somit zu regionalen PromotorInnen.
- AkteurInnen, welche über finanzielle, personelle, informationelle oder (macht-) politische Ressourcen verfügen, müssen zur Projektunterstützung als starke PartnerInnen gefunden werden.
- Klar überschaubare Umsetzungsstrukturen und erreichbare Ziele in konkreten Einzelprojekten bieten Anschlussmöglichkeiten und führen zu Überschaubarkeit.
- Beteiligung muss durch eine dauerhafte Institutionalisierung von Kooperationen auf regionaler Ebene gesichert werden, wobei auf bereits vorhandenes Netzwerkpotenzial zurückgegriffen werden kann.
- Das Regionalmanagement muss als organisatorischer Kern fungieren und dient als Drehscheibe sowie *Zentrum des regionalen Netzwerks* (Böhler 2009: 136).

“Erfolg“ meint in diesem Zusammenhang die bessere Zielerreichung über das Erkennen und das Nutzen relevanter politischer Faktoren. (vgl. Böcher/Krott/Tränkner 2008b: 111) Hierbei ist nicht die externe Bewertung ausschlaggebend, sondern die Ziele, welche in der Region selbst formuliert werden – sei es, die Schaffung einer bestimmten Anzahl von Arbeitsplätzen oder die Teilnahme an der Landesausstellung des Landes Niederösterreich. Zentral erscheint auch der erste Punkt, in dem betont wird, dass konkret vorhandene regionale Probleme mit einem subjektiv von den BewohnerInnen empfundenen Problemdruck verbunden werden müssen:

Ein Mindestmaß an subjektiv empfundenem Problemdruck ist in einer Region notwendig, um Menschen zum gemeinsamen Handeln zu bewegen. (Böcher/Krott/Tränkner 2008b: 113)

Obwohl das Ziel die Nutzung endogener Potenziale ist und zu den Erfolgsfaktoren sicherlich starke Persönlichkeiten, Leitfiguren und regionale PromotorInnen von innerhalb der Region zählen, sind auch Impulse und Ressourcen sowie Zuwanderung von außen wichtige Impulsgeber für strukturschwache Regionen. Denn:

Ein Problem von Strukturschwäche ist die mangelnde Bereitschaft, über den Tellerrand zu blicken, und die geringe 'Weltoffenheit und Innovationsfreude' von ländlichen peripheren Regionen, auch die mangelnde Toleranz Neuem gegenüber. (ARL 2008a: 7)

Dieser Zugang verhindert oft die Ausschöpfung des kreativen Potenzials von Zugewanderten - oder auch die, dem "klassischen" Rollenbild widersprechende und somit kaum geförderte¹⁹, Präsenz von Frauen in der Wirtschaft und der politischen Öffentlichkeit. Die ÖROK²⁰ (2009: 53-59) betont daher folgende Handlungsempfehlungen für periphere ländliche Räume:

- Förderung der sozialen Vielfalt, u.a. durch die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, die Integration von Zugewanderten sowie durch die Miteinbeziehung von älteren und jungen Menschen.
- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zur Erweiterung des Handlungsspielraumes, beispielsweise durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder ein gemeinsames Vorgehen bei der Erarbeitung von Leitbildern.
- Wahrnehmung der Landschaftsentwicklung als regionalpolitische Aufgabe, u.a. durch die Ausschöpfung der Umweltqualität als Potenzial oder die Gestaltung der Vielfalt der Landschaft durch differenzierte Landnutzung und die Etablierung der Kulturlandschaft als Markenzeichen für die Region.

Da oft die vorhandenen Strukturen gerade in peripheren ländlichen Regionen ein Ausdruck von Entwicklungsproblemen sind, sollte der endogene Ansatz mit exogenen, demnach von außerhalb der Region gesetzten, Anreizen verbunden werden. (vgl. Danielzyk 1998: 439)

Dies geschieht durch regionapolitische Maßnahmen von überregionalen Ebenen. So wurden auf Ebene der Europäischen Union drei Ziele für eine Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes für den Zeitraum 2007 bis 2013 formuliert (vgl. Europäische Kommission 2006a: 4-11): Neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors (u.a. durch Verbesserung der

¹⁹Man denke beispielsweise an das unterdurchschnittliche Vorhandensein von Kinderbetreuungseinrichtungen im Waldviertel, welche alle VIF-Kriterien erfüllen.

²⁰Österreichische Raumordnungskonferenz

wirtschaftlichen Leistung der Landwirtschaft oder Schwerpunktlegung auf Qualitätserzeugnisse und auf Erzeugnisse mit hoher Wertschöpfung sowie auf saubere und umweltverträgliche Produktionsverfahren) sowie der Umwelt- und Landschaftsverbesserung durch Unterstützung für das Landmanagement (u.a. Schutz von Umweltressourcen, Unterstützung der Land- und ForstwirtschaftInnen bei der Aufrechterhaltung des Landmanagements und somit bei der Erhaltung sowie Verbesserung der Naturräume und Landschaften) wird auch auf die Verbesserung der Lebensqualität in den ländlichen Gebieten und auf die Förderung der Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeit (v.a. über die Verbesserung und Erhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges sowie über die Belebung des ländlichen Raumes) fokussiert. Ein wichtiges politisches Förderprogramm vonseiten der europäischen Ebene stellt LEADER (*Liason Entre Actions de Developpement de l'Economie Rurale*) dar. Entstanden als Strategie der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), gilt der LEADER-Ansatz der letzten Förderperiode (2007-2013) als EU-weiter Versuch einer integrativen, multisektoralen Politik für den ländlichen Raum – weg von einer eher sektororientierten Agrarpolitik. Seit einigen Jahren ist LEADER in das Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes integriert und soll hierbei vor allem der Zielerreichung der, bereits erwähnten, dritten Schwerpunktachse dienen: Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Entwicklung. Neben der integrierten und multisektoralen Ausrichtung, der Netzwerkbildung und Kooperation, dem “Bottom up“-Ansatz sowie den territorialen lokalen Entwicklungsstrategien, welche durch die geschaffenen Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) ausgearbeitet werden, ist Innovation eines der Merkmale von LEADER. (vgl. Strahl/Dax 2011: 25) Demnach sollen insbesondere Projekte, welche zur

Einführung eines neuen Erzeugnisses, eines neuen Prozesses, einer neuen Organisation oder eines neuen Marktes (Europäische Kommission 2006b: 12)

führen, gefördert werden. In der Realität sieht dies jedoch oft anders aus: So wird beispielsweise dem Land Niederösterreich – das in der letzten Förderperiode 18 LEADER-Regionen ausgewiesen hat – eine Projektdominanz im landwirtschaftlichen Bereich, welche im Gegensatz zu einer integrierten, multisektoralen Politik steht, attestiert. (vgl. Strahl/Dax 2011: 29)

LEADER dient demnach auch als Instrument auf Ebene des Landes Niederösterreich, (Interview Androsch: 21.02.2014), andere Initiativen zur Regionalentwicklung wären beispielsweise die Dorferneuerung, die Einrichtung von Regionalmanagements oder die bereits erwähn-

ten Kleinregionen. Bei der Zukunft der ländlichen Räume geht es um die Unterstützung und Bündelung von regionalen Initiativen, wobei die besten Projekte gefördert werden sollen. (Interview Hofbauer: 23.01.2014) Auch über die Bewerbung für die zweijährlich stattfindende Landesausstellung sollen positive Impulse für die Regionen gegeben werden: Dies geschieht zum einen über ein positives Image für die Region und das Aufmerksammachen innerhalb der Bevölkerung aufgrund der Bewerbung, andererseits über den wirtschaftlichen Vorteil für die Region über die Förderung von strukturellen Maßnahmen bei der Vorbereitung. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Im Waldviertel selbst gibt es seit den 1970er-Jahren ein Waldviertel Management, 1994 wurde das Wirtschaftsforum Waldviertel gegründet, ein Jahr später die Europa-Plattform Pro Waldviertel. (Interview Kastner: 03.10.2013) Das Leitbild für das Waldviertel aus dem Jahr 1995 steht unter dem Motto *Genügend Abstand von Großstädten, jedoch nah genug, um sie zu nutzen* (Europa-Plattform Pro Waldviertel 2009: 4) und fokussiert u.a. auf den Ausbau von Entwicklungsachsen, die Stärkung der Städtecluster innerhalb des Waldviertels, Kooperation sowie die Nutzung der natürlichen und naturräumlichen Gegebenheiten.

Inwiefern können diese Überlegungen nun mit dem Beispiel der Kleinregion ASTEG verbunden werden? Zum einen wurde gezeigt, dass das Einbinden relevanter AkteurInnen und Interessengruppen vor Ort zentral für die Politikgestaltung ist. Die Bereitschaft, sich für die eigene (Klein-) Region zu engagieren, hängt von der Identifizierung der BewohnerInnen mit dieser sowie mit den von ihnen empfundenen Problemen ab. Diese können - wie das Beispiel der Kleinregion ASTEG zeigt - von fehlenden Arbeitsplätzen bis hin zu Lärmbelästigung durch militärische Schießübungen reichen. Daher gilt es, ein einheitliches Bild dieser nach innen und nach außen zu vermitteln. Hier greift der Ansatz der Nutzung endogener Ressourcen und Potenziale, welcher allerdings weniger auf die Eingliederung von einzelnen Regionen in Großraumkonzepte zielen, sondern die Belebung grenzüberschreitender Kleinteiligkeit fördern sollte. (Interview Komlosy: 02.04.2014) Hinzu kommt die Debatte um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge im Zuge von Schrumpfung durch Abwanderung, welche nicht zuletzt ein Indikator für Lebensqualität in einer Region ist. Inwiefern der Truppenübungsplatz Allentsteig, der ja durch eine überregionale Ebene und somit "von außen" implementiert wurde, einen Beitrag zur Schaffung einer regionalen Identität leisten kann bzw.

überhaupt soll wird noch Untersuchungsgegenstand sein. In jedem Fall wird auf Ebene der Kleinregion versucht, mit überregionalen Ebenen und Einheiten in Kontakt zu treten, um auf regionale Problemlagen hinzuweisen - denn:

Wenn wir da nichts machen, dann passiert sicher nichts. (Interview Elsigan: 08.04.2014)

4 Methodische Vorgehensweise: ExpertInnenwissen aus der Region

Die vorliegende Arbeit fokussiert zunächst auf die Bedeutungsdimensionen des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig für eine zukünftige Entwicklung der Kleinregion ASTEG im Waldviertel, um anschließend Möglichkeiten alternativer Nutzungen im Kontext der Generierung einer neuen (klein-)regionalen Identität über ein Projekt aufzuzeigen. Es geht demnach um die Entwicklung möglicher Szenarien, welche über ExpertInneninterviews eruiert werden sollen. Diese qualitative Arbeitsweise wurde gewählt, da es sich zum einen um eine Einschätzung über zukünftige Entwicklungen handelt, welche keine Repräsentativität erfordert, sondern tiefergründige Reflexionen nötig macht. Zudem steht das ausdifferenzierte Wahrnehmungsspektrum der relevanten AkteurInnen in der Region ebenso im Mittelpunkt des Interesses wie deren Wissen über Kontextfaktoren.

Bei der quantitativ orientierten Regionalforschung, welche auf eine Bewertung von Aussagen im Rahmen einer großen Anzahl von Beobachtungen fokussiert, muss der Gegenstandsbereich bereits im Vorfeld definiert sein, da es um Repräsentativität sowie um das Testen von deduktiv gewonnenen Hypothesen geht. Demgegenüber wird die Notwendigkeit einer qualitativen Vorgehensweise bei jenen Problem- und Fragestellungen betont, welche sich mit Situationen des Umbruchs bzw. damit verbundener Unsicherheiten beschäftigen, und somit eine "offene" Forschungshaltung erfordern. (vgl. Danielzyk 1998: 408) Darüber hinaus eignet sich eine qualitative Methode für die Untersuchung von Bedeutungs- und Interpretationsfragen sowie die Berücksichtigung von Kontextfaktoren für eine detaillierte Erfassung von gesellschaftlichen Vorgängen auf der Mikroebene (vgl. Kritzinger/Michalowitz 2008: 195).

Die geführten ExpertInneninterviews dienen zunächst als eine erste Orientierung im Forschungsfeld und zur Rekonstruktion von besonderen Wissensbeständen. Laut Meuser und Nagel (2002a: 73) ist ein/e ExpertIn,

- wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung oder
- wer über Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entschei-

dungsprozesse verfügt.

“ExpertIn“ stellt in diesem Zusammenhang einen relationalen Begriff dar, der von dem Untersuchungsgegenstand sowie der Forschungsinteresse abhängt. Das Wissen von ExpertInnen strukturiert Handlungsbedingungen anderer AkteurInnen mit (vgl. Bogner/Menz 2002: 45) und weist somit einen expliziten Bezug zur Praxis auf. Aus diesem Grund wurden Personen ausgewählt, welche in direkter Verbindung zur untersuchten Region stehen - sei es, weil sie dort leben oder die Region Teil ihrer politischen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Tätigkeit ist. Insgesamt wurden in dem Zeitraum zwischen September 2013 und Mai 2014 17 ExpertInneninterviews mit Personen aus den Bereichen Militär, Politik, Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geführt, wobei ein besonderes Augenmerk auf die politischen EntscheidungsträgerInnen - auf lokaler und regionaler Ebene sowie auf Ebene des Landes Niederösterreich - gelegt wurde, um von politischer Seite gewünschte Szenarien herauszufinden. Die Interviews fanden hauptsächlich in der Region selbst oder in der Landeshauptstadt Sankt Pölten, teilweise auch in Wien statt. Bei den InterviewpartnerInnen handelte es sich um folgende Personen²¹

- Bereich Militär²²: Oberst Josef Fritz (seit 2010 Kommandant des Truppenübungsplatzes Allentsteig) sowie Willibald Rosner (ehem. Zeitoffizier in Allentsteig, Leiter des NÖ Landesarchivs);
- Bereich Politik: Mauris Androsch (Landesrat SPÖ, Vorsitzender Europa-Plattform Pro Waldviertel), Karl Elsigan (Bürgermeister von Schwarzenau ÖVP, Vorsitzender Kleinregion ASTEG), Johann Hofbauer (Abgeordneter ÖVP, Präsident des NÖ Zivilschutzverbandes), Jürgen Maier (Abgeordneter ÖVP, Bürgermeister von Horn, Vorsitzender Europa-Plattform Pro Waldviertel), Franz Mold (Abgeordneter ÖVP, Obmann Bezirksbauernkammer Zwettl), Silvia Moser, Andreas Piringer und Gerhard Stanik (Grüne Zwettl) sowie Gottfried Waldhäusl (Abgeordneter FPÖ);
- Bereich Wirtschaft: Christof Kastner (Lebensmittelgroßhändler in Zwettl, Wirtschaftsforum Waldviertel) sowie Josef Wallenberger (Regionalberater, Mitentwickler von Entwicklungskonzepten für die Region);

²¹Liste mit vollständigen Angaben im Anhang

²²Aufzählung in alphabetischer Reihenfolge

- Bereich Tourismus: Andreas Schwarzinger (Geschäftsführer “Destination Waldviertel“);
- Bereich Wissenschaft: Josef Baum (Volksökonom und Geograph, Studien zur wirtschaftlichen Bedeutung des TÜPl Allentsteig), Andrea Komlosy (Historikerin, Studien zur Textil-industrie im Waldviertel und zur Errichtung des TÜPl) sowie Friedrich Polleroß (Waldviertler Kunsthistoriker);
- Bereich Zivilgesellschaft: Bernhard Lehr (Obmann des Vereins “Freunde der alten Heimat“) sowie Heinz Spindler (Friedensaktivist).

Die Fragenkomplexe variierten aufgrund der unterschiedlichen Positionen und Spezialisierungsgebiete der InterviewpartnerInnen, umfassten aber insbesondere die eigene Position, die Ausgangslage der Region (Probleme, wirtschaftliche Situation, Potenziale), regionale Identität und das Bild nach außen, Funktionen des Waldviertels für das Bundesland Niederösterreich und regionalpolitische Instrumente, Bedeutung bzw. Rolle des Truppenübungsplatzes für die Region sowie mögliche Entwicklungsszenarien und deren Einschätzung. Dies dient dazu,

die Bestandaufnahme zu den Problemen in den einzelnen Bereichen zu vervollständigen, zugleich aber auch dazu, ein breites Spektrum an Meinungen und Bewertungen der unterschiedlichen Akteure zu den verschiedenen Entwicklungsproblemen und -bereichen zu erfassen. (Ott/Gerlinger 1992: 42f)

Auf Basis der Interviews mit ExpertInnen der Region soll somit einerseits die Bedeutung des Truppenübungsplatzes Allentsteig für die Kleinregion ASTEG herausgefiltert werden, um dessen Beitrag zur regionalen Identität abschätzen zu können. Daran anknüpfend geht es um die Einschätzung der ExpertInnen bezüglich möglichen Szenarien der Um- oder Neunutzung für das Gelände des Truppenübungsplatzes, welche nicht nur mit der regionalen Identität im Einklang stehen, sondern auch die zukünftige Entwicklung der Kleinregion positiv beeinflussen können. Szenarien in diesem Zusammenhang sollen und können keine exakte Vorhersage über die Zukunft leisten. Vielmehr geht es darum, Aussagen über mögliche, wahrscheinliche oder auch gewünschte Entwicklungsrichtungen aufzuzeigen. (vgl. Ott/Gerlinger 1992: 43)

Zusätzlich zu den geführten ExpertInneninterviews wurden zwei Vergleichsregionen mit

ähnlichen Voraussetzungen untersucht, um etwaige Entwicklungsmöglichkeiten für die Region aufzuzeigen:

Mit der vergleichenden Methode wird versucht, komplexe Phänomene zu analysieren und Erklärungen auf mehreren Ebenen zu geben und so Defizite der statistischen Methode auszugleichen. Da bei der vergleichenden Methode der Schwerpunkt auf den Details der Einzelfälle liegt, wird auf der Basis reduzierter Fallzahlen gearbeitet. [...] Durch ein Fallstudienkonzept wird der vergleichende Ansatz explizit auf eine ganz geringe Zahl von Untersuchungseinheiten und deren intensive Auswertung begrenzt. (Nissen 2002: 35f)

Ausgewählt wurde zum einen der Truppenübungsplatz Oberlausitz, der einzige noch militärisch genutzte Truppenübungsplatz in Sachsen, Deutschland. Er umfasst ein Gebiet von 16.350 Hektar und liegt an der deutsch-polnischen Grenze. Das andere Beispiel ist jenes der Region Rhön, welche im Grenzgebiet der deutschen Länder Bayern, Hessen und Thüringen liegt und ein Naturschutzgebiet ist. Inmitten dieses Naturschutzgebietes befindet sich der rund 7.300 Hektar große Truppenübungsplatz Wildflecken. Bei beiden Beispielen handelt es sich um ländliche Räume, die sich in einer Grenzlage befinden. Während der noch genutzte Truppenübungsplatz Oberlausitz als Beispiel für den Ausbau des militärischen Standorts in Richtung Sicherheit dient, soll die Region Rhön Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf neue Vermarktungsmöglichkeiten über den Naturschutz aufzeigen. Beide Beispiele können als "Best-Practice"-Beispiele bezeichnet werden.

Die Auswahl der Vergleichsregionen gibt bereits Hinweise auf die zugrunde liegende Hypothese, mit welcher nun in den empirischen Teil übergeleitet werden soll: Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig gehen entweder in Richtung verstärktes Ausschöpfen der militärischen Nutzung mit dem Ziel der Profilierung der Kleinregion ASTEG im Bereich Sicherheit, oder aber in Richtung Naturschutz mit dem Ziel der Einbettung in ein touristisches Gesamtkonzept des Waldviertels.

5 Das “T“ steht für TÜPI - Der Truppenübungsplatz Allentsteig als Alleinstellungsmerkmal der Kleinregion ASTEG

Die Kleinregion ASTEG wurde als periphere, strukturschwache ländliche Region bezeichnet. Diese Rahmenbedingungen sind entscheidend für Erwartungen des Truppenübungsplatzes Allentsteig, der einen der größten Arbeitgeber in der Region darstellt. Denn was würde passieren, wenn die Kleinregion auch diesen Leitbetrieb verlieren würde? Könnten die verloren gegangenen Arbeitsplätze kompensiert werden, oder müssten noch mehr Menschen aus der Kleinregion auspendeln oder gar auswandern? Diese Überlegungen, welche in direkter Verbindung zur zukünftigen Entwicklung der Kleinregion stehen, prägen die Diskussionen um die unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen des Geländes des Truppenübungsplatzes.

5.1 Besonderheiten der Kleinregion ASTEG

Wie bereits erwähnt ist der Vergleich mit anderen Regionen sowie die Zuschreibungen an eine Region und die damit verbundene Wahrnehmung der Merkmale einer Region entscheidend für die Konstituierung einer regionalen Identität. Hierbei geht es nicht an sich um naturräumliche Gegebenheiten, sondern um Symbole und Inhalte, welche durch visuelle Elemente sichtbar gemacht werden. Besondere Merkmale, welche einer Region zugeschrieben werden, schaffen ihre Einzigartigkeit, mit der sie sich von anderen Regionen abhebt. Das sogenannte “Alleinstellungsmerkmal“ (*unique selling proposition* oder *unique selling point*, kurz USP) bezieht sich auf ein herausragendes Leistungsmerkmal, welches den Merkmalsträger bzw. die Merkmalsträgerin deutlich von anderen abhebt. Ursprünglich wurde der Begriff auf Angebote im wirtschaftlichen Bereich bezogen, wird aber zunehmend im Zuge des Regionalmarketing²³ für Besonderheiten bzw. zur Hervorhebung der Einzigartigkeit von Regionen eingesetzt. Was ist nun das Besondere an der Kleinregion ASTEG?²⁴

Zwar werden von den befragten ExpertInnen unberührte Natur, einzelne Sehenswürdigkeiten wie das Schloss Schwarzenau (Interview Lehr: 09.05.2014) oder das Potenzial der klein- und mittelständischen Gewerbeunternehmen sowie der Landwirtschaft (Interview Mold:

²³Mittlerweile wird auch oft der Begriff “Destinationsmanagement“ verwendet.

²⁴Für allgemeine Daten siehe Kapitel *Ausgangslage: Funktionen ländlicher und peripherer Räume*.

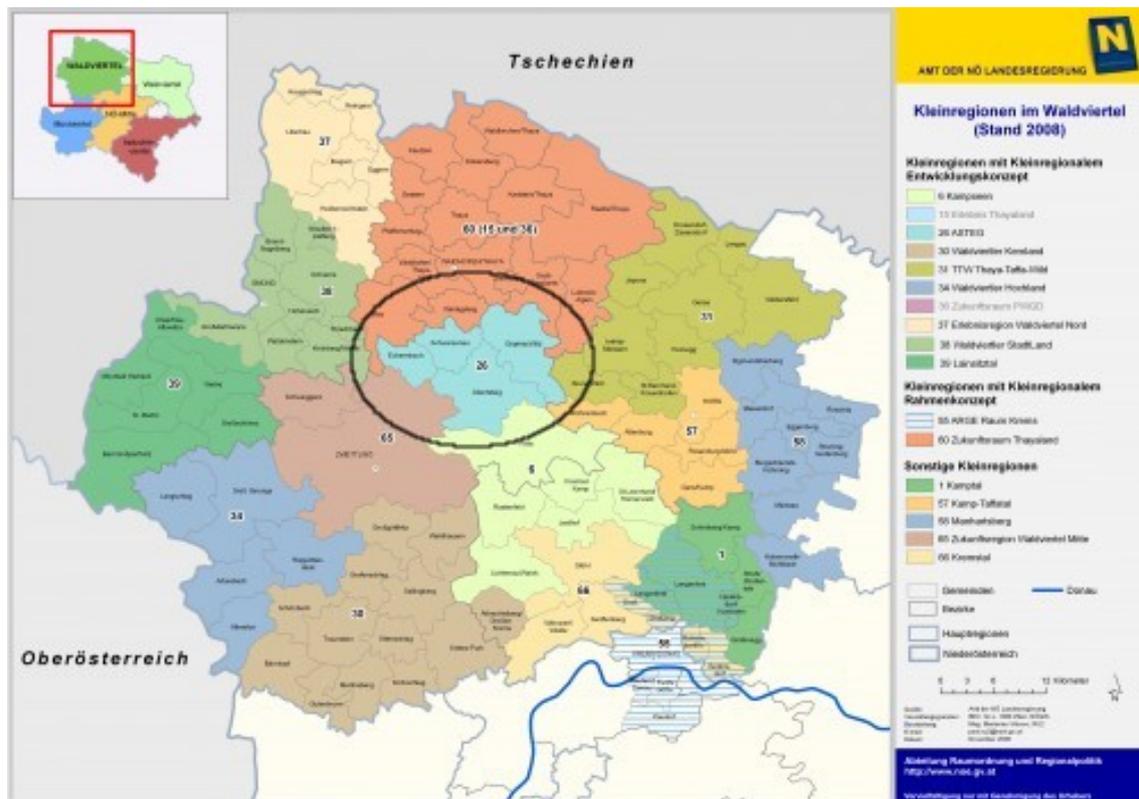


Abbildung 6: Kleinregionen in Niederösterreich, Quelle: Regionalmanagement Waldviertel, eigene Bearbeitung

23.01.2014) genannt, doch als herausragende Besonderheit der Kleinregion ASTEG wird der Truppenübungsplatz Allentsteig hervorgehoben - sowohl in einem positiven als auch in einem negativen Sinn. Die Kleinregion ist an der Peripherie des TÜPl angesiedelt (Interview Androsch: 21.02.2014), über ihn hätte der Bund die Möglichkeit, Schwerpunkte in der Region zu setzen. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Während für die einen der Truppenübungsplatz ein verbindendes Element, einen gemeinsamen Nenner für die Ganze Region (Interview Maier: 09.12.2013) darstellt, sehen andere ihn als Begrenzung insbesondere nach Süden und Osten, wodurch das Gefühl entsteht, noch weiter weg vom Zentralraum zu sein. (Interview Lehr: 09.05.2014)

Diese differenzierte Betrachtung spiegelt sich laut den ExpertInnen auch in der Haltung der BewohnerInnen wider. Als negative Aspekte werden die Einschränkungen im Verkehr aufgrund der zweitweiligen Durchfahrtssperren, der Schießlärm sowie die Einschränkungen bei der

landwirtschaftlichen Nutzung genannt. (Interview Fritz: 09.12.2013) Generell hängt die Haltung der einzelnen BewohnerInnen aber auch stark von ihrer persönlichen Situation ab: Jene, die am TÜPl arbeiten und jene, die ein Grundstück pachten, haben sich arrangiert. (Interview Lehr: 09.05.2014) Auf der anderen Seite ärgern sich BewohnerInnen, zum einen wenn der Zugang zu Verkehrswegen limitiert ist, und sie Umfahrungen in Kauf nehmen müssen (Interview Fritz: 09.12.2013), andererseits über den Schießlärm, der allerdings in den letzten Jahren aufgrund der simultanen Übungen abgenommen hat. (Interview Elsigan: 08.04.2014) Prinzipiell sei es ein passives Hinnehmen vonseiten der Bevölkerung (Interview Lehr: 09.05.2014), wobei in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren die Sicherheit der Arbeitsplätze positiver betrachtet wird. (Interview Fritz: 09.12.2013)

Ungeachtet der differenzierten Wahrnehmung des Truppenübungsplatzes Allentsteig ergibt sich der Bekanntheitsgrad der Kleinregion ASTEG über ihn, was nicht zuletzt an den vielfältigen Bedeutungsdimensionen, welche er repräsentiert, liegt.

5.2 Bedeutungsdimensionen des Truppenübungsplatzes Allentsteig

Ein Grund für diese differenzierte Haltung ist sicherlich das historische Erbe, welches mit dem Truppenübungsplatz verbunden ist: 1938 von den NationalsozialistInnen errichtet, wurden rund 7.000 Menschen vertrieben bzw. ausgesiedelt. Hier stellt sich die Schuldfrage, welche lange Zeit für die negative Konnotation des TÜPl ausschlaggebend war. (Interview Elsigan: 08.04.2014) Zwar hat ein gewisser Teil der damals Vertriebenen eine Entschädigung erhalten, allerdings bekamen sie erst das Geld, wenn ein neuer Hof gekauft wurde. Aus diesem Grund sind viele Zahlungen mit Ende des Dritten Reiches verfallen (Interview Mold: 23.01.2014), da die Republik Österreich nicht die Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches ist. So mussten Vertriebene in den 1950er-Jahren innerhalb von zwei Wochen darstellen, dass der Vertreibung politische Gründe zugrunde lagen - was für viele unmöglich war. (Interview Lehr: 09.05.2014) Bis heute ist das Tabuthema die Zeit zwischen 1955 und 1957. 1955 wurde das Gelände von der niederösterreichischen Landesverwaltung übernommen, 1957 stellt den Beginn der Übungen des österreichischen Bundesheeres dar. Laut Bernhard Lehr fand in dieser Zeit ein "Aussetzen" vonseiten der Republik Österreich statt, das Gebiet wurde nicht wieder besiedelt. Damals

wurde zudem sämtliche Anträge auf Restitution abgelehnt - mit Ausnahme der Windhagschen Stipendienstiftung, welche 1959 auf Betreiben der Niederösterreichischen Landesregierung den südlichen Teil des Geländes zugesprochen bekam. (vgl. Umweltbundesamt 1995: 2) Mittlerweile haben sich die Nachkommen der 1938 Ausgesiedelten arrangiert, ein "Nicht-Reden" hat sich eingebürgert.²⁵ Restitutionsforderungen werden kaum mehr gestellt, die meisten haben bereits aufgegeben. 1994 wurden die Ausgesiedelten offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt, die Entschädigungszahlung betrug damals 70.000 Schilling (rund EUR 5.000). (Interview Lehr: 09.05.2014) Das österreichische Bundesheer unterstützt zudem Gedenkveranstaltungen auf dem Gelände. Dennoch müsse die Frage gestellt werden, wie die Entscheidung zur Beibehaltung des Truppenübungsplatzes zustande gekommen sei. 1955 gab es einen Gemeinderatsbeschluss in Allentsteig, in dem sich die Mehrheit für den Truppenübungsplatz ausgesprochen hat. Man hatte die Hoffnung auf einen positiven Impuls für die Region, der TÜPI stand in Zeiten des Kalten Krieges für Wirtschaftlichkeit und Sicherheit. (Interview Lehr: 09.05.2014) Doch nicht nur dieses Tabuthema wirkt bis heute fort: Die Region wird durch diese Entwicklungen mit Menschenleere und Vertreibung in Verbindung gebracht. (Interview Wallenberger: 24.09.2013)

Zudem hat die Errichtung des Truppenübungsplatzes die Siedlungsentwicklung maßgeblich beeinflusst: Er stellt eine räumliche Barriere dar – 15.700 Hektar militärisches Übungsgelände liegen im Zentrum bzw. im Süden und Osten der Kleinregion. Allentsteig konnte sich aufgrund der räumlichen Abgeschiedenheit zu keinem regionalen Zentrum entwickeln, die Randgemeinden orientieren sich anderweitig (Interview Wallenberger: 24.09.2013). Ein Resultat ist Abwanderung der Bevölkerung. Zudem wurde damit der Einzugsbereich auch für wirtschaftliche Tätigkeiten begrenzt (Interview Baum: 18.04.2014), Behördenwege durch die räumliche Distanz verlängert, und gemeindeübergreifende Kooperationen über das Gelände des TÜPI hinweg erschwert. (Interview Polleroß: 02.05.2014) Auf der anderen Seite ergab sich dadurch die Möglichkeit der Herausbildung mehrerer Zentren, wie die Entwicklung von Horn, Zwettl oder Gmünd zeigt. (Interview Schwarzinger: 06.12.2013) Dennoch ist das Gelände bis heute ein unbesiedeltes Gebiet, eine Art "innere Grenze" des Waldviertels. (Interview Spindler: 14.04.2014)

²⁵ Einzelne Projekte, wie "Kultur des Friedens", ein Verein gegen das Vergessen und Verdrängen, dem es v.a. um Gedenkprojekte und Geschichtsbewusstsein geht, gibt es heutzutage. (Interview Spindler: 14.04.2014)

Die Verbindung zu den umliegenden Gemeinden ist bis heute nur in einem eingeschränkten Maß gegeben, auch wenn in einzelnen Bereichen (wie beispielsweise Gedenkveranstaltungen oder “Tage der Offenen Tür“) kooperiert wird:

Der Truppenübungsplatz Allentsteig ist eine praktisch vollständig von der übrigen Region abgegrenzte regionale Einheit und die Einbindung in ein gemeinsames Entwicklungskonzept wird dadurch erschwert, weil zwischen den Nutzern des Truppenübungsplatzes und der umliegenden Bevölkerung aufgrund der historischen Bedeutung die Kooperation erst in letzter Zeit in Gang gebracht wurde. (WIFO 2003: 18)

Gleichzeitig stellt der Truppenübungsplatz den größten Arbeitgeber der Region dar. Die wirtschaftliche Bedeutung des TÜPl für die Region wurde von dem früheren Kommandanten Wagnsonner (1991: 269) hervorgehoben: Rund 600 krisensichere Arbeitsplätze, 270 dieser Bediensteten haben ihren Wohnsitz in Allentsteig, gemeinsam mit Versorgungsleistungen und Freizeitaktivitäten werde ein jährlicher Umsatz von rund 175 Mio. Schilling (rund 13 Mio. Euro) für die Gesamtregion erzielt. Heutzutage beschäftigt der Übungsplatz 261 Bedienstete²⁶, 230 hiervon Beamte, die anderen laut Kollektivvertrag Arbeiter und Förster. Maximal 25 Prozent von ihnen sind Soldaten, die anderen beispielsweise Handwerker oder LKW-Fahrer. (Interview Fritz: 09.12.2013) Von ihnen kommen 130 aus dem Bezirk Zwettl, 62 aus dem Bezirk Waidhofen a.d. Thaya, 30 aus dem Bezirk Gmünd, 28 aus dem Bezirk Horn, sieben aus dem Bezirk Krems sowie vier von außerhalb Niederösterreichs. Zwar gab es – wie generell im öffentlichen Sektor – Verringerungen bei der Anzahl der Bediensteten, doch hielten sich diese aufgrund der Umschichtungen innerhalb der Heeresverwaltung in Grenzen. Oberst Fritz spricht davon, dass durch den Truppenübungsplatz als Arbeitgeber rund 500 Familien in der Region bleiben können, was aufgrund von beispielsweise deren Konsumverhalten wiederum positive Auswirkungen auf die regionale Wertschöpfung hat. 1990 war der Platz an ca. 265 Tagen im Jahr mit übenden Truppen belegt. (vgl. Wagnsonner 1991: 267) Bis heute ist die Auslastung des Truppenübungsplatzes ganzjährig: Es gibt 205 Schießtage und 110.000 bis 120.000 Nüchtigungen pro Jahr. 100.000 bis 200.000 Mann üben hier. (Interview Fritz: 09.12.2013)

²⁶Richter (2008: 11) spricht von etwa 500 Arbeitsplätzen und einem jährlichen Umsatz für Betriebe in der Region von geschätzten 25 Millionen Euro.

Mit diesen Zahlen wird die regionale Bedeutung des Truppenübungsplatzes deutlich, die auch von den befragten ExpertInnen gesehen wird. Beispielsweise ist für Maier der Truppenübungsplatz arbeitsmarktpolitisch nicht wegzudenken. (Interview Maier: 09.12.2013) Dies gilt nicht nur für Allentsteig, sondern auch für die anderen Kasernen im Waldviertel, demnach Weitra und Horn. An dieser Stelle kommt auch die regionalpolitische Bedeutung des Truppenübungsplatzes ins Spiel: Gerade in ländlichen und strukturschwachen Regionen stellen öffentliche Einrichtungen einen wichtigen Impulsgeber für andere wirtschaftliche Branchen dar. So profitieren aufgrund der Zulieferung auch andere Betriebe aus der Region rund um den TÜPI (Interview Fritz: 09.12.2013) – wie zum Beispiel Handwerksbetriebe, der Handel, das Baugewerbe oder die Gastronomie. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Diese Arbeitsplätze könnten bei einem möglichen Verlust nicht von der Region kompensiert werden, Abwanderung bzw. eine Zunahme der Zahl der PendlerInnen wäre die Folge. (Interview Mold: 23.01.2014) Da die Beschäftigten des Truppenübungsplatzes nicht nur aus den direkt umliegenden, sondern auch von weiter entfernten Gemeinden kommen, weist die Bedeutung eine regionale Dimension auf. Dies umso mehr, als es sich um relativ gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze handelt. Eine diesbezügliche Veränderung würde somit die gesamte Region, insbesondere aber auch die Zulieferung, Investitionen im Kleinen (wie beispielsweise Lokale) oder den Lebensmittelsektor betreffen. (Interview Wallenberger: 24.09.2013).

Auf der anderen Seite scheint die ökonomische Bedeutung des Truppenübungsplatzes bereits seit einiger Zeit Veränderungen zu unterliegen. So konstatiert das WIFO (2003: 18), dass das Militär zwar als großer Nachfrager eine gewisse Marktmacht in der Region innehat, es jedoch bisher kaum zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit gekommen ist. Auch einige ExpertInnen sehen die Entwicklung kritisch. Während der TÜPI in den ersten 20 Jahren durchaus positive Wirkungen auf die Region gehabt hat, haben diese im Laufe der Zeit abgenommen und sich mittlerweile sogar ins Gegenteil verkehrt. (Interview Baum: 18.04.2014) Diese Entwicklung ist in einen Gesamtzusammenhang einzuordnen, welcher die Strukturkrise des Waldviertels seit Ende der 1980er-Jahre umfasst. Neben dem Niedergang der Textilindustrie gab es auch Veränderungen im Dienstleistungsbereich. Konzentrationsprozesse im Einzelhandel haben eingesetzt, große Einkaufszentren - wie beispielsweise in Horn - sind entstanden, wodurch viele

kleine Gewerbetreibenden ihre Geschäfte schließen mussten. Derartige Veränderungen machen auch vor dem österreichischen Bundesheer nicht Halt: Früher profitierten die Gewerbetreibenden der Region von der Existenz des Truppenübungsplatzes Allentsteig. Dann setzten auch Konzentrationsprozesse innerhalb des Heeres ein, Aufträge mussten ausgeschrieben werden. Hierbei hatten die kleineren Betriebe zumeist keine Chance gegen große Unternehmen, die sich außerhalb der Region befanden. (Interview Baum: 18.04.2014) Dies betrifft auch Bereiche wie beispielsweise die Essenszulieferung - so liefert der lokale Fleischhauer schon lange nicht mehr (Interview Lehr: 09.05.2014), in Allentsteig selbst gibt es nur noch zwei Gasthäuser. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Daher könne auf der einen Seite zwar gesagt werden, der Truppenübungsplatz sei besser als gar kein Betrieb, andererseits könnte man sich die Frage stellen, was statt dessen möglich gewesen wäre. (Interview Spindler: 14.04.2014)

Diese Debatte bezieht sich nicht nur auf die Zukunft, sondern auch auf die Vergangenheit: Hätte eine Wiederbesiedelung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer höheren ökonomischen Wertschöpfung geführt? Während einige davon ausgehen, dass eine Wiederbesiedelung nach der Zerstörung (vor allem auch durch die russische Armee)²⁷ nicht mehr möglich gewesen wäre (Interview Rosner: 21.02.2014), gehen andere davon aus, dass vier oder fünf wiederbesiedelte Gemeinden einen größeren wirtschaftlichen Wert geschaffen hätten:

Man hat verpasst, das Gebiet wieder zu aktivieren. (Interview Lehr: 09.05.2014)

Die nicht erfolgte Wiederbesiedelung war eine Entscheidung der Republik Österreich. Bernhard Lehr sieht hier einen Widerspruch: Einerseits solle man froh sein, dass es das Bundesheer und somit einen kleinen Impuls für die Region gibt, auf der anderen Seite wäre aber in Bezug auf Erwirtschaftung auf dem gleichen Gebiet wesentlich mehr möglich gewesen. Daher solle vom Land Niederösterreich eine Art Pacht vom Bund verlangt werden, welche dann der Region zur Verfügung gestellt wird, um Projekte für eine positive Entwicklung zu fördern. (Interview Lehr: 09.05.2014)

Ein Resultat der Entscheidung gegen die Wiederbesiedelung und für die militärische Nutzung ist die damit verbundene unberührte Entwicklung des Naturraumes. Rund zwei Drittel

²⁷Bis heute ist unklar, welche Gebäude - z.B. Kirchen - bis 1955 noch nicht zerstört waren.

des Geländes wurde als "Vogelschutzgebiet Truppenübungsplatz Allentsteig" in das europäische Naturschutzsystem NATURA 2000 aufgenommen. (vgl. Richter 2008: 11) Da große Teile der gesperrten Fläche jahrzehntelang von jeglicher landwirtschaftlicher Nutzung ausgeschlossen war (vgl. Umweltbundesamt 1995: 1), hat sich auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig ein Hochmoor erhalten (Interview Rosner: 21.02.2014) und eine besondere Artenvielfalt herausgebildet.

Den größten Teil des Truppenübungsplatzes stellen mit 7.064 Hektar (45%) Brach- und Sukzessionsflächen dar, welche in der heutigen Kulturlandschaft in dieser Form ansonsten praktisch nicht vorhanden sind. (vgl. Umweltbundesamt 1995: 2) Der militärische Übungsbetrieb sorgt dafür, dass die ausgedehnten Brachflächen nicht mit Fichten zuwachsen. Den zweitgrößten Teil bilden mit rund 5.702 Hektar (36,2%) Wirtschaftswälder, die von Fichtenbeständen dominiert werden. Äcker und Mähwiesen, welche an Bauern und Bäuerinnen aus den umliegenden Gemeinden verpachtet werden, machen 2.272 Hektar (14,4%) der Fläche aus. (vgl. Umweltbundesamt 1995: 2) Ökologisch besonders wertvoll sind die "Alten Wildnisflächen", die sich über einen längeren Zeitraum ohne stärkere menschliche Eingriffe entwickeln konnten und rund 7.000 Hektar der Fläche des Truppenübungsplatzes Allentsteig einnehmen. Demgegenüber besitzen die forstwirtschaftlichen Wälder nur einen geringen ökologischen Wert. (vgl. Umweltbundesamt 1995: 5) Neben diversen Vogelpopulationen - wie beispielsweise Birkhuhnpopulationen - sind die Amphibien auf dem Gelände hervorzuheben. Für sie ergeben sich Laichgewässer und Sommerhabitate über Bodenvertiefungen, welche durch das Befahren mit schweren Kettenfahrzeugen oder das Ausheben von Schützengräben entstehen und sich nach Regen oder Schneeschmelze mit Wasser füllen. (vgl. Umweltbundesamt 1995: 6) Ob diese einzigartige Landschaft allerdings nur durch eine Weiterführung als militärischer Übungsbetrieb gewährleistet werden kann, ist umstritten. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Immerhin steht der Schutzcharakter nicht im Vordergrund, sondern die einzigartige Entwicklung des Naturraumes ist das Resultat der Absperrung des militärischen Geländes, das menschliche Einflüsse gemindert hat. (vgl. Umweltbundesamt 1995: 8) Trotzdem eröffnet dies auch die Möglichkeit einer touristischen Nutzung, die im Einklang mit der Vermarktung des Waldviertels steht: Zurück zur Natur.

5.3 Identifizierungsmöglichkeiten innerhalb der Kleinregion ASTEG

Bezüglich der Identifikation der BewohnerInnen mit der Region sehen alle befragten ExpertInnen eher eine Verbundenheit mit den einzelnen Gemeinden oder dem Waldviertel insgesamt als mit der Kleinregion ASTEG. Für das Waldviertel wird bereits seit einigen Jahren versucht, eine einheitliche Identität aufzubauen. Verstärkt wurde der Prozess durch das Regionalmanagement unter Adi Kastner. (Interview Mold: 23.01.2014) Dieses war das Resultat einer Gegenbewegung zur - im Zuge der Diskussion über Atomkraftwerke in Österreich - angedachten Idee, das Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig als Atommülllager zu nutzen, und brachte für das Waldviertel im Zuge der 1980er- und 1990er-Jahre Erfolge. (Interview Baum: 18.04.2014) Waldviertler "Besonderheiten", die früher als Nachteile empfunden wurden - wie beispielsweise die geographische Lage, das rauhe Klima, die Dominanz der Landwirtschaft oder die konservativen Werte -, stellen heute die Basis für den Stolz auf die hohe Lebensqualität dar (Interview Mold: 23.01.2014):

Alle miteinander sind wir selbstbewusster geworden. (Interview Hofbauer: 23.01.2014)

Mittlerweile stehe das Waldviertel für eine gesunde Welt, fleißige Leute und hochwertige Produkte. Neben der Lebensqualität werden insbesondere die landschaftliche Schönheit und die Ruhe hervorgehoben. (Interview Piringner/Moser/Stanik: 14.04.2014) Über die steigenden Tourismuszahlen hätten zudem immer mehr Menschen das Waldviertel kennengelernt und dadurch das zuvor vorherrschende Bild einer rückständigen Provinz abgelegt. (Interview Mold: 23.01.2014) An diesem Prozess waren auch ins Waldviertel Zugereiste, darunter viele KünstlerInnen, nicht unbeteiligt. (Interview Piringner/Moser/Stanik: 14.04.2014) Insgesamt habe das Waldviertel ein eigenes Flair, was seine Besonderheit ausmacht. (Interview Lehr: 09.05.2014)

Inwiefern die 2004 gegründete Kleinregion ASTEG von dieser Identifizierung profitieren kann, bleibt noch abzuwarten. Zwar gibt es gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen - wie beispielsweise im Falle der Bewerbung für die Landesausstellung 2017 -, welche auch gut besucht sind (Interview Mold: 23.01.2014), und der Zusammenhalt innerhalb der Kleinregion ASTEG wird im Vergleich zu anderen Kleinregionen als positiv bewertet (Interview Maier: 09.12.2013), allerdings scheint sich noch kein kleinregionales Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung herausgebildet zu haben. Vielmehr wirke das Gebilde der Kleinregion als Konstrukt

(Interview Lehr: 09.05.2014), welches eher als Resultat der Förderinstrumente des Landes Niederösterreich, denn als gewachsene Gemeinschaft wahrgenommen wird. Um das regionale Bewusstsein zu stärken sei es demnach nötig,

Menschen dazu [zu] bringen, stolz auf die Region zu sein. (Interview Maier: 09.12.2013)

Gemeinsame Veranstaltungen oder Leitprojekte sind ein guter Anfang, die Verbundenheit einer Region hängt aber auch mit der dortigen Lebensqualität zusammen. Diese umschließt die nötige Infrastruktur (wie zum Beispiel Schulen, Arbeitsplätze und Verkehr) ebenso wie das Kulturprogramm und das Vereinsleben. (Interview Androsch: 21.02.2014)

Zudem stellt sich die Frage, womit in der Kleinregion ASTEG sich die Bevölkerung identifizieren sollte. Auf die unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen des Truppenübungsplatzes Allentsteig wurde bereits verwiesen - aber auch auf die damit verbundenen Widersprüchlichkeiten, welche sich nicht zuletzt aus dem historischen Erbe ergeben. Regionalpolitisch hätte der Bund die Möglichkeit, über den TÜPl Schwerpunkte in der Kleinregion - oder auch darüber hinausgehend - zu setzen, was bisher zu wenig geschehen sei. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Gleichzeitig ist es schwer, sich über ein Gebiet zu identifizieren, das nicht zuletzt durch Betretungsverbote gekennzeichnet ist. Die lokale Bevölkerung hat dadurch keine Möglichkeit, sich das Gebiet "anzueignen" (Interview Lehr: 09.05.2014), es selbst in ihrem Sinne zu gestalten. Aus diesem Grund kann es auch entscheidend für die Identifizierung der in der Kleinregion lebenden Menschen sein, sich darüber Gedanken zu machen, was "nachher" mit diesem Gelände passiert oder passieren kann (Interview Komlosy: 02.04.2014), demnach an der Entwicklung möglicher Zukunftsperspektiven aktiv teilnehmen zu können.

5.4 Zwischenfazit: Ein neues Leitbild für die (Klein-)Region?

Der TÜPl im Herzen des Waldviertels ist kein trennendes sondern DAS [Herv. i.O.] verbindende Element der Kleinregion ASTEG. (Kleinregion ASTEG 2013: 12)

Dieses Motto wurde im Rahmen des kleinregionalen Entwicklungskonzeptes für den Zeitraum 2013 bis 2015 entwickelt. Das Leitprojekt stellt hierbei der Truppenübungsplatz Allentsteig dar. Als verbindendes Element für die Region (Interview Wallenberger: 24.09.2013) soll

er als sogenanntes "Alleinstellungsmerkmal" fungieren, das für die Einzigartigkeit der Kleinregion steht. Arbeitsschwerpunkt ist neben dem Bereich Freizeit und Naherholung jener der kleinregionalen Identität. Sie soll über den konkreten Nutzen für die Bevölkerung definiert werden. BewohnerInnen sollen verstärkt an die Region gebunden, und somit Abwanderung verlangsamt werden. In diesem Zusammenhang

bemüht sich die Region um zusätzliche Nutzungsoptionen für den TÜPl, welche die militärische Kernnutzung nicht behindern, andererseits zusätzlich ökonomische Effekte für die Region ermöglichen. (Kleinregion ASTEG 2013: 11)

Doch kann der Truppenübungsplatz überhaupt einen derartigen Beitrag zur Generierung einer (klein-) regionalen Identität beitragen? Erzeugt er eine Einzigartigkeit auf der einen, und ein verbindendes Gefühl auf der anderen Seite?

Es wurde gezeigt, dass das Herausfiltern der Bedeutungsdimensionen des Truppenübungsplatzes Allentsteig keine leichte Aufgabe ist. Die historische Entwicklung ist ebenso wie die aktuelle Nutzung geprägt durch Widersprüchlichkeiten sowie positive und negative Aspekte. Dies wird auch an den, teilweise divergierenden, Aussagen der befragten ExpertInnen deutlich. Einerseits ein Erbe des Nationalsozialismus, das Vertriebene hinterlässt, andererseits Hoffnungen auf einen positiven Impuls für die Region. Einerseits zentraler Arbeitgeber, andererseits abnehmende wirtschaftliche Effekte auf die Region aufgrund von Konzentrationsprozessen und Umstrukturierung des öffentlichen Sektors. Einerseits unberührte, einzigartige Naturlandschaft durch die militärische Nutzung, andererseits Blindgängergefährdung und Betretungs- bzw. Durchfahrtsverbote aufgrund eben dieser militärischen Nutzung.

Letzten Endes wird die Diskussion über die Bedeutung des Truppenübungsplatzes von zwei zentralen Prämissen geprägt: Zum einen von der Notwendigkeit der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in einer strukturschwachen, ländlichen Region. Ob man nun der Meinung sei, der Truppenübungsplatz solle als Leitbetrieb erhalten bleiben, oder ob die regionale ökonomische Relevanz der militärischen Nutzung angezweifelt wird, Arbeitsplätze stehen im Mittelpunkt der Diskussion. Für die Kleinregion ASTEG soll ökonomische Wertschöpfung erzielt werden. An dieser Stelle ist auch unbestritten, dass das Gelände des Truppenübungsplatzes aufgrund seiner Größe und Lage hierfür ein entscheidender Faktor ist - nicht zuletzt aufgrund

der Einzigartigkeit im Sinne des Regionalmarketing, welche der Kleinregion Bekanntheit verleiht. Allerdings ist diese Bekanntheit nicht durchwegs positiv besetzt. Das Bild von außen ist geprägt durch das Image des Truppenübungsplatzes, die große Fläche, die Menschenleere. Daher sollte laut dem Regionalberater Wallenberger die Bekanntheit genutzt und positiv vermarktet werden. (Interview Wallenberger: 23.09.2013) Immerhin würden jedes Jahr viele Soldaten den Truppenübungsplatz besuchen und die Region mit ihren eigenen Erfahrungen in Verbindung bringen. So meint beispielsweise der Landtagsabgeordnete Hofbauer, man müsse den hier Übenden

soviel Positives mitgeben, dass sie wiederkommen wollen. (Interview Hofbauer: 23.01.2014)

Dies gilt einerseits für die Herstellung einer Verbindung mit Angeboten aus der Region, auf der anderen Seite für die positive Nutzung der vorhandenen Natur und Landschaft. Die Grundbekanntheit des Truppenübungsplatzes könnte im Sinne von *unberührter Natur und wunderschöner Landschaft* (Interview Schwarzinger: 06.12.2013) genutzt werden. Laut dem Geschäftsführer des Teams "Destination Waldviertel", Herrn Schwarzinger, hätte der Truppenübungsplatz Allentsteig ein solches Potenzial: Er weckt als Alleinstellungsmerkmal Neugier, da bereits viele Menschen dort waren. Dieses Potenzial wurde aber bisher zuwenig ausgeschöpft und müsste in ein touristisches Gesamtkonzept mit den Eckpfeilern Bewegung und Outdoor (u.a. Wandern, Rad, Golf, Klettern), Gesundheit, Kulinarik und Genuss, Jugendtourismus (insbesondere für Projektwochen) sowie Winterauszeit (u.a. "Alaska-Feeling", Langlauf) integriert werden. Inwiefern sich dies mit möglichen Nutzungsvorschlägen für das Gelände des Truppenübungsplatzes in Einklang bringen lässt, wird sich im Laufe der Untersuchung noch zeigen.

Auf der anderen Seite ist die Bedeutung des Truppenübungsplatzes Allentsteig für die Kleinregion ASTEG von der Debatte um die Rolle, welche das österreichische Bundesheer in der Gegenwart und in Zukunft spielen soll, geprägt. Das aktuelle Image des Bundesheeres spiegelt sich dadurch auch in der Wahrnehmung des Truppenübungsplatzes Allentsteig wider. Geht man davon aus, dass Österreich auch in Zukunft die Wehrpflicht mit der dazu nötigen Ausstattung behalten soll (was durch die Volksbefragung im Jänner 2013 bestärkt wurde), so werden weitläufige Flächen für Übungszwecke benötigt. Periphere, ländliche Regionen mit einer geringen Bevölkerungsdichte und relativ ungünstigen landwirtschaftlichen Bedingungen

werden nicht selten für die Bereitstellung solcher Flächen herangezogen - dies hat auch die Entstehungsgeschichte des Truppenübungsplatzes Allentsteig gezeigt. Nicht zuletzt deshalb ist es auch eine Frage von Zentrum und Peripherie: Wer entscheidet, wo Truppenübungsplätze angesiedelt werden? Und wer lebt in letzter Konsequenz mit den sich daraus ergebenden Bedingungen - wie beispielsweise Schießlärm, Schließungstage, aber auch geschaffenen Arbeitsplätzen? Die Identifizierungsmöglichkeiten über ein "von außen" geschaffenes Gelände mit einer militärischen Nutzung für die dort lebenden Menschen erscheint schwierig, da die eigenen Handlungsspielräume für eine Aneignung fehlen. Zudem wurden die diesbezüglichen Entscheidungen über die Nutzung nicht in der Region selbst getroffen - und auch jene über mögliche Nachnutzungen kommen von überregionalen Ebenen.

Regionalpolitisch interessant ist zudem, welche Möglichkeiten der Verbindungen zu umliegenden Gemeinden und Regionen geschaffen werden können, und welche endogenen Potenziale sich für die betreffenden Regionen daraus ergeben. Diesbezügliche Beispiele werden im nächsten Kapitel in Form von Vergleichsregionen gezeigt. Angedachte bzw. erwünschte Konzepte und Szenarien für das Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig werden dann gegen Ende der Arbeit vorgestellt.

6 Vergleichsregionen

Die zugrunde liegende Hypothese ist, dass zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig entweder in Richtung verstärktes Ausschöpfen der militärischen Nutzung mit dem Ziel der Profilierung der Kleinregion ASTEG im Bereich Sicherheit gehen, oder aber in Richtung Naturschutz mit dem Ziel der Einbettung in ein touristisches Gesamtkonzept des Waldviertels. Dementsprechend werden nun zwei Vergleichsregionen in Deutschland vorgestellt, welche jeweils unterschiedliche Wege genommen haben: Während der noch genutzte Truppenübungsplatz Oberlausitz als Beispiel für den Ausbau des militärischen Standorts in Richtung Sicherheit dient, soll die Region Rhön Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf neue Vermarktungen über den Naturschutz aufzeigen. Hierbei handelt es sich aber keineswegs um andere Nutzungen ausschließende Konzepte: Innerhalb des Biosphärenreservats Rhön, das 1991 als solches von der UNESCO anerkannt wurde, liegt der 7.300 Hektar große Truppenübungsplatz Wildflecken. Demgegenüber befindet sich in räumlicher Nähe zum Truppenübungsplatz Oberlausitz das 1996 anerkannte und ein Gebiet von 30.102 Hektar umfassende Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft.

Bei beiden Beispielen handelt es sich um ländliche Räume, die sich in einer Grenzlage befinden und eine geringe Bevölkerungsdichte aufweisen - wie dies bei der Kleinregion ASTEG bzw. dem Waldviertel im Allgemeinen der Fall ist. Zudem haben sowohl die Region Oberlausitz als auch die Region Rhön mit Überalterung sowie der Abwanderung insbesondere der jungen und erwerbsfähigen Bevölkerung zu kämpfen - demnach Problemlagen, welche auch bereits für die untersuchte Kleinregion definiert wurden. Ausgehend von diesen Gemeinsamkeiten werden die beiden Vergleichsregionen Oberlausitz und Rhön vorgestellt, um Anregungen für Entwicklungsmöglichkeiten für die Untersuchungsregion ASTEG ableiten zu können.

6.1 Beispiel Oberlausitz: Moderner Truppenübungsplatz in Deutschland

Der Truppenübungsplatz Oberlausitz zählt zu den modernsten und größten Übungsplätzen in Deutschland. Er umfasst ein Gebiet von rund 16.350 Hektar und liegt im Freistaat Sachsen in den Landkreisen Bautzen und Görlitz, somit nahe der polnischen Grenze.

Kreisfreie Städte und Landkreise im Freistaat Sachsen mit dem zuständigen Verwaltungssitz
 Gebietsstand: 1. Januar 2014

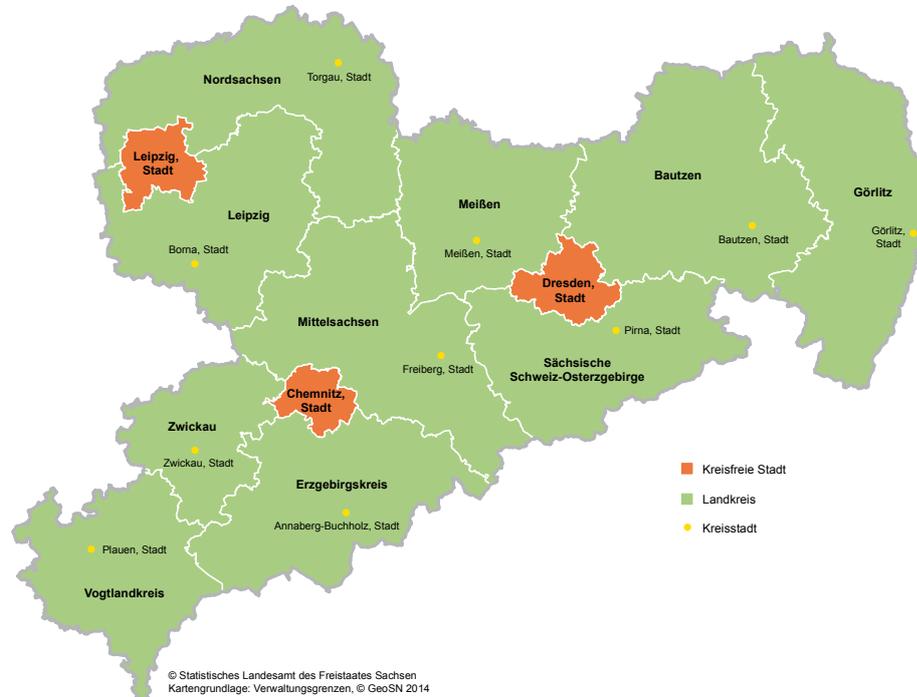


Abbildung 7: Verwaltungsgliederung Sachsen 2014, Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Seit 1. August 2008 besteht der Freistaat Sachsen aus zehn Landkreisen und drei kreisfreien Städten. 2013 befanden sich 438 Gemeinden auf dem Gebiet, 60 Prozent der Bevölkerung lebt in Gemeinden mit weniger als 5.000 EinwohnerInnen. (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2013: 2) Insgesamt lebten 2011 rund 4,14 Millionen Menschen in Sachsen - 13 Prozent weniger als Ende 1990, was insbesondere auf die negative Wanderungsbilanz zurückzuführen ist. Abwanderung gerade der jungen und erwerbstätigen Bevölkerung ist somit vor allem seit der deutschen Wiedervereinigung ein großes Thema. Damit verbunden ist jenes der Überalterung: Das Durchschnittsalter stieg in Sachsen von 1990 bis 2011 von 39,5 auf 46,4 Jahre. (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2013: 4) Die Prognose für das Jahr 2025 geht von einem weiteren Rückgang der Bevölkerung um neun bzw. zwölf Prozent im Vergleich zu 2011 aus. Der Landkreis Görlitz, welcher direkt an der Grenze zu Polen liegt,

Quelle: Statistisches Landesamt (2014: 5-9)	2013	Veränderung zu 2012 in %	2000	1990
Sachsen	4.044.209	-0,1	4.425.281	4.807.535
Bautzen	309.058	-0,9	363.677	392.132
Görlitz	262.776	-1,0	323.025	369.625

Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung in Sachsen

gehört hierbei zu jenen Landkreisen, welche voraussichtlich am meisten Bevölkerung verlieren werden. (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2013: 7)

Wie in vielen anderen ländlichen Gebieten im Osten Deutschlands - insbesondere in jenen, welche sich zusätzlich in einer Grenzlage befinden - ist das entscheidende Thema die Frage nach der Schaffung nach Arbeitsplätzen bzw. nach einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung. So auch in den Landkreisen Bautzen und Görlitz. Hier ist die dominierende Wirtschaftsbranche jene der öffentlichen und sonstigen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, gefolgt von Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation. (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2013: 18) Die Arbeitslosenquote lag 2013 im Freistaat Sachsen bei 9,4 Prozent, in Bautzen bei 9,3 Prozent. In Görlitz lag der Wert mit 12 Prozent deutlich darüber. (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014: o.S.)

Der Truppenübungsplatz Oberlausitz wurde 1998 nach der gleichnamigen Region benannt (zuvor: Truppenübungsplatz Nochten), welche größtenteils zu Sachsen, in kleineren Teilen zu Brandenburg und Polen gehört. Die 1918 entstandene Grenzlage traf die expoertorientierte Region besonders hart. Bereits zu dieser Zeit war die Industrie der Oberlausitz geprägt durch Klein- und Mittelbetriebe. Dominierende Branchen waren - ähnlich wie im Waldviertel - die Textilindustrie sowie die Metall- und Maschinenindustrie. (vgl. Bednarek 2004: 226) Nach 1945 entwickelte sich die Textilindustrie wieder zu einer bedeutenden Branche in der Region, in den 1980er-Jahren übernahm sie die führende Rolle in den Volkseigenen Betrieben (vgl. Bednarek 2004: 232) der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde zudem der Braunkohleabbau in der preußischen Oberlausitz forciert. (vgl. Bednarek 2004: 228) In den 1950er-Jahren erfolgte der Ausbau der Niederlausitz und der

nördlichen Oberlausitz zum Kohle- und Energiezentrum der DDR. Boxberg in Görlitz zählte in dieser Zeit zu den größten Braunkohlekraftwerken Europas. Im Zuge dieser Entwicklung wurden zwischen 1945 und 1989 insgesamt 72 Orte und 38 Ortsteile, demnach 21.609 Menschen umgesiedelt. (vgl. Bednarek 2004: 233)

Im Zuge der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1949 wurden zwei Drittel der enteigneten landwirtschaftlichen Nutzfläche an LandarbeiterInnen und Vertriebene verteilt, ein Drittel ging in staatlichen Besitz über. Die Waldflächen wurden ab 1961 vom staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb übernommen. Eine andere Entwicklung nahmen jene Waldgebiete um den nördlichsten und flächengrößten Ortsteil von Boxberg, welche durch Brände weitgehend zerstört wurden: Dieses Gebiet wurde bereits von der Nationalen Volksarmee (NVA) als Truppenübungsplatz Nochten genutzt. (vgl. Bednarek 2004: 233f) Im Juli 1950 wurde der Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen unterzeichnet, in welchem die Oder-Neiße-Linie als „unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze“ anerkannt wurde. Dadurch befand sich die Region (wieder) in einer Grenzlage. (vgl. Bednarek 2004: 234) Die Umstellung des ökonomischen Systems nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/1990 führte zu einer existenzbedrohenden Krise für viele Betriebe. Die Textilindustrie in der Oberlausitz brach fast vollständig zusammen, die Arbeitslosigkeit stieg rapide an und erreichte in einigen Oberlausitzer Kreisen fast 20 Prozent. (vgl. Bednarek 2004: 238) Zwar wurde die Infrastruktur im Zuge der Wiedervereinigung ausgebaut sowie die Braunkohle- und Energiewirtschaft zunächst weiterentwickelt, allerdings führte der später einsetzende Bedeutungsverlust der Braunkohle zu einer erneuten Krise für die Region:

Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch 1989/90 ist die Oberlausitz bis heute eine strukturschwache Region geblieben. Die Grenzlage im äußersten Südosten Deutschlands verschärft die Situation zusätzlich. (Bednarek 2004: 239)

Umso wichtiger erscheint die Rolle des Truppenübungsplatzes Oberlausitz für die Region. In den frühen 1990er-Jahren wurden im Zuge des Endes der DDR durch die ehemalige Nationale Volksarmee und die Sowjetarmee insgesamt 1.026 militärische Liegenschaften an die Bundesrepublik Deutschland bzw. deren Länder übergeben. Diese Truppenübungsplätze nahmen eine Gesamtfläche von 243.000 Hektar ein. (vgl. Burkhardt et al. 2004: 16) Zu ihnen

gehörte auch der heutige Truppenübungsplatz Oberlausitz. Mit einer Größe von 16.350 Hektar ist er der viertgrößte Truppenübungsplatz in Deutschland - und ist flächenmäßig vergleichbar mit dem Truppenübungsplatz Allentsteig. 1945 als Truppenübungsplatz Nochten durch die Rote Armee als Panzerschießplatz und Truppenlager errichtet, wurde er 1956 von der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR übernommen. (vgl. Wanner et al. 2004: 280) Anschließend folgte eine räumliche Ausdehnung des Geländes von Nochten aus nach Osten fast bis zur polnischen Grenzen und nach Westen bis zur Eisenbahnlinie Spremberg-Hoyerswerda. Die ostwärtige Ausdehnung wurde u.a. durch den geplanten Bau des Großkraftwerks Boxberg vorangetrieben. Aufgrund dieses Kraftwerkes war das Gelände in einen größeren Ostteil und einen kleineren Westteil aufgeteilt. Im Zuge des Endes der DDR wurde der Truppenübungsplatz von Herbst 1989 bis Oktober 1990 ruhig gestellt, danach jedoch von der deutschen Bundeswehr übernommen. Im November führte die deutsche Bundeswehr das erste Gefechtsschießen durch. (vgl. Streitkräftebasis 2011: o.S.) Seither wird er permanent von Truppenteilen aus ganz Deutschland und aus NATO-Paartnerländern genutzt: Im Westteil fand Fahrbetrieb mit Rad- und Kettenfahrzeugen statt, im größeren Ostteil zusätzlich Schießübungen und damit verbundene Brandereignisse. 1998 wurde der Truppenübungsplatz Nochten in Truppenübungsplatz Oberlausitz umbenannt. Seit Juli 2012 konnte - aufgrund einer Vereinbarung mit dem Energiekonzern Vattenfall - über eine drei Kilometer breite Trasse über den ehemaligen Tagebau Nochten eine Verbindung des kleineren Westteils mit dem größeren Ostteil geschaffen werden. Somit entstand ein zusammenhängender Übungsraum über eine Länge von 40 Kilometer. (vgl. Streitkräftebasis 2013: o.S.)

Der Truppenübungsplatz liegt in der nördlichen Oberlausitz, etwa 100 Kilometer nordöstlich der sächsischen Landeshauptstadt Dresden in einem dünn besiedelten Landstreifen. Charakteristische Landschaftselemente sind neben den großen Binnendünen, die durch Rad- und Kettenfahrzeuge offengehalten werden, der heterogenen Landschaft und der hohen Artenvielfalt, insbesondere auch die archäologischen Kulturdenkmäler, wie beispielsweise bronzezeitliche Gräber oder mittelalterliche Wehranlagen:

Insgesamt gesehen gewährleistet die militärische Nutzung einen sehr vielgestaltigen und artenreichen Zustand der Vegetation in für das Land Sachsen einmaliger Flächenausdehnung und Artenausstattung. (Wanner et al. 2004: 283)



Abbildung 8: Impressionen des Truppenübungsplatzes Oberlausitz in Sachsen, Quellen: Streitkräftebasis (li.), Technisches Hilfswerk (re.)

Aus diesem Grund gibt es immer wieder Diskussionen über Naturschutz auf dem Gelände, vor allem seit der Sichtung von Wölfen. Im Jänner 2010 wurde daher eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen zum Schutz von Natur und Landschaft auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz geschlossen. Mit 13.665 Hektar wurde das zweitgrößte Flora-Fauna-Habitat (FFH-Gebiet) in Sachsen geschaffen, welches insbesondere den Schutz von Wolf und Seeadler gewährleisten soll. (vgl. Proplanta 2010: o.S.) Es stellt einen Baustein für das NATURA 2000 Schutzgebietssystem der Europäischen Union dar. Im Zuge dieser Vereinbarung verzichtete der Freistaat Sachsen auf eine förmliche Unterschutzstellung des militärischen Gebietes. Gleichzeitig wurden Regelungen zur Verteilung der Kosten für Managementplanung, welche die deutsche Bundeswehr übernehmen wird, und Monitoring, finanziert durch Sachsen, zwischen dem Bund und dem Freistaat Sachsen getroffen. Mittlerweile sind rund 75 Prozent des Geländes NATURA 2000 Schutzgebiet. (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2013b: o.S.)

Öffentliches Interesse erzeugen aber nicht nur Diskussionen über Naturschutz und Umweltbelastungen, sondern auch jene über Lärmbelästigung durch Schießübungen oder die Zukunft des Braunkohleabbaus und den damit verbundenen Arbeitsplätzen, was auf die wirtschaftliche Bedeutung des Truppenübungsplatzes Oberlausitz verweist. Seit Juli 2011 gibt es eine Freiwilligenarmee in Deutschland, wobei allerdings die Wehrpflicht im Grundgesetz veran-

kert geblieben ist.²⁸ Im Zuge dieser Bundeswehrreform wurden auch einige der insgesamt 400 militärischen Standorte gestrichen. Ab 2015 sollen die letzten Schritte der Bundeswehrreform bezüglich der verwaltungstechnischen Neuformierung der Plätze gesetzt werden. Im Oktober 2011 wurde allerdings der Verbleib des Truppenübungsplatzes Oberlausitz bekannt gegeben. Er zählt zu den modernsten Übungsplätzen Deutschlands, nicht zuletzt aufgrund der modernen Gefechtsschießbahnen mit computergesteuertem Zielbau, der Eisenbahnbindung und der neurenovierten Unterkünfte für rund 2.300 Soldaten. (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2013a: o.S.) Folgende Übungsmöglichkeiten werden angeboten: Gefechtsausbildung aller Truppen, Gefechtsschießen mit Kampf- und Schützenpanzer, Gewässerübergang/Furt über die Spree, Fallschirmabsprungzonen, Vorausbildung für den Auslandseinsatz²⁹ sowie Kraftfahrausbildung. (vgl. Streikräftebasis 2011: o.S.) Zudem weihte im August 2013 Verteidigungsminister Thomas de Maizière den neuen Verkehrsübungsplatz ein, welcher Sicherheitstrainings mit Brems- und Lenkmanövern bei verschiedenen Fahrbahnverhältnissen ermöglicht.

Seit 1991 wurden finanzielle Mittel in der Höhe von rund 60 Millionen in Modernisierungsmaßnahmen des Truppenübungsplatzes Oberlausitz investiert. Jährlich üben hier rund 20.000 Soldaten, die geschaffenen Arbeitsplätze werden auf 230 geschätzt. (vgl. Lausitzer Rundschau 2011: o.S.) Während 2012 noch 12.272 Soldaten auf dem Gelände trainierten, waren es 2013 13.396. (vgl. Sächsische Zeitung 2014: o.S.) Somit dominieren in der Wahrnehmung vieler BewohnerInnen nicht Umweltbelastungen oder Lärmbelästigung, sondern die wirtschaftlichen Vorteile der Präsenz von Streitkräften. Andere Nutzungen wären allerdings nur bedingt mit der militärischen vereinbar:

Der militärische Übungsbetrieb kann als monopolisierendes Landnutzungssystem [Herv. MW] nur in äußerst untergeordneten Maße Sekundärnutzungen dulden. (Wanner et al. 2004: 289)

Eingeschränkt möglich wären laut der Studie von Wanner et al. (2004) die Jagd- und Forstwirtschaft, erhöhter Abstimmungsbedarf bestünde u.a. bei wissenschaftlicher Forschung, Naturschutz oder Landwirtschaft.

²⁸Dies bedeutet, dass sie bei Bedarf mit einfacher Mehrheit vom Bundestag wieder eingeführt werden kann.

²⁹Die Geländebedingungen werden als ähnlich zu jenen in Afghanistan beschrieben.

6.2 Beispiel Rhön: Biosphärenreservat als Ausgangspunkt für Regionalmarketing



Abbildung 9: Biosphärenreservate in Deutschland, Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Weltweit gab es im Juli 2013 621 Biosphärenreservate in 117 Ländern, sieben davon in Österreich.³⁰ Eines der 16 sich in Deutschland befindenden Biosphärenreservate ist die Region

³⁰Hierbei handelt es sich um das Große Walsertal, den Wienerwald, die Lobau, den Neusiedler See, den

Rhön, welche im Dreiländereck zwischen Bayern, Hessen und Thüringen liegt. Das Biosphärenreservat Rhön weist eine Größe von 185.262 Hektar auf, wobei sich 72.802 Hektar in Bayern, 63.564 Hektar in Hessen und 48.573 Hektar in Thüringen befinden. (vgl. Deutsche UNESCO-Kommission e.V. 2014: o.S.) Die Anerkennung der Region Rhön als Biosphärenreservat erfolgte im Jahr 1991. Durch die geographische Lage am Eisernen Vorhang konnten sich über Jahrzehnte naturräumliche Besonderheiten auf landwirtschaftlich nicht genutzten Flächen herausbilden. Mit der deutsch-deutschen Vereinigung gelangten bis dahin am politischen Rand liegende Gebiete - wie auch die Rhön - ins Zentrum Deutschlands, was auch neue Entwicklungsmöglichkeiten für sie eröffnete.

Politisch stellte die Rhön nie eine verwaltungsmäßige Einheit dar, eine Dreiteilung zwischen verschiedenen Verwaltungseinheiten war bereits im Mittelalter gegeben. (vgl. Cramer von Laue 1997: 44) Gesellschaftlich gesehen galt das Gebiet der Rhön immer als arme Region. Verschärft wurde die Situation im Zuge der Industrialisierung, da die entsprechenden Zentren in großer Entfernung lagen, und die Rhön weder ausgebaute Verkehrswege noch Rohstoffe oder eine günstige naturräumliche Ausstattung vorzuweisen hatte. (vgl. Cramer von Laue 1997: 45) Bis heute liegen die wirtschaftlichen Nahzentren - wie Bad Kissingen, Fulda oder Meiningen - geographisch gesehen am äußersten Rand der Rhön, während sich im Zentrum des Gebietes die wirtschaftlich schwächsten Teile befinden. (vgl. Geier 2004: 146) Durch die Teilung Deutschlands kam die Grenzlage der Region hinzu, welche die Standortbedingungen veränderte. Wirtschaftliche Beziehungen wurden durchbrochen, die Landwirtschaft befand sich seit den 1950er-Jahren in einem Niedergang. Dadurch wegfallende Arbeitsplätze konnten nicht durch andere Sektoren kompensiert werden. So ging die Zahl der Erwerbstätigen in den "westlichen" Teilen der Rhön im Laufe der 1970er- und 1980er-Jahren deutlich zurück, während sie in den Ländern Bayern und Hessen im selben Zeitraum anstieg. (vgl. Ott/Gerlinger 1992: 30) Massive Abwanderungen insbesondere der jungen Bevölkerung waren die Folge, wobei die Geburtenrate im Vergleich zu anderen Regionen relativ hoch blieb. Nach der deutschen Wiedervereinigung stiegen die Bevölkerungszahlen im bayrischen und hessischen Teil wieder an, seit 2000 ist allerdings eine Abnahme zu verzeichnen. Ende 2004 lebten rund 162.000 Menschen in Gurgler Kamm, den Gossenköllesee sowie das Salzburger Lungau mit den Kärntner Nockbergen, welches das jüngste und größte Biosphärenreservat darstellt.

der Region Rhön: 48.000 im bayrischen, 75.000 im hessischen und 39.000 im thüringischen Teil. (vgl. Bayrische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön 2008: B1) Die Bevölkerungsentwicklung ist hierbei sehr unterschiedlich, es gibt Zuzugs- und Abwanderungsgemeinden. Die dichter besiedelten Gemeinden liegen an der westlichen, südlichen und nördlichen Grenze des Biosphärenreservates, wobei die östlichen Gemeinden in den letzten Jahren an Bevölkerung gewonnen haben (siehe Abbildung 9). Die Gemeinden im zentralen Bereich sind am dünnsten besiedelt.

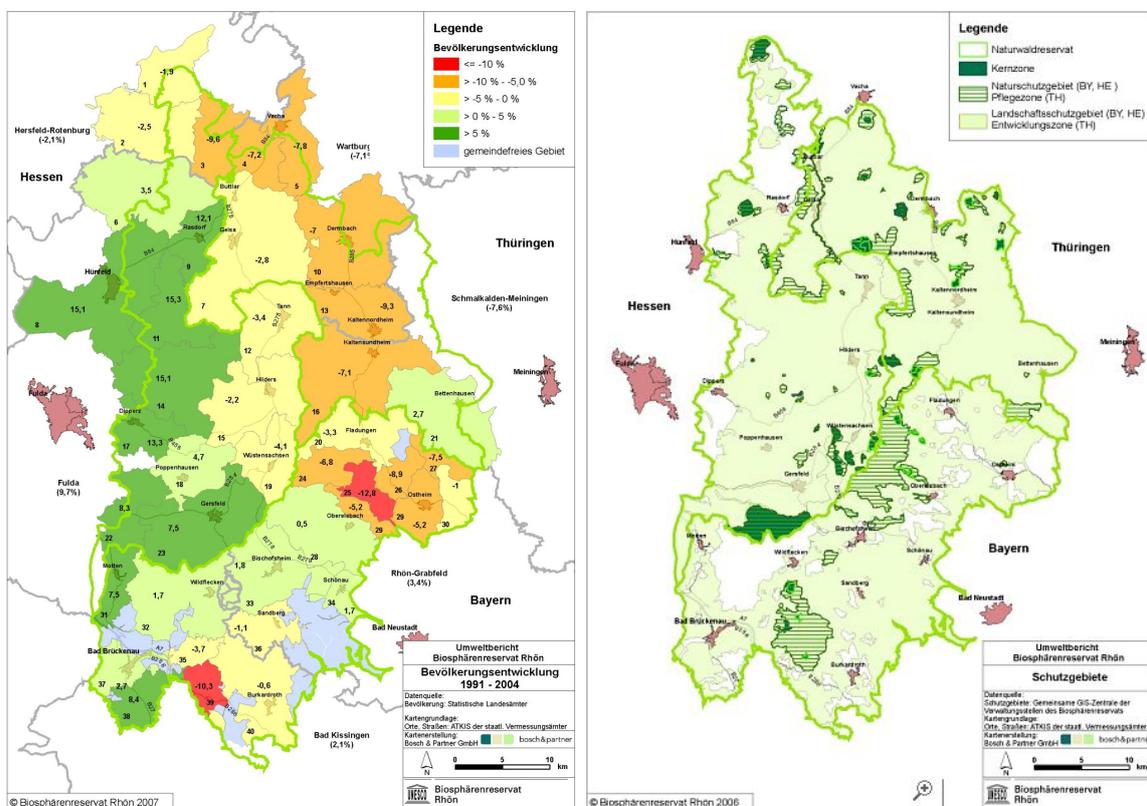


Abbildung 10: Bevölkerungsentwicklung in der Rhön (li.), Zonierung des Biosphärenreservates Rhön (re.), Quelle: Umweltbericht Biosphärenreservat Rhön

Auch wirtschaftlich gesehen existieren drei Teilräume, welche sich annähernd an den Landesgrenzen orientieren (vgl. Bayrische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön 2008: B2):

- Im Bayrischen Teil dominieren kleine und mittelständische Betriebe, wobei auch ein großer Papierverarbeitungsbetrieb vorhanden ist, welcher als Leitbetrieb fungiert. Das

produzierende Gewerbe konzentriert sich insbesondere auf Metall- und Holzverarbeitung sowie auf Maschinenbau.

- Im hessischen Teil sind ebenfalls viele kleine Betriebe zu finden. Die mittelständischen Industriebetriebe, vor allem spezialisiert auf Holzverarbeitung, werden vorwiegend als Familienunternehmen geführt. Die Landwirtschaft ist von einer kleinbäuerlichen Struktur dominiert.
- Der thüringische Teil war lange Zeit von der Planwirtschaft der DDR geprägt, die Überführung der Betriebe nach der Wende in ein marktwirtschaftliches System stellte sich als schwierig heraus. Aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften entwickelten sich Agrargenossenschaften. Heute dominieren vor allem kleinere und mittlere Unternehmen im holzverarbeitenden Gewerbe.

Besonders problematisch sind die geringe Ausstattung mit Arbeitsplätzen, die Entfernung zu und die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Zentren sowie die ungünstige Branchenstruktur. Gleichzeitig ist die Rhön aufgrund ihrer intakten Landschaft und Natur eine traditionelle Tourismusregion. (vgl. Bayrische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön 2008: B2)

Naturräumlich zu den benachbarten Mittelgebirgen Vogelsberg, Thüringer Wald sowie Spessart abgegrenzt wird die Mittelgebirgslandschaft Rhön über die Flussläufe Fulda, Werra, Fränkische Saale und deren Tallandschaften. Die Hohe Rhön befindet sich im Zentrum, im Westen, Norden und Osten ist die Vorder- und Kuppenrhön zu finden, im Süden die Südrhön. (vgl. Cramer von Laue 1997: 40) Das Landschaftsbild ist in erster Linie die Folge historischer Nutzungsformen des Menschen: Hohe Niederschläge begünstigten bereits sehr früh eine extensive Grünlandwirtschaft, welche nach umfangreichen Waldrodungen im Mittelalter begonnen wurde. Ab dem 19. Jahrhundert wurde zudem Milchviehwirtschaft betrieben. Aufgrund der dadurch entstandenen Wiesenlandschaften gilt die Rhön als "Land der offenen Fernen". (vgl. Cramer von Laue 1997: 41) Diese intakte Landschaft konnte sich nicht zuletzt aufgrund der Grenzlage entwickeln, welche Landschaftszerstörungen - beispielsweise durch Verkehrswege - verminderte. Aus diesem Grund setzte im Zuge der deutschen Wiedervereinigung eine Diskussion über Naturschutz im ehemaligen Grenzraum ein. Der thüringischen Teil des heutigen Biosphärenreservates Rhön wurde bereits kurz vor Ende der Deutschen Demokratischen Repu-

blik (DDR) von dieser als Biosphärenreservat ausgewiesen. Daraufhin erfolgte ein gemeinsamer Antrag der - nun allesamt bundesdeutschen - Länder Bayern, Hessen und Thüringen über eine Anerkennung der Region Rhön als Biosphärenreservat, welchem am 7. März 1991 durch die UNESCO entsprochen wurde. (vgl. Cramer von Laue 1997: 53)

Da das Ziel des Konzeptes der Biosphärenreservate der UNESCO die Entwicklung und Etablierung eines weltweiten Systems von repräsentativen Landschaften ist, erfolgt die Auswahl nicht aufgrund von Schutzwürdigkeit oder Einmaligkeit, sondern orientiert sich an der Frage, ob es sich um einen repräsentativen Ausschnitt eines bestimmten Landschaftstypus handelt. Aus diesem Grund hat die UNESCO auf einer Konferenz in Sevilla 1995 Kriterien für eine Anerkennung als Biosphärenreservat formuliert, welche u.a. fehlende bisherige Landschaften, Mindestgröße oder Zonierung umfassen.³¹ Die Region Rhön ist repräsentativ für den Landschaftsraum mitteldeutsches Bergland:

Die abgeschiedene Lage, natürliche Besonderheiten und die traditionelle Bindung der Bevölkerung an die Landwirtschaft haben in der Rhön eine weitgehend intakte Kulturlandschaft und ländliche Siedlungsstrukturen erhalten. (Deutsche UNESCO-Kommission e.V. 2014: o.S.)

Biosphärenreservate bilden den Kernbereich des von der 16. Generalkonferenz der UNESCO 1970 ins Leben gerufenen "MAB"-Programms³². (vgl. Erdmann/Frommberger 1999: 7) Von den darin ausgemachten vierzehn Projektbereichen nimmt insbesondere der Bereich Nummer acht einen zentralen Stellenwert ein, der von der *Erhaltung von Naturgebieten und des darin erhaltenen genetischen Materials* handelt. Dies bedeutet, dass Artenschutz nicht über den Schutz einzelner Arten erzielt wird, sondern über die Erhaltung ganzer

biosoziologischer Ökosysteme und ihrer natürlichen Funktionsfähigkeit (Ott/Gerlinger 1992: 19),

was auch den Schutz von Kulturlandschaften, welche ja ihre spezifische Prägung durch menschliche Aktivitäten erhalten, umfasst. Im Mittelpunkt steht somit das wechselseitige Verhältnis von Mensch und Natur. Bei einem Biosphärenreservat geht es - anders als bei Naturschutzge-

³¹Für eine ausführliche Darstellung der UNESCO-Kriterien siehe Erdmann/Frommberger (1999: 21-26).

³²„Der Mensch und die Biosphäre“

bieten oder Nationalparks - nicht darum, einzelne Teilräume von Landschaften von menschlichen Einflüssen abzugrenzen oder vor ihnen zu schützen, sondern um die Einbindung der Nutzungsansprüche des Menschen in ein integriertes Gesamtkonzept.

Der Fokus liegt nicht nur auf ökologischen, sondern auch auf ökonomischen, sozialen, kulturellen, planerischen und ethischen Aspekten. Dies ist eine Entwicklung, welche sich im Laufe der Weiterentwicklung des Konzeptes der Biosphärenreservate immer deutlicher zeigte:

Während zur Zeit der Anerkennung der ersten Biosphärenreservate Mitte der [19]70er Jahre³³ ausschließlich der Schutz bedeutender Naturlandschaften im Mittelpunkt des Interesses stand, wurde das den Biosphärenreservaten zugrunde liegende Konzept in den [19]80er Jahren zu einem differenzierten Raumgestaltungsinstrument ausgebaut. (Erdmann/Frommberger 1999: 8)

Der raumordnerische Ansatz verweist darauf, dass funktional sehr unterschiedlich genutzte Landschaftsteile in einem Gesamtkonzept zusammengefasst werden sollen, wobei eine räumliche Gliederung vorgesehen ist³⁴:

- Kernzone (core area): Erfüllt eine Schutzfunktion für die Naturlandschaft, um eine Dynamik öko-systemarer Prozesse zu ermöglichen. Ziel ist ein weitestgehender Ausschluss menschlicher Nutzung, auch ein rechtlicher Schutz als Nationalpark oder Naturschutzgebiet. Diese Zone soll mindestens drei Prozent der Gesamtfläche eines Biosphärenreservates einnehmen.
- Pflegezone (buffer zone): Dient der Erhaltung historisch gewachsener Kulturlandschaften, demnach der Erhaltung und Pflege von Ökosystemen, welche durch menschliche Nutzung entstanden sind. Sie soll die Kernzone von Beeinträchtigungen abschirmen und mindestens zehn Prozent der Gesamtfläche ausmachen.
- Entwicklungszone: Sie ist der Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum der Bevölkerung und soll die Erarbeitung von modernen, naturverträglichen Wirtschaftsweisen über sozial

³³Die erste Anerkennung erfolgte 1976.

³⁴Aufzählung in Anlehnung an Erdmann/Frommberger (1999: 12-14). Ott/Gerlinger (1992: 23f) verwenden in ihrer Aufzählung die Bezeichnungen "Kernzonen", "Pufferzonen" sowie "Übergangszonen".

verträgliche Erzeugung und Vermarktung umweltfreundlicher Produkte, regionale Wirtschaftskreisläufe, sanften Tourismus, Erforschung der Mensch-Natur-Beziehungen sowie über Natur- und Umweltbildung fördern. Der Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Behebung von Landschaftsschäden. Entwicklungszonen nehmen mehr als 50 Prozent der Gesamtfläche ein.

Das Biosphärenreservat Rhön weist mit zwei Prozent eine noch zu kleine Kernzone auf. Dies soll sich durch die Einbeziehung des 7.300 Hektar großen Truppenübungsplatzes Wildflecken, der 1938 von der deutschen Wehrmacht errichtet wurde, ändern. Seit 2002 befindet sich auf dem Gelände der erste Öko-Sprengplatz Deutschlands, 1.757 Hektar sind bereits FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat). Eine Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 2004 hat den Schutz des Gebietes vertraglich gesichert.³⁵ (vgl. Biosphärenreservat Rhön 2014: o.S.) Die Pflegezonen des Biosphärenreservates Rhön umfassen insgesamt 27,5 Prozent der Gesamtfläche, die Entwicklungszonen 67,5 Prozent.

Wie an der Idee der Entwicklungszonen deutlich wird, sollen Biosphärenreservate als Modellregionen fungieren: In den ausgewählten Regionen sollen am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierte Lebens-, Arbeits- und Erholungsweisen entwickelt sowie beispielhaft umgesetzt werden. Dies umfasst neben Umweltbildung und Forschung insbesondere die Vermarktung regionaler Produkte im Zuge des Aufbaus regionaler Wertschöpfungsketten. Die Bedeutung der Entwicklung von nachhaltigem Wirtschaften wurde von der UNESCO auf der MAB-Konferenz in Pamplona im Jahr 2000 verstärkt hervorgehoben. (vgl. Kullmann 2004: 225) Somit umfasst das Konzept der Biosphärenreservate nicht nur den Naturschutz und die Erhaltung der Kulturlandschaft, sondern auch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region. (vgl. Cramer von Laue 1997: 56) Dies ist vor allem für jene ländlichen Regionen zentral, welche sich

³⁵Allerdings gab es bereits im Vorfeld Kritik an der Einbeziehung einer militärisch genutzten Anlage, da eine militärische Nutzung nicht das Ziel des Einklanges mit der Natur erfüllt. So formulieren beispielsweise Ott und Gerlinger (1992: 27):

Eine Einbeziehung des 'Truppenübungsplatzes Wildflecken' in das Biosphärenreservat Rhön, der auch hier zugestimmt wird, muss mit der Zielsetzung verbunden sein, zu einer Einstellung der militärischen Aktivitäten und nach einer ökologischen Konversion zu einer anderen Funktion des Gebietes zu kommen.



Abbildung 11: Impressionen des Biosphärenreservates Rhön, Quellen: Bauernzeitung vom 26.05.2014 (li.), Bundesamt für Naturschutz (re.)

durch schwache wirtschaftliche Dynamiken sowie durch ein geringes Angebot an Arbeitsplätzen auszeichnen - wie dies bei der Region Rhön der Fall ist. Um als Modellregion zu fungieren, müssen auch Arbeitsplätze in der Region zur Verfügung stehen:

Als ein wesentlicher Faktor der Entwicklungsdynamik des Biosphärenreservats muss gelten, dass die Zahl der hier lebenden Menschen auch in einem zahlenmäßig verträglichen Verhältnis zu den hier arbeitenden Menschen steht. (Ott/Gerlinger 1992: 30)

Dies wirft die Frage nach einer möglichen Verbindung zwischen ökonomischen Interessen und Naturschutz auf. Oder konkreter: Hatte die Anerkennung der Rhön als Biosphärenreservat positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung?

Tendenziell ist die Rhön - wie bereits erwähnt - eine ländliche, extensiv bewirtschaftete und relativ strukturschwache Region mit einer hohen AuspendlerInnenquote und einem relativ geringen Arbeitsplatzangebot. (vgl. Nattermann 2004: 100) Zum Zeitpunkt der Anerkennung der Region Rhön als Biosphärenreservat im Jahr 1991 war der Rückzug des Lebensmitteleinzelhandels zudem bereits stark zu spüren. Einrichtungen der Nahversorgung starben in den Gemeinden aus und verlagerten sich in Kleinzentren oder gar Kreisstädte, die Kaufkraft der Rhöner Bevölkerung lag unter den Landesdurchschnitten. (vgl. Geier 2004: 147) Die wirtschaftliche Entwicklung im Biosphärenreservat ist bis heute stark außenorientiert und somit

abhängig von den umliegenden Zentren und den großen Arbeitgebern in diesen Zentren. Innerhalb des Biosphärenreservates sind die Beschäftigungszahlen niedrig, da kleine Betriebe dominieren, was zu einer hohen Quote an BerufspendlerInnen führt:

Das Biosphärenreservat Rhön umfasst einen ländlich strukturierten Raum mit geringer Wirtschaftskraft und Schwächen in der Erwerbsstruktur. (Bayrische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön 2008: B2)

Auf der anderen Seite konnten in den letzten Jahren Marktnischen erschlossen und Produkte durch Qualität und Service angehoben werden. Als positive Beispiele gelten die Vermarktung von Streuobst, welche im Zuge der Rhöner Apfelinitiative das erste gemeinsame Fördervorhaben darstellte (vgl. Geier 2004: 147), sowie jene des Rhönschafes. Letztere geht zurück auf das Jahr 1984, als der BUND (Bund Naturschutz) in Bayern einen Landwirt bzw. eine Landwirtin für die Betreuung der letzten verbliebenen Rhönschafherde suchte. Seither wurde eine Produktpalette rund um das Rhönschaf entwickelt, welche Bekanntheit hat und zur Vermarktung der gesamten Region dient. (vgl. Geier 2004: 148)

Wurde der Beginn von "EinzelkämpferInnen" bestimmt, so haben sich mittlerweile eine Anzahl von unterschiedlichen regionalen Vermarktungsprojekten herausgebildet. Beispielsweise setzen DirektvermarkterInnen, die vor allem in der hessischen und bayrischen Rhön angesiedelt sind, ihre Produkte über Hofläden, Lieferdienste oder auf Wochen- und Bauernmärkten in den benachbarten Städten ab. (vgl. Kullmann 2004: 230) Produkte wie die "Bionade" haben einen Aufschwung erlebt, Rhöner Leitprodukte wie zum Beispiel das Rhönschaf, der Rhöner Apfel, das Biosphärenrind, das Rhöner Kümmelbrot, das Rhöner Ökobier oder Rhönholzprodukte wurden beworben. (vgl. Geier 2004: 149) 1998 wurde ein Partnerbetriebssystem für jene Betriebe entwickelt, die einen positiven Beitrag zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Biosphärenreservates Rhön leisten. 2003 gehörten der Vereinigung 52 Betriebe an. (vgl. Geier 2004: 150) Dieses Netzwerk ging später teilweise in der Struktur der "Dachmarke Rhön" auf, welche heute ein Qualitätssiegel für Produkte aus der Region darstellt. Zudem wurden Qualifizierungsmaßnahmen - wie zum Beispiel seit Mitte der 1990er-Jahren für Landfrauen - forciert, welche einige Existenzgründungen ermöglichten. (vgl. Kullmann 2004: 231) Bezüglich des Tourismus wurde der Fokus auf den sanften und naturnahen Tourismus gelegt. Freizeitnutzungen (u.a. Radwege, Reitwege, Segelflugg Routen oder Skilanglaufloipen) wurden

an die Schutzfunktionen des Biosphärenreservates angepasst. 2001 konnte die Region rund 1,7 Millionen Übernachtungen verzeichnen, die sich vor allem auf den bayrischen Teil konzentrieren. Allerdings macht sich der Trend zu Kurzurlauben auch hier bemerkbar. Die touristische Wertschöpfung wird auf rund 140 Millionen Euro geschätzt, wobei von zusätzlichen positiven Effekten durch die Vermarktung regionaler Produkte ausgegangen wird. (vgl. Bayrische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservates Rhön 2008: B5.1)

Eine Bestandserhebung der Aktivitäten des nachhaltigen Wirtschaftens im Biosphärenreservat Rhön zeigt, dass Betriebsumstellungen bzw. Neugründungen von nachhaltigkeitsorientierten Betrieben zeitlich insbesondere zu Beginn der Anerkennung des Biosphärenreservates gehäuft auftraten, und dass regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten, beispielsweise in Bezug auf das Rhönschaf oder Streuobst, angeregt wurden - auch wenn nicht alle Maßnahmen einer Nachhaltigkeitsprüfung standhalten würden. (vgl. Nattermann 2004: 102f) Besonders deutlich wird die positive Entwicklung von landwirtschaftlichen Betrieben wahrgenommen: Die Existenz einiger Betriebe konnte durch nachhaltiges Wirtschaften gesichert, der Umsatz – entgegen größerer Trends – gehalten oder sogar gesteigert werden. (vgl. Nattermann 2004: 104) Die befragten Betriebe gaben an, dass netto fast 200 Arbeitsplätze (zwei Drittel davon Vollzeitarbeitsplätze) geschaffen werden konnten. (vgl. Nattermann 2004: 105) Die drei Verwaltungsstellen des Biosphärenreservates Rhön in Bayern, Hessen und Thüringen werden hierbei insbesondere als Informationsträger, Unterstützer, Organisatoren und Impulsgeber sowie in Bezug auf Marketing (positiv) wahrgenommen. Insgesamt scheint jedoch die Außenwahrnehmung positiver zu sein als jene von innen - die Hauptarbeit hängt weiterhin am Engagement Einzelner. (vgl. Nattermann 2004: 109)

Diese Entwicklungen machen zweierlei deutlich: Zum einen ist die Relevanz der Anerkennung des Biosphärenreservates für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Rhön nicht deutlich herauszufiltern, da zu jener Zeit Anfang der 1990er-Jahre auch die Wiedervereinigung Deutschlands stattfand sowie diverse regionalpolitische Maßnahmen gesetzt wurden. So nehmen EU-Strukturförderprogramme für einzelne Projekte bis heute eine zentrale Rolle ein, weil keine der drei Verwaltungsstellen auf Länderebene für Regionalvermarktung wirklich zuständig ist. Politische Handlungsziele, welche dadurch in den Mittelpunkt rückten, waren einerseits

die Erhaltung der Rhöner Kulturlandschaft, auf der anderen Seite die Sicherung der Grünlandbewirtschaftung. (vgl. Geier 2004: 148f) Gleichzeitig zeigt das Beispiel Rhön die Bedeutung der Bereitschaft zu Veränderungen und der Akzeptanz des Biosphärenreservates vonseiten der lokalen Wirtschaftstreibenden sowie der Bevölkerung für nachhaltiges Wirtschaften. (vgl. Nattermann 2004: 101)

Zu Beginn des Biosphärenreservates war diese Akzeptanz nur eingeschränkt gegeben, da einerseits Ängste in Bezug auf Nutzungseinschränkungen durch den Naturschutz, andererseits Informationsdefizite sowie ein mangelnder Veränderungswille vorherrschten. (vgl. Ott/Gerlinger 1992: 32) Eine repräsentative Befragung der Rhöner Bevölkerung aus dem Jahr 2002 zeigt demgegenüber, dass mit dem Stichwort "Rhön" mittlerweile zumeist das Biosphärenreservat assoziiert wird. (vgl. Hansen 2004: 83) Über 70 Prozent der Befragten sehen eine Vorbildwirkung für ganz Deutschland, wobei allerdings von 30 Prozent Einschränkungen und Verbote, welche mit dem Biosphärenreservat verbunden sind, beklagt werden. (vgl. Hansen 2004: 84) Laut Lahner und Pollermann (2009: 56) ist es im Biosphärenreservat Rhön gelungen, das Regionsgefühl zu stärken und die Relevanz von Wertschätzung für Natur und Landschaft innerhalb der Bevölkerung zu verankern, wodurch sich die anfängliche breite Ablehnung gewandelt hat. Zudem konnte ein übergreifendes Netzwerk regionaler AkteurInnen, Strukturen für den Informationsfluss sowie eine konstruktive Kooperationskultur geschaffen werden:

Die Nutzung der länderübergreifenden Potenziale wie auch die Stärkung der regionalen Identität [Herv. i.O.] nach Innen und eines positives Images nach Außen wirken sich positiv auf die Teilregionen des BR [Biosphärenreservates, Anm. MW] aus. (Lahner/Pollermann 2009: 60)

Es konnte somit gezeigt werden, dass Natur und Landschaft Potenziale für die Lebensqualität und die Regionalentwicklung darstellen.

In Bezug auf die Zielerreichung des Biosphärenreservates Rhön wurden im Rahmen der repräsentativen Befragung der Bevölkerung von 2002 insbesondere die Bereiche Umweltschutz, Vermarktung heimischer Produkte und Förderung des Tourismus als positiv hervorgehoben. Weniger positiv werden die Auswirkungen bezüglich der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Kleinbetrieben wahrgenommen: Zwar wird davon ausgegangen, dass eher Ar-

beitsplätze entstanden als weggefallen sind, die meisten Befragten sehen jedoch keinerlei Veränderung durch das Biosphärenreservat. (vgl. Hansen 2004: 85) Diese ambivalente Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen für die Region Rhön durch die Anerkennung als Biosphärenreservat spiegelt sich auch in den wissenschaftlichen Beiträgen wider: Auf der einen Seite wird von einer gewissen Stagnation in Bezug auf den Bereich der Regionalvermarktung gesprochen, weswegen die Rhön ihren Modellcharakter verlieren könnte. (vgl. Lahner/Pollermann 2009: 62) Andererseits wird gerade diese als positives Merkmal für die Region Rhön hervorgehoben:

Das Biosphärenreservat Rhön kann auch im bundesdeutschen Vergleich als führende Modellregion für eine nachhaltige Regionalvermarktung betrachtet werden. (Kullmann 2004: 229)

Insgesamt und zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich Maßnahmen des nachhaltigen Wirtschaftens bisher vor allem auf Marktnischen beschränken:

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich nachhaltige Wirtschaftsweisen zwar positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken, jedoch nicht die Lösung aller aktuellen Arbeitsmarktprobleme sein können. So sind Arbeitsplätze durch nachhaltigkeitsorientiertes Wirtschaften bislang lediglich punktuell und nicht in der Breite der Region geschaffen worden. (Nattermann 2004: 107)

6.3 Beitrag der Vergleichsregionen für mögliche Szenarien

Die beiden Vergleichsregionen Oberlausitz und Rhön zeigen jeweils andere Entwicklungswege auf. Während in der Oberlausitz der Truppenübungsplatz ausgebaut, für Gefechtsübungen modernisiert sowie um beispielsweise einen Verkehrsübungsplatz erweitert wurde, dominieren im Biosphärenreservat Rhön die Themen Naturschutz, nachhaltiges Wirtschaften und Tourismus, wobei ein besonderes Augenmerk auf Regionalvermarktung gelegt wird. Wie auch aus der vorliegenden Arbeit deutlich wird, gibt es weit weniger Literatur und Studien über den Truppenübungsplatz Oberlausitz als über das Biosphärenreservat Rhön. Letzterem wird bisher wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt - vor allem auch von wissenschaftlicher Seite. Dies hängt sicherlich auch mit den unterschiedlichen Nutzungsformen zusammen, da eine mi-

litärische Nutzung weniger öffentliche Aufmerksamkeit zulässt und mit Betretungsverboten verbunden ist.

Ähnlich ist hingegen die Ausgangslage. Zentral ist die Frage nach der Schaffung von Arbeitsplätzen in peripheren und strukturschwachen ländlichen Regionen, wie wir sie bereits anhand der Untersuchungsregion ASTEG und des Waldviertels im Allgemeinen kennengelernt haben. Strukturkrisen, welche sich bereits in den 1950er-Jahren mit dem Bedeutungsverlust der Landwirtschaft andeuteten, sich in den 1970er-Jahren mit dem Niedergang von Industriebranchen - wie beispielsweise der Textilindustrie - verschärften³⁶, stellen gerade ländliche Regionen vor neue Herausforderungen. Arbeitsplätze gingen verloren und konnten nur zu einem geringen Teil kompensiert werden, wodurch insbesondere die junge und erwerbstätige Bevölkerung abwanderte. Dadurch kämpfen viele dieser Regionen mit Überalterung der Bevölkerung sowie mit Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Zudem wurde die Entwicklung beider Vergleichsregionen - ebenso wie jene des Waldviertels - durch ihre Grenzlage und die Grenzöffnung 1989/1990 geprägt. Obwohl diese geographische Grenzlage nun nicht mehr gegeben ist, hat sich die räumliche Distanz zu den wirtschaftlichen Zentren sowie die Verbindung der betreffenden Regionen zu diesen kaum verändert. Bis heute fehlen oft Verkehrswege, welche die untersuchten Regionen mit den umliegenden Zentren, aber auch mit benachbarten Regionen verbinden würden. Diese Abgeschiedenheit hat - zusammen mit den naturräumlichen Gegebenheiten - auch Auswirkungen auf bis heute vorhandene Strukturen: Die Bevölkerungsdichte ist gering, Kleinbetriebe und kleinbäuerliche Bewirtschaftung dominieren im Waldviertel und in der Rhön³⁷. Zudem ist eine intakte Natur und Landschaft erhalten geblieben. Diese Strukturen können auch als Potenziale für die Regionen betrachtet werden.

Welche Schlüsse können nun aufgrund der Erfahrungen in den dargestellten Vergleichsregionen für die Kleinregion ASTEG gezogen werden? Zuallererst kann festgestellt werden, dass - nicht zuletzt aufgrund der Größe der Vergleichsregionen - deutlich wird, dass die Ent-

³⁶Im Falle der östlichen Teile Deutschlands stellte sich diese Krise mit der Umstellung des wirtschaftlichen Systems im Zuge der Wiedervereinigung ein.

³⁷Mit Ausnahme des thüringischen Teils der Rhön, der bis Anfang der 1990er-Jahre von Agrargenossenschaften der DDR geprägt war.

wicklungsmöglichkeiten der Kleinregion ASTEG in Verbindung mit dem Waldviertel gesehen werden müssen. Sowohl ein Ausbau in Richtung Profilierung zum Thema Sicherheit, als auch Vermarktungsmöglichkeiten über den Naturschutz im Rahmen eines Biosphärenreservates machen einen Blick über die Grenzen der Kleinregion notwendig. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass sich unterschiedliche Nutzungen innerhalb einer Region nicht unbedingt ausschließen müssen. So befindet sich der Truppenübungsplatz Wildflecken mitten im Biosphärenreservat Rhön, und weite Teile sowohl des Truppenübungsplatzes Oberlausitz als auch des Truppenübungsplatzes Allentsteig sind bereits NATURA 2000 Schutzgebiete. Dies ist allerdings nur bis zu einem gewissen Grad möglich und erfordert gegenseitige Abstimmungen und Vereinbarungen.

Insgesamt hängen die Entwicklungsmöglichkeiten einer Region oft mit dem Engagement Einzelner auf unterschiedlichen Ebenen zusammen. Projekte müssen gestartet, finanzielle Fördermöglichkeiten gefunden und Bewusstseinsarbeit geleistet werden. Im Fall der Oberlausitz wurde um den Erhalt und die weitere Modernisierung des Truppenübungsplatzes, welche aufgrund der Bundeswehrreform in Frage gestellt wurden, gekämpft, in der Rhön um die Anerkennung als Biosphärenreservat und nicht zuletzt um die Akzeptanz der Bedeutung von Naturschutz innerhalb der lokalen Bevölkerung. Folgende Faktoren wurden im Zuge dessen als förderlich identifiziert (vgl. Lahner/Pollerman 2009: 57):

- Günstige externe Faktoren zur Regionsbildung, wie etwa eine überschaubare Region;
- Vorhandene Verbundenheit mit der Region einerseits, sowie mit Natur und Landschaft andererseits;
- Anerkennung "von außen", im Fall der Region Rhön durch die UNESCO oder durch Wettbewerbserfolge;
- Lerneffekte in Bezug auf die Inwertsetzung der Natur sowie das Erkennen des eigenen Nutzens; und
- Lerneffekte hinsichtlich gemeinsamer Ziele und Visionen, die sich durch die gemeinsame Entwicklung von konkreten Projekten verstärken.

Hinzu kommen regionalpolitische Maßnahmen, durch welche Schwerpunkte in einer Region gesetzt werden. Damit wird deutlich, dass die weitere Entwicklung einer Region nicht nur in-

nerhalb dieser entschieden wird. Impulse und Einflüsse von überregionalen Einheiten kommen hinzu - nicht zuletzt über finanzielle Fördermöglichkeiten, aber auch über beispielsweise die Entscheidung, wo ein Truppenübungsplatz errichtet werden soll.

Trotz ähnlicher Ausgangslage wurden von den Vergleichsregionen sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen. Obwohl die Vergleichsregionen bis heute als relativ strukturschwach gelten, weisen sie im Verhältnis zu anderen Regionen eine positivere Entwicklung auf, weswegen sie im Rahmen der vorliegenden Arbeit auch als "Best-Practice"-Beispiele vorgestellt wurden. Hierbei wurde auch gezeigt, dass sich Naturschutz und wirtschaftliche Entwicklung nicht ausschließen müssen. Beide Wege können zu ökonomischer Wertschöpfung auf regionaler Ebene führen. Wie die Entwicklung in einer anderen Region - wie der Kleinregion ASTEG - verlaufen würde, ist daraus nicht eins zu eins abzuleiten, Anregungen können allerdings geholt werden. Wie Entwicklungsmöglichkeiten von ExpertInnen, die mit der Kleinregion ASTEG bzw. dem Waldviertel in Verbindung stehen, eingeschätzt bzw. welche überhaupt von ihnen gesehen werden, wird das nächste Kapitel zeigen.

7 Mögliche Entwicklungsszenarien im Rahmen der Generierung einer (klein-)regionalen Identität

Der Truppenübungsplatz Allentsteig ist der größte militärische Übungsplatz in Österreich. Die primäre Nutzung ist somit eine militärische. Sekundär wird das Gelände für Jagd sowie Forst- und Landwirtschaft genutzt. (Interview Fritz: 09.12.2013) Diskussionen über Entwicklungsszenarien bzw. Vorschläge über mögliche Um- und Neunutzungen des Geländes gibt es schon länger. So brachten die Grünen 2004 einen diesbezüglichen Antrag im Nationalrat ein, im März 2012 wurde eine Anfrage gestellt. In dieser schlugen sie die Reduzierung des Areals der militärischen Nutzung auf ein Drittel vor. Die übrigen zwei Drittel sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und zu einem Nationalpark umgestaltet werden. Begründet wurde dies nicht nur mit der Erhaltung der Naturlandschaft, sondern insbesondere mit der Öffnung des Geländes für die Zivilbevölkerung, wodurch eine touristische Nutzung sowie eine Aufwertung der Region ermöglicht würden. (vgl. Parlament der Republik Österreich 2012a: 2) Zudem wurde im Frühjahr 2012 die Auslagerung der Heeresforstverwaltung diskutiert. Die Planungen reichten von einer Übergabe an die Bundesforste bis hin zur Schaffung einer privaten Heeresforst-Verwaltungsgesellschaft, Hintergrund war nicht zuletzt die lukrative Vergabe von Jagdlizenzen. Allerdings befürchteten die LandwirtInnen Auswirkungen auf ihre Pachtverträge, weswegen Widerstand gegen die Pläne des damaligen Verteidigungsministers Darabos angekündigt wurde. (vgl. Kurier 2012: o.S.) Das Militär demgegenüber befürchtete Einschränkungen in seiner Flexibilität. In einer Anfragebeantwortung vom Mai 2012 stellte Darabos jedoch klar, dass eine Schließung des Truppenübungsplatzes Allentsteig nicht zur Diskussion steht. Vielmehr hätte die militärische Nutzung oberste Priorität. Zudem sei nicht beabsichtigt, die Pachtverträge der LandwirtInnen aufzulösen. (vgl. Parlament der Republik Österreich 2012b: 1) 2014 stellten einige Abgeordnete zum Niederösterreichischen Landtag einen Antrag zum Ausbau des Truppenübungsplatzes Allentsteig zu einem europäischen Friedens- und Sicherheitszentrum.

Dies macht einerseits deutlich, dass es sich nicht nur um eine Thema innerhalb der Kleinregion ASTEG handelt. Vielmehr orientieren sich die Überlegungen zu den unterschiedlichen möglichen Szenarien nicht zuletzt daran, welche Rolle dem österreichischen Bundesheer zuge-

schrieben wird und wie sich dieses in Sicherheitsdoktrine auf europäischer Ebene einordnet. (Interview Komlosy: 02.04.2014) Gefechtsübungen brauchen nun einmal das hierfür nötige Übungsgelände. Dementsprechend werden diesbezügliche Entscheidungen auf überregionalen Ebenen getroffen - nicht zuletzt, da sich das Gelände im Eigentum der Republik Österreich befindet.

Auf der anderen Seite werden durch die Diskussionen diverse Problematiken deutlich, welche mit der derzeitigen militärischen Nutzung zusammenhängen und mögliche andere Nutzungen einschränken könnten. Einschränkungen könnten sich aufgrund des historischen Erbes ergeben: Die Republik Österreich übernahm das Gelände 1957 "im öffentlichen Interesse" und ist seither Eigentümerin, die Nutzung ist jene eines militärischen Truppenübungsplatzes. Sollte sich dies ändern, könnten ehemalige Vertriebene eventuell Rechtsansprüche geltend machen. Bisher bezog man sich auf das 3. Staatsdurchführungsgesetz vom Juli 1957, welches eine Entschädigung nur bei politischer Verfolgung, nicht aber bei Unterzeichnung eines Kaufvertrages vorsieht. (vgl. Brandstetter 1989: 85) Sollte auch nur ein Quadratmeter des Geländes verkauft werden, ist die Zustimmung des Nationalrates erforderlich. (Interview Lehr: 09.05.2014) Hinzu kommen Pachtverträge von LandwirtInnen über Gebiete am Rande des Truppenübungsplatzes, die eine Fläche von 2.500 Hektar einnehmen. Die Pachtpreise sind niedrig, da beispielsweise kein Anspruch auf Flurschädenabgaben besteht.³⁸ Aufgrund des Schießbetriebes ist zudem eine gewisse Größe des Übungsgeländes vonnöten. Beispielsweise benötigt eine Panzerkanone eine Länge von acht bis zwölf Kilometer und eine Breite von ein bis zwei Kilometer. Auf rund 8.000 Hektar im Zentrum des Truppenübungsplatzes besteht eine *latente Blindgängergefährdung* (Interview Fritz: 09.12.2013), wodurch die Betretung Sicherheitsbedenken auslöst. Sie sind Sperrgebiet. Kosten für Munitionssondierung werden auf etwa 500 bis 600 Euro pro Hektar geschätzt, eine oberflächennahe Beräumung auf etwa 3.100 bis 3.200 Euro pro Hektar. (vgl. Schlauderer/Prochnow 2004: 77) Eine Nutzbarmachung dieser Fläche wäre somit nur durch entsprechende finanzielle Mittel zu gewährleisten.

Nichtsdestotrotz gibt es Überlegungen und Vorschläge für Um- und Neunutzungen für

³⁸Flurschäden sind Schäden, die beispielsweise durch Wild, militärische Übungen oder Höhere Gewalt an Feldern, Weiden, Forsten oder sonstigen landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzten Flächen entstehen.

das Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig, welche insbesondere für die Kleinregion ASTEG Bedeutung haben. Sie sollen nicht nur mit der regionalen Identität im Einklang stehen, sondern auch die zukünftige Entwicklung der Kleinregion positiv beeinflussen. Dies hat den Hintergrund, dass sich in den letzten Jahren auch innerhalb der österreichischen Bundesheeres Veränderungen ergeben haben, da Einsparungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor auch vor diesem nicht Halt machen. Zwar beschäftigt der Truppenübungsplatz bis heute 261 Bedienstete, eine Verringerung von deren Anzahl konnte allerdings insbesondere aufgrund von Umschichtungen innerhalb des Heeres verhindert werden. Dementsprechend sind Vorschläge über Um- und Neunutzungen eng verbunden mit der Bedeutung des Truppenübungsplatzes als Leitbetrieb für die Kleinregion ASTEG. Um einen Überblick über diese Überlegungen zu bekommen, wurden Interviews mit (regionalen) ExpertInnen aus verschiedenen Bereichen geführt, zur besseren Veranschaulichung wurden anschließend mögliche Entwicklungsszenarien formuliert. Szenarien in diesem Zusammenhang sollen und können keine exakte Vorhersage über die Zukunft leisten. Vielmehr geht es darum, Aussagen über mögliche, wahrscheinliche oder auch gewünschte Entwicklungsrichtungen aufzuzeigen. (vgl. Ott/Gerlinger 1992: 43)

7.1 Szenario 1: Militärisches Sicherheitszentrum zur Friedenssicherung

Eine Möglichkeit zur militärischen Nutzung zusätzlich zu jener des österreichischen Bundesheeres wäre die Nutzung durch andere - europäische - Militärs. Erwähnt wird neben Deutschland und der Schweiz insbesondere die NATO. (Interview Hofbauer: 23.01.2014) Dies wird vor dem Hintergrund diskutiert, dass Österreich als neutrales Land besonders geeignet als Standort für Übungen zur Friedenssicherung erscheint. Aus diesem Grund - und aufgrund der technischen Ausstattung - wäre das Gelände auch konkurrenzfähig gegenüber anderen Übungsplätzen im europäischen Raum. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Eine Verbindung mit der Friedensakademie in Schlaining wäre zu überlegen. (Interview Kastner: 03.10.2013) Man müsste sich die Frage stellen, wie sich das österreichische Bundesheer militärstrategisch ausrichten wird bzw. will - insbesondere im Kontext der europäischen Sicherheitspolitik. Geht die Tendenz eher in Richtung Aufklärung, wäre ein internationales Zentrum für Ausbildung gut. Die Militärs müssten entscheiden, welches Potenzial sie haben, um Ausbildungen durchzuführen. Eine Diskussion über die Tätigkeiten des Bundesheeres im Rahmen des europäischen Friedensprojektes

müsste breiter geführt werden. (Interview Androsch: 21.02.2014)

Zusätzlich zu der Nutzung durch militärische Einheiten aus anderen Ländern müssten allerdings Rahmenbedingungen in Form eines kulturellen und touristischen Umfeldes geschaffen werden, welches auch marketingmäßig entsprechend beworben wird, um das Potenzial ausschöpfen zu können. (Interview Hofbauer: 23.01.2014) Insgesamt könnten damit 200 Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden. (Interview Waldhäusl: 10.02.2014) Hierfür wären aber Investitionen in das Gelände nötig:

In den nächsten Jahren sollen hier 120 Millionen Euro in den Ausbau investiert werden. Ein internationales Sicherheitszentrum soll etwa weitere 300 Arbeitsplätze bringen und in einigen Jahren sollen dann hier – wie bisher auch schon – internationale Militärs aber auch Experten aus dem Katastrophenschutz trainieren. Das gibt auch neue Impulse für den Tourismus in der Region. (Richter 2008: 11)

Diese mögliche Auslastung durch internationale Truppen wird von anderen angezweifelt. Eine gemeinsame Beübung - beispielsweise mit der Armee der Schweiz - finde bereits statt. (Interview Rosner: 21.02.2014) Es handelt sich zumeist um bilaterale Übungen, deren Anzahl sich allerdings in Grenzen hält und wahrscheinlich auch nicht ausgebaut werden kann. (Interview Fritz: 09.12.2013) Einerseits gäbe es einen Konkurrenzdruck durch die Öffnung des Ostblockes und dort gelegene Übungsplätze (Interview Mold: 23.01.2014), von welchen viele größer sind als der Truppenübungsplatz Allentsteig. Auf der anderen Seite haben die meisten anderen europäischen Staaten ein Berufsheer, wodurch tendenziell weniger Übungen stattfinden - und auch in diesen Staaten gibt es Übungsplätze, welche genutzt werden müssen. (Interview Fritz: 09.12.2013) Zudem müsste man sich überlegen, was es für eine Region bedeutet, wenn andere Militärs zum Üben kommen würden: Sowohl der Schießtakt als auch die Emissionen würden sich erhöhen (Interview Fritz: 09.12.2013), auf Beschränkungen (beispielsweise Überflugverbote) würde weniger geachtet werden, was negative Folgen für die lokale Bevölkerung hätte und von dieser kaum hingenommen werden würde. (Interview Spindler: 14.04.2014)

7.2 Szenario 2: Ziviles Sicherheitszentrum

Eine Alternative zur Nutzung durch internationale bzw. europäische Truppen, welche ebenfalls im Rahmen eines Sicherheitszentrums diskutiert wird³⁹, ist jene als Übungsgelände für zivile Einrichtungen wie Blaulichtorganisationen (Feuerwehr, Polizei, Rettung)⁴⁰ sowie für Spezialeinheiten. Hierfür bestehe eine Infrastruktur, beispielsweise Häuser ehemaliger Dörfer, welche zum Training für den Häuserkampf genutzt werden könnten bzw. teilweise auch schon genutzt werden. (Interview Fritz: 09.12.2013) In einer Studie über Strategien für das Waldviertel aus dem Jahr 2003 schätzt das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO die Nutzung des Geländes durch Militäreinheiten anderer Länder u.a. aufgrund der relativen Kleinheit im europäischen Vergleich als eher unwahrscheinlich ein, erwähnt aber die Möglichkeiten der vermehrten Einbindung von Zivilpersonen sowie der Konzentration von Schulungseinrichtungen des Heeres in Allentsteig:

Eine zunehmend zivile Anbindung an Gelände, Infrastruktur und Know-how des Bundesheeres unter Wahrung der aus militärischer Sicht notwendigen Einschränkungen ist durchaus denkbar und viel versprechend. Ohne auf konkrete Projekte oder Initiativen näher einzugehen, erscheinen Bereiche wie Sicherheitsschulung und Sicherheitstechnik, Logistik, Fahrsicherheit im Gelände (aber auch Naturbeobachtung) als Bestandteile einer längerfristigen, besser verschränkten militärischen und zivilen Nutzung der Ressourcen um den Truppenübungsplatz plausibel. (WIFO 2003: 19)

Ein möglicher Anknüpfungspunkt wäre hierbei die Schaffung einer Schnittstelle zur professionellen Krisenbewältigung gemeinsam mit Gebietskörperschaften, Versicherungsunternehmen oder zivilen Hilfseinrichtungen. (vgl. WIFO 2003: 20) Es geht demnach insbesondere um eine Verbindung des Truppenübungsplatzes mit der umliegenden Region in Bezug auf die Erzielung regionaler Wertschöpfung.

³⁹In vielen Interviews wurde diese zivile Variante nicht von der militärischen getrennt. Im Zuge der Recherchen für die vorliegende Arbeit wurden die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen aber immer deutlicher, weswegen die beiden Szenarien aufgesplittet wurden.

⁴⁰Zusatzinformation: Bundesheer und Polizei sind in Österreich Bundessache, Feuerwehr und Rettung fallen in die Zuständigkeit der jeweiligen Länder.

Auch einige der befragten ExpertInnen würden für dieses Szenario plädieren, nicht zuletzt aufgrund der Größe des Geländes und der Möglichkeit zu Mehrfachnutzungen. (Interview Maier: 09.12.2013) Die 38 Anlagen könnten auch von zivilen AkteurInnen genutzt werden, da Bereiche wie Sicherheit, Katastrophenschutz oder Klimawandel nicht notwendigerweise zu den Kernaufgaben des Militärs gehören. (Interview Elsigan: 08.04.2014) Dies verweist auf die Bedeutung der Zusammenarbeit mit zivilen Organisationen, gerade im Rahmen des Katastrophenschutzes. Da sich die Bedrohungsbilder geändert haben, braucht es mehr Ausbildungen im Aufklärungsbereich. (Interview Androsch: 21.02.2014) Besonders das Ausbildungszentrum Steinbach ist in Verbindung mit dem Gebäudekampf, demnach Objektschutz und Geiselfreiung, zu nennen. Anders als durch die schweren Geschosse der Militärs, würde die Ruhe in der Region durch Sondereinheiten nicht gestört werden. (Interview Mold: 23.01.2014) Darüber hinaus ließe sich ein ziviles Sicherheitszentrum nicht nur mit den Zivilschutzaufgaben des Bundes, sondern auch mit anderen Nutzungen verbinden - was bei einem militärischen Sicherheitszentrum nicht der Fall wäre. (Interview Polleroß: 02.05.2014) Initiativen des Landeshauptmanns Erwin Pröll in Richtung Sicherheitszentrum gab es bereits 2008/09, wurden aber vom Verteidigungsministerium nicht weiter verfolgt. (Interview Maier: 09.12.2013)

Generell hätte das Sicherheitsthema Potenzial. (Interview Baum: 18.04.2014) Hierbei gehe es nicht nur um die militärische Dimension von Sicherheit, sondern um deren Einbettung vor dem Hintergrund einer "sicheren Region" sowie um die Frage, wie der Standort wirtschaftlich ausgebaut werden könnte. (Interview Kastner: 03.10.2013) Sicherheit sei mittlerweile zu einem wichtigen Urlaubsfaktor geworden, wobei gerade das Waldviertel diesbezüglich von seinen Gästen sehr gut bewertet werde. (Interview Schwarzinger: 06.12.2013) Die größte ökonomische Wertschöpfung wird nicht vom Tourismus, sondern vom Testen von Gefahren erwartet. (Interview Wallenberger: 24.09.2013) Hinzu kämen privatwirtschaftliche Nutzungen, wie beispielsweise das Schneekettentraining auf der Panzerübungsstrecke. All dies wäre aber eine Querschnittmaterie, welche die Region alleine nicht bewältigen könne (Interview Wallenberger: 24.09.2013), sondern eine Einbindung in einen größeren Verbund nötig machen würde.

Allerdings werde die Infrastruktur des Geländes bereits heute von Blaulichtorganisationen mehrmals pro Jahr genutzt:

Wir sind ein Sicherheitszentrum. (Interview Fritz: 09.12.2013)

So befindet sich auf dem Gelände die einzige urbane Trainingsanlage in ganz Österreich, auf der die Polizei Einsätze bei Demonstrationen trainiert. Eine Flammwand, welche von der Feuerwehr genutzt wird, ist ebenfalls vorhanden. (Interview Fritz: 09.12.2013) Inwiefern dies weiter ausgebaut werden kann, sei fraglich, da es in Tulln bereits ein modernes Feuerwehr-Sicherheitszentrum gäbe und auch die Polizei eigene Schießplätze hätte. (Interview Hofbauer: 23.01.2014) Zudem brauche man für das Üben für den Zivilschutz eigentlich eine Kulturlandschaft, die es in Allentsteig aufgrund der Verwilderung nicht gäbe. (Interview Rosner: 21.02.2014) Auch die Finanzierung eines Ausbaus einer solchen Anlage ist unklar. Diesbezügliche Diskussionen gäbe es bereits seit rund zwanzig Jahren. Sie sind aber weit gestreut, nicht genau definiert und konnten bisher nicht umgesetzt werden. (Interview Fritz: 09.12.2013) Eine weitere Zusammenarbeit mit zivilen Einrichtungen erscheint trotzdem möglich. Das WIFO hält zusammenfassend fest, dass

seitens des österreichischen Bundesheeres eine große Bereitschaft besteht, den Truppenübungsplatz anderen Nachfragern als dem Militär zu öffnen. Dieser begrüßenswerten Haltung wird allerdings teilweise Widerstand von der Jägerschaft bzw. der Forstverwaltung entgegengesetzt. (WIFO 2003: 130)

7.3 Szenario 3: Wild und Jagd

Ein Szenario, welches in Zusammenhang mit der Bewerbung der Kleinregion ASTEG für die Landesausstellung des Landes Niederösterreich im Jahr 2017 formuliert wurde, ist jenes der Wild und Jagd. Dies hat den Hintergrund, dass wegen der auf dem Übungsgelände vorherrschenden Artenvielfalt auch der Wildbestand gut ist. Neben Rotwild sind insbesondere Wildschweine vorhanden. Auch in der (wissenschaftlichen) Literatur wird die Berücksichtigung der Möglichkeit der jagdlichen Nutzung auf Gebieten von (ehemaligen) Truppenübungsplätzen diskutiert und als grundsätzlich geeignet eingestuft. Damit wäre ein jährliches Einkommen durch die Vergabe von Jagdrechten sowie durch die Erhebung von Jagdpacht möglich. Zu beachten (vgl. Schlauderer/Prochnow 2004: 80) ist allerdings, dass keine Verpachtung von Teilgebieten, auf denen keine Trittsicherheit besteht, stattfinden darf. Zudem variieren die einzelnen Pachtpreise stark nach Regionen - sie befinden sich in einer Spanne zwischen drei

und 13,5 Euro pro Hektar. Bei einer Beanschlagung eines zu hohen Jagdpachtpreises könnte die Entwicklung der Wildtierzahlen außer Kontrolle geraten. Um dem vorzubeugen, könnte mit der Beweidung mit Wildtieren und der damit verbundenen Einzäunung ein befriedeter Bereich geschaffen werden, in dem eine jagdliche Nutzung verboten ist.

Das Szenario Wild und Jagd wird erst seit kurzem diskutiert und scheint ein Randthema zu sein, da die befragten ExpertInnen kaum in die Tiefe gegangen sind. Zwar werden die Nachfrage in der Umgebung sowie der Wildbestand auf dem Gebiet von einigen als sehr gut (Interview Maier: 09.12.2013) und für das Waldviertel - insbesondere in Bezug auf den Hirschbestand - als einzigartig (Interview Mold: 23.01.2014) beschrieben, doch gäbe es bereits Verpachtungen an Private. (Interview Hofbauer: 23.01.2014) Generell gilt die Jagd als ein einträgliches Geschäft, vor allem über den Verkauf von Lizenzen. (Interview Mold: 23.01.2014) Inwiefern dies noch ausgebaut werden kann, ist aber fraglich: Die Abteilung für Jagd wurde erst Ende Dezember 2012 in das Kommando des Truppenübungsplatzes integriert, eine Privatisierung ist nicht vorgesehen. (Interview Oberst Fritz: 09.12.2013) Ebenfalls nicht möglich wäre ein freier Durchgang durch das Sperrgebiet, da hier die Primärnutzung dem Scharfschießen und dem militärischen Üben gilt, was eine Vereinbarung dieser beiden Nutzungsformen erschwert. Touristisch könnte das Thema Wild und Jagd einen Anziehungspunkt für die JägerInnenschaft auch aus weiterer Entfernung darstellen. (Interview Schwarzingler: 06.12.2013) Allerdings sei das Gelände kein großes Jagdgebiet (Interview Androsch: 21.02.2014) und nicht so speziell wie beispielsweise die Alpen. (Interview Lehr: 09.05.2014) Zudem wäre dies eine auf Exklusivität ausgerichtete Vermarktung, da keine ZuseherInnen erwünscht wären, die kaum mit anderen touristischen Nutzungen - wie zum Beispiel einem Naturpark - vereinbar wäre. (Interview Fritz: 09.12.2013)

7.4 Szenario 4: Naturschutz mit touristischem Gesamtkonzept

Das Szenario, welches bisher am meisten und - neben jenem des Sicherheitszentrums - am längsten diskutiert wird, ist die Nutzung des Geländes als Naturpark oder Nationalpark. Bereits 2004 haben die Grünen eine Anfrage an den Nationalrat über die Verkleinerung des Truppenübungsplatzes Allentsteig und die Schaffung eines Nationalparks auf dem freiwerdenden

Gelände gestellt. 11.000 Hektar sind bereits NATURA 2000 Schutzgebiet (Vogelschutzgebiet). Gerade Gebiete von Truppenübungsplätzen - oder ehemaligen Truppenübungsplätzen - gelten auch in der (wissenschaftlichen) Literatur als besonders artenreich und somit schützenswert. Dies hat unterschiedliche Gründe (vgl. Burkhardt et al. 2004: 16f):

- Großflächigkeit und Abgeschiedenheit: Die Gebiete sind nicht durch Siedlungsachsen zerschnitten, wodurch sie Refugien gerade für Tierarten mit großem Raumanspruch bereitstellen.
- Extreme ökologische Bedingungen: Es wurden und werden keine für Kulturlandschaften üblichen Maßnahmen zur Boderverbesserung gesetzt.
- Breites Lebensraumspektrum: Eine hohe Artenanzahl an Flora und Fauna ist vorhanden.
- Anhaltende Dynamik: Stellenweise weniger rasch ablaufende Sukzession⁴¹ durch die spezifischen Effekte militärischer Nutzung wie beispielsweise Entwaldung, periodische Flächenbrände oder mechanische Bodenverwundung.

Breiter wird der Zusammenhang zwischen Naturschutz, Nachhaltigkeit und Regionalentwicklung - demnach die mögliche wirtschaftliche Bedeutung von Naturschutzgebieten - gerade für ländliche Regionen diskutiert. Laut Coy und Weixlbaumer (2009: 8) geht es darum,

die Regulations-, Lebensraum-, Träger-, Entwicklungs- und Informationsfunktion von Schutzgebieten gleichzeitig zu gestalten sowie über deren Grenzen hinaus als Instrument einer nachhaltigen Regionalentwicklung insgesamt zu nutzen.

Die Miteinbeziehung der ökologischen Dimension in das Konzept der nachhaltigen Regionalentwicklung, welche auch die Bedeutung von Schutzgebieten als Instrumente berücksichtigt, steht in Zusammenhang mit einer Verschiebung des Verständnisses bezüglich des Zusammenhangs zwischen Natur und Kultur. Während frühere Ansätze des Naturschutzes diesen als sektoralen begriffen haben und einen Gegensatz zwischen Natur und Mensch postulierten, geht ein dynamisch-innovativer Ansatz nicht nur von einer ganzheitlichen, nachhaltigen Entwicklung, sondern auch von einer Einheit zwischen Natur und Mensch aus. (vgl. Mose/Weixlbaumer

⁴¹Unter Sukzession versteht man in der Ökologie und Botanik die (auf natürlichen Faktoren beruhende) zeitliche Abfolge von Pflanzen- oder Tiergesellschaften an einem Standort.

2003: 42) Auf Basis der früheren Ansätze erfuhr der Naturschutz in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges eine breite gesetzliche Verankerung. Mit dem Naturschutzjahr 1970 wurden Forderungen nach Gebietsschutz aufgewertet (vgl. Mose/Weixlbaumer 2003: 39), der erste Nationalpark in Österreich - der Nationalpark Hohe Tauern - wurde 1981 staatlich anerkannt, 1984 und 1991 erweitert. Hier steht (noch) der Schutzgedanke im Vordergrund. Das wechselseitige Verhältnis von Mensch und Natur spiegelt sich demgegenüber in dem bereits vorgestellten Konzept des Biosphärenreservates wider, das Modellregionen für nachhaltige Lebensweisen miteinbezieht. Auch das Konzept der Naturparke, das sich in Österreich bereits in den frühen 1960er-Jahren entwickelt hat, geht in diese Richtung: Naturparke sollten als Erholungsgebiete für die städtische Bevölkerung dienen, neben dem Aspekt der Naherholung stand die touristische Nutzung im Vordergrund. (vgl. Gamper/Heintel/Weixlbaumer 2002: 90) Zwar sollten Naturparke zudem auch Typuslandschaften Österreichs ausweisen (vgl. Mose/Weixlbaumer 2003: 68), doch wurde bei diesem Konzept der Naturschutz selbst untergeordnet – er blieb anderen Schutzkategorien, wie beispielsweise den Nationalparks, vorbehalten. Mit der Gründung des Vereins der Naturparke Österreichs (VNÖ) im Jahr 1995 entstand die Idee, dass Naturparke zu Modellregionen für nachhaltige Entwicklung werden sollten:

Ein Naturpark soll demnach auch als Instrument einer integrierten Regionalentwicklung dienen und Entwicklungsimpulse mit der Landwirtschaft und dem Tourismus schaffen. (Gamper/Heintel/Weixlbaumer 2002: 89)

Doch genau bei dem Beitrag zu regionaler Wertschöpfung zeigt sich ein ambivalentes Bild: Auf der einen Seite erwarten sich BewohnerInnen von den Naturparks eine Stärkung der regionalen Wirtschaft, vor allem über die Förderung von Erholung und Tourismus. Auf der anderen Seite bleiben die tatsächlichen Effekte oft hinter den Erwartungen zurück – nach dem Empfinden dominieren andere Leistungen, wie beispielsweise Naturschutz und Erholungsqualität. (vgl. Pröbstl-Haider 2013: 24) Auch bereits existierende Beispiele machen deutlich, dass Schutzgebiete bezüglich ihrer Wirkung als Kommerzialisierungsinstrumente für periphere ländliche Räume oft überschätzt werden. (vgl. Mose/Weixlbaumer 2003: 89) Potenzial können sie hingegen entwickeln, wenn der Naturschutz neben der Regionalentwicklung eine gleichberechtigte Rolle spielt, und Naturparke politisch neu im Bewusstsein verankert werden. (vgl. Gamper/Heintel/Weixlbaumer 2002: 92) Zudem sind die Begleitung mit anderen Raumpla-

nungsmaßnahmen sowie die Akzeptanz und Initiative vonseiten der lokalen Bevölkerung zentral. (vgl. Weixlbaumer 1998: 113) Landschaft, Schutzgebietsverwaltung, Einbindung der Bevölkerung sowie Anerkennung als Großschutzgebiet⁴² sind Faktoren, damit Schutzgebiete zu Entwicklungsmotoren für ländliche Räume werden:

Es prägt das Bild der Region nach außen (Marketing- und Kommunikationsfunktion), verstärkt die regionale Identität und bindet die Region an die Erfüllung von Qualitätskriterien. (Franzen et al. 2008: 37)

Das Szenario der Schaffung eines Nationalparks oder - was häufiger erwähnt wurde - eines Naturparks wird unter den befragten ExpertInnen kontroversiell diskutiert, es scheint am wenigsten mit einer militärischen Nutzung vereinbar zu sein. (Interview Hofbauer: 23.01.2014) Favorisiert wird es insbesondere von ExpertInnen aus den Bereichen Tourismus und von jenen aus der Politik, die dem Naturschutz nahe stehen. Es wird argumentiert, dass eine Entwicklung in Richtung Naturschutz andere Möglichkeiten für die Region bereitstellen würde: ruhige Gegend, Wanderwege, die Nutzung des Ottenseer Stausees. Nach dem Vorbild des Donauradweges könnte die Region an das europäische Radwegenetz angeschlossen werden. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Zur Nutzung des Stausees müsste die südliche Grenze des Truppenübungsplatzes nach Norden verschoben werden. Geführte Wanderungen durch das Gebiet hätten zudem den Effekt einer Öffnung vonseiten des Bundesheeres. (Interview Spindler: 14.04.2014) Tourismus könnte auch in Form von Abenteuer-tourismus stattfinden. (Interview Polleroß: 02.05.2014) Generell erscheint aus touristischer Sicht ein Nationalpark oder ein Naturpark als optimalste Lösung, denn:

Diese Art der unberührten Natur ist sicherlich einzigartig. (Interview Schwarzinger: 06.12.2013)

Eine Verbindung zur Region Kampseen, welche unter dem Motto "Wasser" steht, wäre denkbar. Allerdings würde das Konzept eines Naturparks das touristische Potenzial, über das regionale Wertschöpfung erzielt werden könnte, nicht optimal ausschöpfen. Vielmehr müsste ein Naturerlebnisraum geschaffen werden, welche die Besonderheiten der Region hervorhebt und

⁴²Großschutzgebiete sind Schutzgebiete, welche eine Mindestfläche von 1.000 Hektar aufweisen.

eine Verbindung zu Aktivitäten im Outdoorbereich ermöglicht. Ein Gesamtkonzept mit folgenden Eckpfeilern müsste geschaffen werden: Bewegung und Outdoor (u.a. Wandern, Rad, Golf, Klettern), Gesundheit, Kulinarik und Genuss, Jugendtourismus (v.a. für Projektwochen) sowie Winterauszeit (u.a. "Alaska-Feeling", Langlauf, Huskies). (Interview Schwarzinger: 06.12.2013) Der Naturpark sollte zudem in ein Gesamtkonzept eingebettet werden, das nicht nur die touristische Nutzung, sondern auch die Selbstversorgung - inklusive der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte in der Region - miteinschließt. (Interview Piringer/Moser/Stanik: 14.04.2014) Auch Biolandwirtschaft könnte damit verbunden werden, immerhin floriere beispielsweise Sonnentor. (Interview Polleroß: 02.05.2014)

Dass das Konzept des Naturparkes in Verbindung mit sanftem Tourismus genügend ökonomische Wertschöpfung lukrieren könnte, wird von einigen ExpertInnen bezweifelt. (Interview Kastner: 03.10.2013) Zwar wäre bisher kaum der Wille dagewesen, Ökologie zu vermarkten, doch beispielsweise Kuren werden nur in Anspruch genommen, wenn sie von der Krankenkasse bezahlt werden. Punktuell gäbe es zwar Möglichkeiten (zum Beispiel über Vogelbeobachtung), viele Arbeitsplätze könnten über den Tourismus aber nicht geschaffen werden. Aufgrund der Schießübungen durch das Militär sei keine breite touristische Vermarktung möglich. (Interview Baum: 18.04.2014) Darüber hinaus gäbe es im Waldviertel bereits sehr viel Ökologie. (Interview Wallenberger: 24.09.2013) Zu den geringen Erträgen kämen weitere, mit der Nutzbarmachung des Gebietes aufgrund der Blindgängergefährdung verbundene, Kosten auf die Region und das Land Niederösterreich zu. (Interview Maier: 09.12.2013) Generell wird das Szenario des Naturschutzes in Verbindung mit Tourismus eher für die Randbereiche des Geländes diskutiert, da die volle Auslastung einer derart großen Fläche durch eine nicht-militärische Nutzung angezweifelt wird. (Interview Androsch: 21.02.2014) Auch bleibt die Frage, ob durch eine touristische Nutzung nicht die unberührte Landschaft gestört werden würde. (Interview Rosner: 21.02.2014)

7.5 Zwischenfazit: *Wenn das Bundesheer nicht wäre, was wäre sonst da?*

Der Truppenübungsplatz stellt für unser Heer nach Größe und Infrastruktur die beste Ausbildungseinrichtung heute und für die Zukunft dar und danach ist seine

unschätzbare Bedeutung für das Österreichische Bundesheer zu bemessen. Vorstellungen einer Verkleinerung oder gar Stilllegung sind unreal und bewirken bei den Bürgern nichts anderes als falsche Hoffnungen und irgendwann auch einmal Enttäuschung. (Wagnsonner 1991: 268)

Dieses Zitat verweist auf die Brisanz des Themas Truppenübungsplatz Allentsteig in Verbindung mit der Diskussion über die Zukunft des österreichischen Bundesheeres. Auch in den meisten ExpertInneninterviews wird Folgendes deutlich: Die militärische Primärnutzung wird kaum angezweifelt, vielmehr geht es um Sekundärnutzungen, welche dieser untergeordnet sind. Durch die Beibehaltung der Wehrpflicht wird keine gravierende Umstrukturierung in naher Zukunft erwartet. (Interview Fritz: 09.12.2013) Zum anderen erscheint die Gesamtfläche der militärischen Nutzung kaum antastbar, da der Übungsplatz aufgrund seiner Größe militärische Relevanz besitzt – und nur aufgrund dieser Größe einzigartig in Österreich im militärischen Bereich ist. Diese Größe mache auch eine konzentrierte zivile Nutzung kaum rentabel. (Interview Rosner: 21.02.2014) Hinzu kommt das blindgängergefährdete Sperrgebiet im Zentrum, welches *nicht wegzudiskutieren* (Interview Fritz: 09.12.2013) ist. Eine Umgestaltung und Nutzbarmachung für eine andere Nutzungsform ist kostenintensiv – und die finanziellen Ressourcen hierfür scheinen weder auf regionaler Ebene, noch auf einer höheren Ebene vorhanden zu sein. Somit wird im Grunde über eine mögliche Um- und Neunutzung von Randbereichen diskutiert. Diese werden bereits teilweise landwirtschaftlich genutzt. In diesem Zusammenhang gibt es eine Neuerung seit 2013: Die Flächen werden nun durch die Republik Österreich (das Verteidigungsministerium) an eine Grunderwerbsgenossenschaft, welche in der Landwirtschaftskammer angesiedelt ist, verpachtet. Diese gibt das Land an die LandwirtInnen weiter. Die Dauer der Pachtverträge beträgt demnach nicht mehr ein Jahr, sondern erstreckt sich über die siebenjährige Förderperiode. (Interview Fritz: 09.12.2013) Diese langfristige Planung wurde schon länger von den LandwirtInnen angeregt.

Gibt es dementsprechend überhaupt eine Alternative bzw. mögliche Szenarien der Um- oder Neunutzung, welche angestrebt werden? Das zentrale Thema für die Kleinregion ist jenes der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region - nicht zuletzt um die Abwanderung der Bevölkerung zu verlangsamen oder sogar zu verhindern. Hierbei geht es nicht vordergründig um militärische Arbeitsplätze. Vielmehr könnte der Sicherheitsbereich um zivile

Szenarien	Probleme	Potenziale
militärisches Sicherheitszentrum	Internationale Konkurrenz, daher Auslastung schwer abschätzbar; Negative Auswirkungen auf Region (Schießtakt, Emissionen)	Profilierung zum Thema Sicherheit; Schaffung (bzw. Erhaltung) von Arbeitsplätzen
ziviles Sicherheitszentrum	Eingeschränkte Ausbau- möglichkeiten; Fehlende konkrete Definition	Öffnung für zivile Einrichtungen (v.a. Katastrophenschutz); Möglichkeit zu Mehrfach- nutzungen
Wild und Jagd	Fehlende Größe, Ausbau unklar; Kaum Verbindung mit anderer touristischer Nutzung möglich (Exklusivität)	Touristische Vermarktung an kaufkräftige Kundschaft; Ertrag aus Verkauf von Jagdlizenzen
Naturschutz mit touristischem Gesamtkonzept	Kaum Vereinbarkeit mit militärischer Nutzung; Geringe ökonomische Wertschöpfung (zusätzliche kostenintensive Nutzbarmachung)	Einbettung in Gesamtkonzept eines sanften Tourismus; Naturschutz in Verbindung mit Selbstversorgung der Region

Tabelle 6: Zusammenschau möglicher Szenarien

Einrichtungen, insbesondere des Katastrophenschutzes, erweitert werden. (Interview Elsigan: 08.04.2014) An dieser Stelle könnte auch noch ein fünftes Szenario – jenes der Mischung aus allen vier bisher vorgestellten Szenarien – hinzukommen. Wie aus der Zusammenschau der Szenarien deutlich wird (siehe Tabelle 6), hat jedes Szenario sowohl Schwachpunkte als auch Potenziale. Durch die militärische Nutzung sind naturräumliche Besonderheiten entstanden. Auch ein (ziviles) Sicherheitszentrum könnte die Ökologie fördern und der Öffentlichkeit zugänglicher machen. (Interview Wallenberger: 24.09.2013) Inwiefern ein militärisches Sicherheitszentrum mit einem öffentlich zugänglichen Naturpark zu verbinden ist, bleibt allerdings fraglich. Andere Vorschläge, welche im Rahmen dieser Arbeit aufgrund der nur einmaligen Erwähnung durch einzelne ExpertInnen nicht als eigene Szenarien formuliert wurden, sind zum einen die Stärkung des Standortes Schwarzenau durch einen Gewerbepark oder ein Innovationszentrum (Interview Baum: 18.04.2014), zum anderen die Öffnung des Geländes für Wiederbesiedelung, auch für MigrantInnen (Interview Lehr: 09.05.2014).

Um Nutzungskonflikten vorzubeugen, müsste eine Entscheidung darüber getroffen werden, welche Nutzung als prioritär angesehen wird. Dies hängt nicht zuletzt von der Frage ab, inwiefern wirtschaftliche Impulse für die Region vonseiten des Militärs ausgehen können. Mit dieser Frage in Verbindung stehen jedoch Entwicklungen, welche über die Grenzen der Kleinregion und des Waldviertels hinausgehen.

8 Schlussbemerkungen: Möglichkeiten endogener Regionalentwicklung

Die Entwicklung des ländlichen Raumes bewegt sich zwischen den beiden Polen der zentralen Fremdsteuerung und der endogenen Selbstbestimmung.

(Henkel 2004: 379)

Mögliche Szenarien für das Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig und die damit in Verbindung stehenden weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Kleinregion ASTEG werden von unterschiedlichen Ebenen beeinflusst. Auf Ebene der Europäischen Union geht es einerseits um Fördermaßnahmen für ländliche Räume, welche deren Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität über Projekte mit Innovationsfähigkeit steigern sollen. Auf der anderen Seite stellt der Truppenübungsplatz als militärisch genutztes Gelände ein Symbol für den Stellenwert, den das österreichische Bundesheer im Kontext einer europäischen Sicherheitspolitik einnehmen soll, dar. Somit ist seine weitere Nutzung eingebettet in die Diskussion über die zukünftige Rolle des österreichischen Bundesheeres auf Ebene des Nationalstaates. Der Truppenübungsplatz Allentsteig befindet sich im Eigentum der Republik Österreich - weswegen es nach der Meinung einiger der befragten ExpertInnen auch in deren Verantwortung liege, etwas Positives für die Region aus dem Gelände zu machen. Zwar sei eine gute Zusammenarbeit zwischen der Region und dem Militär nötig, allerdings:

Das Militär betreibt keine Regionalentwicklung. (Interview Wallenberger: 24.09.2013)

An dieser Stelle stellt sich zudem die Frage, wie die Achse zwischen dem Land Niederösterreich und dem Verteidigungsministerium als Bundeseinrichtung hergestellt werden kann (Interview Fritz: 09.12.2013), da der Bund das Gelände nutzt, aber Finanzierungen - gerade für den Infrastrukturausbau in den umliegenden ländlichen Gebieten - vonseiten des Landes erwartet werden. Auf dieser Ebene wiederum wird über Konzepte wie jenes der Kleinregionen versucht, die Kooperation zwischen den einzelnen Gemeinden zu forcieren. Auch hierauf nimmt das großflächige Gelände des Truppenübungsplatzes als räumliche Barriere, das historisch gesehen die Entwicklung von regionalen Zentren prägte, Einfluss:

Der TÜPI stellt das Herz des Waldviertels dar - allerdings ein Herz ohne Bevölkerung. (Interview Baum: 18.04.2014)

Den Initiativen von überregionalen Ebenen ist gemeinsam, dass sie einerseits den Versuch unternehmen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf die regionale Ebene zu transferieren und diese - als eine sich näher an der Bevölkerung befindende - Ebene zu stärken. Auf der anderen Seite bestimmen sie deren Spielraum und damit deren weitere Entwicklungsmöglichkeiten über die Verteilung von finanziellen Ressourcen mit. In diesem Spannungsverhältnis befindet sich die Region als Handlungsebene. In besonderem Ausmaß trifft dies auf periphere ländliche Regionen zu, die durch eine schwache eigene wirtschaftliche Leistung und einen damit in Verbindung stehenden Mangel an Arbeitsplätzen geprägt sind. Ihre Wirtschaftsstruktur ist zumeist von überregionalen Zentren abhängig, was auf das Thema der Erreichbarkeit verweist, das von einigen befragten ExpertInnen angesprochen wurde. Auch für das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO stellt die Erreichbarkeit einen zentralen Faktor für die regionale Entwicklung dar:

Abgeschiedenheit und geringes Verkehrsaufkommen können auch als Stärke verstanden werden, es müssen aber andere Entwicklungspfade eingeschlagen werden als in Regionen mit guter Anbindung an Zentren. Eine große Herausforderung in peripheren Regionen wie etwa dem Waldviertel ist es, die wirtschaftlichen Verbindungen [zu] Nachbarregionen zu stärken und teilweise zu etablieren. (WIFO 2011: 13)

Die Folge der wirtschaftlichen Schwäche führt zu Abwanderung insbesondere der jüngeren und erwerbstätigen Bevölkerung, wodurch sich viele ländliche Regionen mit einem ständigen Anstieg des durchschnittlichen Alters der dort lebenden Bevölkerung konfrontiert sehen. Durch Abwanderung und die damit verbundene Schrumpfung sinken aber auch die Gemeindeeinnahmen, wodurch sich Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge ergeben. Die Verfügbarkeit eben dieser Versorgungsleistungen stellt aber eine wichtige Basis für die Lebensqualität in den betreffenden Regionen und Gemeinden dar. Während "Außenstehende" - wie beispielsweise TouristInnen - eine Region über ihre spezifische Angebote und Charakteristika identifizieren, ist für die Identifizierung mit ihrer Region durch die BewohnerInnen die dort vorgefundene Lebensqualität zentral.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum die Überlegungen über mögliche Um- und Neunutzungen des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig auf Ebene der Kleinregion

ASTEAG auf die Diskussion über die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen fokussiert. Der Truppenübungsplatz nimmt hier vor allem durch seine Funktion als Leitbetrieb bzw. größter Arbeitgeber eine bedeutende Rolle ein. Man hat die Befürchtung, dass diese Arbeitsplätze, welche als - gerade für das Waldviertel - relativ gut bezahlt und sicher gelten, nicht durch andere Bereiche kompensiert werden können, was möglicherweise zu weiterer Abwanderung aus der Region führt. Der öffentliche Sektor beschäftigt im gesamten Waldviertel die meisten ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig gibt es in diesem Sektor einen Abbau von Personal im Zuge von Einsparungen und der Tendenz zur Konzentration von Verwaltungsstellen. Kapazitäten für den Erhalt von bereits existierenden bzw. sogar für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen erscheinen unwahrscheinlich. Zudem beschäftigt der TÜPI direkt nur männliche Arbeitskräfte. Da gesellschaftliche Tendenzen zeigen, dass das Modell des männlichen Familienernährers abnimmt, bleibt die Frage, ob man damit junge und gut ausgebildete weibliche Arbeitskräfte in der Region halten kann - nicht zuletzt, da Kinderbetreuungsstätten, welche eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten, weitgehend fehlen. Für das gesamte Waldviertel liegt das Einkommen unter dem niederösterreichweiten Medianeinkommen, jedoch verdienen insbesondere Frauen unterdurchschnittlich. Generell wäre eine Klärung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Truppenübungsplatzes für die Gesamtregion - etwa in Form einer wissenschaftlichen Studie - wichtig, da gerade die Meinungen über seine Bedeutung für beispielsweise Betriebe aus den Bereichen Gastronomie oder Handwerk, welche als Zuliefererbetriebe fungieren könnten, auseinander gehen bzw. für die letzten Jahre eher eine Abnahme konstatieren. (Interview Baum: 18.04.2014)

Welche Entwicklungsmöglichkeiten für die Kleinregion ASTEG ergeben sich nun im Kontext der bereits angedeuteten gesellschaftlichen Tendenzen? Eine Region konstituiert sich durch die Abgrenzung zu anderen Regionen über regionsspezifische Besonderheiten bzw. über ein sogenanntes "Alleinstellungsmerkmal" (USP). Ihr werden dadurch bestimmte Eigenschaften - vermittelt über Inhalte und Symbole - zugeschrieben, welche eine Identifizierung mit ihr sowohl vonseiten Außenstehender als auch vonseiten der lokalen Bevölkerung ermöglicht. Für die Kleinregion ASTEG wurde das Gelände des Truppenübungsplatzes Allentsteig als Alleinstellungsmerkmal ausgemacht. Allerdings ist für die Verankerung eines positiven Images einer Region eine positive Besetzung dieses Alleinstellungsmerkmals, die auch als Identifi-

zierungsmöglichkeit für die BewohnerInnen dienen kann, zentral. Im Fall des Truppenübungsplatzes Allentsteig ist dieser - nicht zuletzt aufgrund des historischen Erbes bzw. der Implementierung von außen oder aufgrund von damit verbundenen Einschränkungen für das alltägliche Leben in Form von Lärmbelästigung oder Durchfahrtsperren - durch Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet, die bisher noch nicht positiv besetzt werden konnten. Zudem ist eine Identifizierung der BewohnerInnen mit der Kleinregion laut den befragten ExpertInnen nur in eingeschränktem Maße gegeben. Vielmehr identifizieren sich die Menschen mit ihren eigenen Gemeinden oder mit dem Waldviertel im Allgemeinen. Dies mag an der erst relativ kurzen Existenz der Kleinregion liegen, eventuell aber auch an der bisher mangelnden Möglichkeit, sich jenes Gelände des Truppenübungsplatzes, das als "verbindendes Element" die Region stärken soll, aufgrund der Betretungsverbote selbst anzueignen. (Interview Lehr: 09.05.2014) Ein mögliches Nachfolgeprojekt, welches die Bevölkerung in die Ideenfindung miteinbezieht, könnte dies ändern - allein hierin liegt bereits ein Beitrag der vorgestellten Szenarien für die Generierung einer (klein-) regionalen Identität.

Handelnde AkteurInnen geben einer Region Inhalt und eine Richtung, in welche sie sich entwickeln kann und soll. Dies spiegelt sich auch in den beiden Prämissen für eine integrierte ländliche Entwicklung wider: Zum einen sollen alle relevanten AkteurInnen eingebunden, zum zweiten endogene Ressourcen genutzt werden. Wie die beiden Vergleichsregionen gezeigt haben, kann die Entwicklung hierbei in völlig unterschiedliche Richtungen gehen, das jeweilige Alleinstellungsmerkmal muss jedoch im Vordergrund stehen. Die Region Oberlausitz setzte auf eine Modernisierung des Truppenübungsplatzes, die Region Rhön als Modellregion für nachhaltige Entwicklung auf die Vermarktung regionaler Produkte sowie auf naturnahem Tourismus. Beide Konzepte sind mit Anfangskosten verbunden und müssen innerhalb der Region Unterstützung sowie regionale PromotorInnen finden. Obwohl noch immer eine Außenabhängigkeit gegeben ist - in Oberlausitz durch nationale Entscheidungen möglicherweise aufgrund der Bundeswehrreform, in Rhön durch die Anerkennung vonseiten der UNESCO - sowie die wirtschaftlichen Effekte, welche sich genau durch diese Projekte ergeben haben, schwer abschätzbar sind, hat sich insbesondere die Region Rhön laut Studien besser entwickelt als vergleichbare Regionen. Auch in der Kleinregion ASTEG gehen die Diskussionen über mögliche Entwicklungsszenarien vor allem in diese beiden Richtungen: Profilierung im Bereich Sicherheit

über ein verstärktes Einbinden ziviler Einrichtungen in eine militärische Primärnutzung oder Naturschutz in Verbindung mit einem touristischen Gesamtkonzept. Andere Nutzungsmöglichkeiten - wie beispielsweise ein Innovationszentrum oder eine Wiederbesiedelung - werden kaum diskutiert. Insofern hat sich die dieser Arbeit zugrunde liegende Hypothese, dass die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Geländes des Truppenübungsplatzes Allentsteig entweder in Richtung verstärktes Ausschöpfen der militärischen Nutzung mit dem Ziel der Profilierung der Kleinregion ASTEG im Bereich Sicherheit oder aber in Richtung Naturschutz mit dem Ziel der Einbettung in ein touristisches Gesamtkonzept des Waldviertels gehen, bestätigt.

Die Bedeutung des Truppenübungsplatzes Allentsteig als militärischer Standort gilt nicht nur für die Kleinregion oder das Waldviertel, sondern für Österreich im Allgemeinen. Somit besteht eine gewisse Verantwortung überregionaler Ebenen - insbesondere des Nationalstaates und des Landes Niederösterreich - betreffend der Gewährleistung von Lebensqualität innerhalb der Region. Dies bezieht nicht nur den Ausbau regionaler Verbindungsstrecken und überregionaler Netzwerke der Verkehrsinfrastruktur mit ein, sondern auch die Schaffung von Ausbildungseinrichtungen sowie die Förderung innovativer Projekte und Initiativen aus der Region. Innerhalb der Region selbst sollten konkrete Entwicklungsziele - gerade auch vor dem Hintergrund einer Schrumpfung und damit einhergehenden Herausforderungen - formuliert werden. Die Bereitschaft zu Kooperation (auch über die Ländergrenzen hinweg) und zu innovativen Projekten wäre hierbei ebenso zentral wie die Miteinbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen. Dies setzt aber auch die Schaffung bestimmter Rahmenbedingungen - wie zum Beispiel die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie über den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Einrichtung von Angeboten für Jugendliche - voraus. Will man auf die Nutzung endogener Potenziale setzen, sollten diese klar identifiziert werden. Von einigen befragten ExpertInnen wurden in diesem Zusammenhang beispielsweise die Vermarktung regionaler Produkte (inklusive sogenannter "Nischenproduktionen"), sanfter Tourismus oder Spezialisierung in Bezug auf ein breites Sicherheitsverständnis (inklusive Katastrophenschutz) erwähnt. Hierbei müsste man sich die Frage stellen, wie diese Ideen in ein Gesamtkonzept für das Waldviertel einzuordnen sind.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Truppenübungsplatz Allentsteig das Alleinstellungsmerkmal der Kleinregion ASTEG darstellt, da er der Region Einzigartigkeit im Vergleich mit anderen Regionen verleiht. Gleichzeitig ist seine Existenz und derzeitige militärische Nutzung nicht auf endogene - aus der Region kommende - Initiativen, sondern auf eine Implementierung "von oben" zurückzuführen. Dies erschwert Strategien zur Erzeugung einer (klein-) regionalen Identität auf Basis des Truppenübungsplatzes. Mögliche Um- und/oder Neunutzungen des Geländes, welche eine (klein-) regionale Identität erzeugen bzw. stärken sollen, müssen daher aus der Region selbst kommen und im Einklang mit deren Position im überregionalen Gefüge stehen.

9 Literaturverzeichnis

Ahrens, Heinz (2002): Das Konzept der 'Nachhaltigkeit' bei der Entwicklung ländlicher Räume, in: Urff, Winfried v./ Ahrens, Heinz/ Neander, Eckhart (Hg.): Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, S. 7-25

AKNÖ – Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich (2013): Zahlen/ Fakten 2012: Niederösterreich und seine Regionen. Selbstverlag, Wien

Amt der NÖ Landesregierung (Hg.) (2007): Operationales Programm: Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreich 2007-2013: Innovative Regionalentwicklung für NÖ. Amt der NÖ Landesregierung, St. Pölten

Amt der NÖ Landesregierung (2013): Kleinregionale Projekte vor den Vorhang, unter: <http://www.kleinregionen-noe.at> (download am 16.02.2014)

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.) (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung, Positionspapier, Nr. 77. ARL, Hannover

Bauer, Siegfried (2002): Gesellschaftliche Funktionen ländlicher Räume, in: Urff, Winfried v./ Ahrens, Heinz/ Neander, Eckhart (Hg.): Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, S. 26-44

Bauer, Siegfried (2009): Ansteigende Diversitäten ländlicher Räume? Schlussfolgerungen für die Regionalpolitik, in: Friedel, Rainer/ Spindler, Edmund A. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume: Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 97-112

Bayrische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön (2008): Erster Integrierter Umweltbericht für das länderübergreifende UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, unter: <http://biosphären-reservat-rhoen.de/umweltbericht/html> (download am 16.06.2014)

Becker, Joachim (2013): Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen, in: Atzmüller, Roland et al. (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 24-56

Bednarek, Andreas/ Flöter, Johannes/ Samerski, Stefan (2004): Die Oberlausitz vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Gegenwart (1918-2000), in: Bahleke, Joachim (Hg.): Geschichte der Oberlausitz: Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende

des 20. Jahrhunderts, 2. Auflage. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig, S. 221-266

Benz, Arthur (Hg.) (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen: eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Berger, Gerda (2010): Die Beeinflussung der regionalen Identität durch regionale Kooperationen und durch von diesen regionalen Kooperationen erzeugte regionale Produkte. Dissertation, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien

Bezemek, Ernst (1991): Auf dem Weg zum Nationalsozialismus – Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Bezirken Horn und Zwettl 1919-1938, in: Rosner, Willibald (Hg.): Der Truppenübungsplatz Allentsteig: Region, Entstehung, Nutzung und Auswirkungen. Die Vorträge und Diskussionen des zwölften Symposiums des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde (Allentsteig, 1.-4.7.1991). Selbstverlag des NÖ Instituts für Landeskunde, Wien, S. 103-116

Biosphärenreservat Rhön (2014): Naturschutzgebiet 'Haderwald' - Kernzone im Biosphärenreservat Rhön, unter: <http://biosphaerenreservat-rhoen.de> (download am 17.04.2014)

Böcher, Michael (2009): Faktoren für den Erfolg einer nachhaltigen und integrierten ländlichen Entwicklung, in: Friedl, Rainer/ Spindler, Edmund A. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume: Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 127-138

Böcher, Michael/ Krott, Max/ Tränkner, Sebastian (2008a): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung, in: Böcher, Michael/ Krott, Max/ Tränkner, Sebastian (Hg.): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung: Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv“. VS Verlage für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 11-22

Böcher, Michael/ Krott, Max/ Tränkner, Sebastian (2008b): Erfolgsfaktoren integrierter ländlicher Entwicklung, in: Böcher, Michael/ Krott, Max/ Tränkner, Sebastian (Hg.): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung: Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv“. VS Verlage für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 109-149

Bogner, Alexander/ Menz, Wolfgang (2002): Das theoriegenerierte Experteninterview: Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion, in: Bogner, Alexander/ Menz, Wolfgang Menz (Hg.): Das Experteninterview: Theorie, Methode, Anwendung, Leske+Budrich, Opladen, 33-

Brandstetter, Wolfgang (1989): Rechtsprobleme des Truppenübungsplatzes Allentsteig, in: Polleroß, Friedrich (Hg.): 1938 Davor – Danach: Beiträge zur Zeitgeschichte des Waldviertels, 2. Auflage. Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes, Band 30, Horn/ Krems a.d. Donau, S. 79-96

Brenner, Neil (2004): *New State Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford University Press, Oxford

Brezzi, Monica/ Dijkstra, Lewis/ Ruiz, Vicente (2011): *OECD Extended Regional Typology: The Economic Performance of Remote Rural Regions*. OECD Regional Development Working Papers, 2011/06. OECD, Paris

Bundesagentur für Arbeit (2014): Arbeitsmarkt nach Regionen, unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de> (download am 03.07.2014)

Bundesamt für Naturschutz (2014): Biosphärenreservate, unter: <http://www.bfn.de> (download am 12.06.2014)

Bundesministerium der Verteidigung (2013a): De Mazière besucht Truppenübungsplatz in der Lausitz, unter: <http://www.bmvg.de/portal> (download am 13.05.2014)

Bundesministerium der Verteidigung (2013b): Biotop in der Panzerspur - Naturschutz auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz, unter: <http://www.bmvg.de/portal> (download am 16.06.2014)

Burkart, Michael et al. (2004): Einführung: Offene Sandlandschaften Mitteleuropas, Truppenübungsplätze und Naturschutz, in: Anders, Kenneth et al. (Hg.): *Handbuch Offenlandmanagement: Am Beispiel ehemaliger und in Nutzung befindlicher Truppenübungsplätze*. Springer Verlag, Heidelberg, S. 1-23

Coy, Martin/ Weixlbaumer, Norbert (2009): Der Biosphärenpark als regionales Leitbild nachhaltiger Entwicklung – Problemstellung und Projekthintergrund, in: Coy, Martin/ Weixlbaumer, Norbert (Hg.): *Der Biosphärenpark als regionales Leitinstrument: Das Große Walsertal im Spiegel der Nutzer*. Innsbruck University Press, Innsbruck

Cramer von Laue, Oda (1997): Regionalentwicklung im Biosphärenreservat Rhön im Spannungsfeld zwischen Bevölkerung und Experten. *Frankfurter Geographische Hefte*, Nr. 62. Frankfurter Geographische Gesellschaft, Frankfurt a.M.

Danielzyk, Rainer (2002): Regionalmarketing und die Konkurrenz der Regionen, in: Wolf,

Klaus/ Tharun, Elke (Hg.): Stadt- und Regionalmarketing – Vermarktung von Stadt und Region? Rhein-Mainische Forschung, Heft 122. Selbstverlag, Frankfurt a.M., S. 39-51

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (2014): UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, unter: <http://www.unesco.de/rhoen.html> (download am 16.06.2014)

Deutschlandfunk (2009): Gesichter Europas: Das Loch im Waldviertel. Der Truppenübungsplatz Allentsteig in Österreich, unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/gesichtereuropas> (download am 30.08.2014)

Eigner, Peter (2006): Entwicklung an der Grenze – Begrenzte Entwicklung? Die wirtschaftliche Entwicklung des Waldviertels im 20. Jahrhundert, in: Knittler, Herbert (Hg.): Wirtschaftsgeschichte des Waldviertels. Waldviertler Heimatbund, Horn/Waidhofen a.d. Thaya, 341-415

Erdmann, Karl-Heinz/ Frommberger, Johanna (1999): Neue Naturschutzkonzepte für Mensch und Umwelt: Biosphärenreservate in Deutschland. Springer-Verlag, Berlin/ Heidelberg

Europa-Plattform Waldviertel (2009): Strategie Waldviertel 2015+: Ideen und Maßnahmen zum laufenden Strategieprozess. Europa-Plattform Waldviertel, Zwettl

Europäische Gemeinschaften (2006): Der LEADER-Ansatz: Ein grundlegender Leitfaden. Europäische Gemeinschaften, Brüssel

Europäische Kommission (2006a): Fact Sheet: Neue Perspektiven für die Entwicklung des ländlichen Raums in der EU. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäische Gemeinschaften, Luxemburg

Europäische Kommission (2006b): Fact Sheet: Der LEADER-Ansatz - Ein grundlegender Leitfaden. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäische Gemeinschaften, Luxemburg

Franzen, Natalie et al. (2008): Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel, E-Paper der ARL Nr. 4. ARL, Hannover

Fürst, Dietrich (2001): Regional Governance – ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften?, in: Raumforschung und Raumordnung, Nr. 5-6/2001, S. 370-380

Fürst, Dietrich (2003a): Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9.2003, S. 441-450

Fürst, Dietrich (2003b): Aufwertung der Region als Ebene gesellschaftlicher Selbststeuerung, in: Zibell, Barbara (Hg.): Zukunft des Raumes: Perspektiven für Stadt – Region – Kultur – Landschaft. Peter Lang, Frankfurt a.M., S. 49-69

- Gamper, Christine/ Heintel, Martin/ Weixlbaumer, Norbert** (2002): Das österreichische Naturparkkonzept als Instrument regionaler Entwicklung? Erfahrungen aus Österreich anhand des Naturparks Ötscher-Tormäuer (Niederösterreich), in: Mose, Ingo/ Weixlbaumer, Norbert (Hg.): Naturschutz: Großschutzgebiete und Regionalentwicklung. Academia Verlag, Sankt Augustin, S. 86-110
- Geier, Michael** (2004): Vom Rhönschaf bis zum Rhöner Apfel: Regionalvermarktung (BR Rhön), in: Deutsches MAB-Nationalkomitee (Hg.): Voller Leben: UNESCO-Biosphärenreservate - Modellregionen für eine Nachhaltige Entwicklung. Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg, S. 146-151
- Giessen, Lukas** (2010): Regional Governance für ländliche Räume – innovativer Ansatz, politischer Gegenwind und der Weg vorwärts, in: Raumforschung und Raumordnung, Vol. 68, S. 3-14
- Graumann, Carl F.** (1983): On multiple identities, in: International Social Science Journal 35, S. 309-321
- Gutkas, Karl** (1991): Geschichte des Gebietes von Döllersheim und Allentsteig vom Hochmittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, in: Rosner, Willibald (Hg.): Der Truppenübungsplatz Allentsteig: Region, Entstehung, Nutzung und Auswirkungen. Die Vorträge und Diskussionen des zwölften Symposiums des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde (Allentsteig, 1.-4.7.1991). Selbstverlag des NÖ Instituts für Landeskunde, Wien, S. 1-17
- Häger, Astrid/ Kirschke, Dieter** (2007): Politik für den ländlichen Raum: Rural Development Policy 2007+, in: RuR, Nr. 4/2007, 275-287
- Hammer, Thomas** (2001): Biosphärenreservate und regionale (Natur-)Parke – Neue Konzepte für die nachhaltige Regional- und Kulturlandschaftsentwicklung? In: GAIA, Nr. 4, S. 279-285
- Hansen, Jochen** (2004): Regionale Akzeptanz und Einstellungen - Befunde und Konzept einer Repräsentativbefragung im Biosphärenreservat Rhön, in: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, Heft 1, Jg. 1/2004, S. 83-88
- Heintel, Martin** (2005): Regionalmanagement in Österreich: Professionalisierung und Lernorientierung. Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung 8. Institut für Geographie und Regionalforschung, Wien
- Henkel, Gerhard** (2004): Der ländliche Raum: Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem

19. Jahrhundert in Deutschland, 4. Auflage. Gebrüder Borntraeger Verlagsbuchhandlung, Berlin/Stuttgart

Hirsch, Joachim (2013): Was wird aus der Regulationstheorie?, in: Atzmüller, Roland et al. (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 380-396

Jessop, Bob (2007): Raum, Ort und Maßstäbe: Territorialisierungsstrategien in postfordistischen Gesellschaften, in: Kessl, Fabian/ Otto, Hans-Uwe (Hg.): Territorialisierung des Sozialen: Regieren über soziale Nahräume, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, S. 25-55

Kleinregion ASTEG (2013): Die Strategie 2013-2015: Damit die Region stärker 'zusammen.wächst'. Arbeitsprogramm für das künftige Kleinregionsmanagement ASTEG. Kleinregion ASTEG

Komlosy, Andrea (1991): Zur Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen im Raum Allentsteig/Döllersheim – 18. Jahrhundert bis 1938, in: Rosner, Willibald (Hg.): Der Truppenübungsplatz Allentsteig: Region, Entstehung, Nutzung und Auswirkungen. Die Vorträge und Diskussionen des zwölften Symposiums des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde (Allentsteig, 1.-4.7.1991). Selbstverlag des NÖ Instituts für Landeskunde, Wien, S. 81-100

Komlosy, Andrea (2006): Vom Kleinraum zur Peripherie: Entwicklungsphasen der wirtschaftlichen Abhängigkeit im 19. Jahrhundert, in: Knittler, Herbert (Hg.): Wirtschaftsgeschichte des Waldviertels. Waldviertler Heimatbund, Horn/Waidhofen a.d. Thaya, S. 217-340

Kritzinger, Sylvia/ Michalowitz, Irina (2008): Methodologische Triangulation in der europäischen Policy-Forschung, in: Janning, Frank/ Toens, Kathrin (Hg.): Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 191-210

Kullmann, Armin (2004): Stand der Regionalvermarktung landwirtschaftlicher Produkte in den deutschen Biosphärenreservaten, in: Deutsches MAB-Nationalkomitee (Hg.): Voller Leben: UNESCO-Biosphärenreservate - Modellregionen für eine Nachhaltige Entwicklung. Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg, S. 225-233

Kurier (2012): Enteignung in Allentsteig? (20.02.2012), unter: <http://kurier.at/chronik/nieder-osterreich/enteignung-in-allentsteig/768.714> (download am 03.01.2014)

Lahner, Marion/ Pollermann, Kim (2009): Regional Governance - Steuerung in der Rhön,

in: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, Heft 6, Jg. 6/2009, S. 51-64

Lausitzer Rundschau (2011): Ein Tag zum Feiern auf dem Truppenübungsplatz, 27.10.2011, unter: <http://www.lr-online.de/regionen/weisswasser/Ein-Tag-zum-Feiern-auf-dem-Truppenuebungsplatz;art13826,3546845> (download am 16.06.2014)

Maier, Renate (2001): Regionalbewusstsein – Regionales Marketing – Regionale Marken am Beispiel des niederösterreichischen Mostviertels. Dipl.-Arb., Universität Wien, Wien

Matuschewski, Anke/ Leick, Birgit (2012): Wirtschaftsentwicklung in demographischen Schrumpfungsregionen – Unternehmerische Herausforderungen und Strategien am Beispiel von Oberfranken, in: Raumforschung und Raumordnung, Vol. 70, S. 515-530

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht: Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview: Theorie, Methode, Anwendung. Leske+ Budrich, Opladen, S. 71-93

Mose, Ingo (1995): Ländliche Räume, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. ARL, Hannover, S. 573-579

Mose, Ingo/ Nischwitz, Guido (2009): Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume, E-Paper der ARL Nr. 7. ARL, Hannover

Mose, Ingo/ Weixlbaumer, Norbert (2003): Großschutzgebiete als Motoren einer nachhaltigen Regionalentwicklung? Erfahrungen mit ausgewählten Schutzgebieten in Europa, in: Hammer, Thomas (Hg.): Großschutzgebiete – Instrumente nachhaltiger Entwicklung. ökom, München, S. 35-95

Müller, Bernhard/ Wiechmann, Thorsten (2003): Anforderungen an Steuerungsansätze der Stadt- und Regionalentwicklung unter Schrumpfbedingungen, in: Müller, Bernhard/ Siedentop, Stefan (Hg.): Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen. ARL Nr. 133, Hannover, S. 112-124

Nattermann, Sabine (2007): Nachhaltiges Wirtschaften im Biosphärenreservat Rhön - Evaluation von wirtschaftlichen Impulsen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, in: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, Heft 4, Jg. 4/2007, S. 99-114

NÖ Statistik (2011): Statistisches Jahrbuch des Landes Niederösterreich, NÖ-Schriften 199. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Bad Vöslau

OECD (2006): The New Rural Paradigm: Policies and Governance. OECD, Paris

- ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz** (2006): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance: Veränderungen, Herausforderungen, Handlungsbedarf. ÖROK, Wien
- ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz** (2009): Neue Handlungsmöglichkeiten für periphere ländliche Räume: Stärkung der sozialen Vielfalt, Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit, Gestaltung der Landschaftsvielfalt, Schriftenreihe Nr. 181. ÖROK, Wien
- Ott, Erich/ Gerlinger, Thomas** (1992): Zukunftschancen für eine Region: Alternative Entwicklungsszenarien zum UNESCO-Biosphärenpark Rhön. Schriftenreihe Biosphärenreservat Rhön, Band 2. VAS-Verlag für Akademische Schriften oHG, Frankfurt a.M.
- Parlament der Republik Österreich** (2012a): Anfrage betreffend der Umstrukturierung des TüPI Allentsteig zu einem Nationalpark (11085/JXXIV.GP), unter: <http://www.parlament.gv.at> (download am 30.08.2013)
- Parlament der Republik Österreich** (2012b): Anfragebeantwortung (10936/ABXXIV.GP), unter: <http://www.parlament.gv.at> (download am 30.08.2013)
- Pröbstl-Haider, Ulrike** (2013): Regionalwirtschaftliche Effekte von Naturparks, in: Verband der Naturparke Österreichs (Hg.): Naturparke und nachhaltige Regionalentwicklung. VNÖ, Graz, S. 24-30
- Proplanta** (2010): Freistaat Sachsen und Bundesrepublik Deutschland schließen Vereinbarung zum Schutz seltener Arten und deren Lebensräume, 15.01.2010, unter: <http://proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Umwelt> (download am 21.10.2013)
- Proschek-Hauptmann, Michael** (2013): Naturschutz und Innovation: Zeitlos trifft Zeitgeist, in: Ausblicke. Magazin für ländliche Entwicklung, 1.13, S. 10-11
- Richter, Erwin** (2008): Truppenübungsplatz Allentsteig, in: ÖKB Landeszeitung, Ausgabe 15, September 2008, S. 10-11
- Rockenbauer, Rainer** (2013): Innovationsfähigkeit von LEADER anhand zweier Kulturgüterprojekte. MA-Arbeit, Universität Wien, Wien
- Sächsische Zeitung** (2014): Führungswechsel auf dem Truppenübungsplatz, 22.01.2014, unter: <http://www.sz-online.de/nachrichten/fuehrungswechsel-auf-dem-truppenuebungsplatz-27-58066.html> (download am 16.06.2014)
- Scheuplein, Christoph** (2008): Maßstabsebenen der Regulation, in: Wissen, Markus/ Rött-

ger, Bernd/ Heeg, Susanne (Hg.): Politics of Scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 186-207

Schlauderer, Ralf/ Prochnow, Annette (2004): Grundlagen der ökonomischen Bewertung des Offenlandmanagements, in: Anders, Kenneth et al. (Hg.): Handbuch Offenlandmanagement: Am Beispiel ehemaliger und in Nutzung befindlicher Truppenübungsplätze. Springer Verlag, Heidelberg, S. 75-86

Sinz, Manfred (1995): Region, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. ARL, Hannover, S. 919-923

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2013): Sachsen in Karten. Eigenverlag, Kamenz

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2014): Statistischer Bericht: Bevölkerungsstand des Freistaates Sachsen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen. Eigenverlag, Kamenz

Streitkräftebasis (2011): Datenblatt Truppenübungsplatz Oberlausitz, Stand 12/11, unter: <http://streitkraeftebasis.de> (download am 13.05.2014)

Streitkräftebasis (2013): Truppenübungsplatz Oberlausitz, unter: <http://streitkraeftebasis.de> (download am 13.05.2014)

Technisches Hilfswerk (2012): Ausbildung aus dem Truppenübungsplatz Oberlausitz, unter: <http://www.thw-pirna.de> (download am 03.03.2014)

Umweltbundesamt (1995): Biotoperhebung Truppenübungsplatz Allentsteig. Umweltbundesamt Wien, Juni 1995

VNÖ - Verband der Naturparke Österreichs (Hg.) (2013): Naturparke und nachhaltige Regionalentwicklung. VNÖ, Graz

Wagnsonner, Rudolf (1991): Der Truppenübungsplatz Allentsteig – Seine Bedeutung für das Österreichische Bundesheer und sein Stellenwert in der Region Waldviertel, in: Rosner, Willibald (Hg.): Der Truppenübungsplatz Allentsteig: Region, Entstehung, Nutzung und Auswirkungen. Die Vorträge und Diskussionen des zwölften Symposiums des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde (Allentsteig, 1.-4.7.1991). Selbstverlag des NÖ Instituts für Landeskunde, Wien, S. 277-293

Wanner, Manfred et al. (2004): Aktiver Truppenübungsplatz Oberlausitz, in: Anders, Kenneth et al. (Hg.): Handbuch Offenlandmanagement: Am Beispiel ehemaliger und in Nutzung

befindlicher Truppenübungsplätze. Springer Verlag, Heidelberg, S. 279-291

Wardenga, Ute/ Miggelbrink, Judith (1998): Zwischen Realismus und Konstruktivismus: Regionsbegriffe in der Geographie und anderen Humanwissenschaften, in: Wollersheim, Heinz-Werner/ Tzschaschel, Sabine/ Middel, Matthias (Hg.): Region und Identifikation. Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig, S. 33-46

Weichhart, Peter/ Weiske, Christine/ Werlen, Bruno (2006): Place Identity und Images: Das Beispiel Eisenhüttenstadt. Institut für Geographie und Regionalforschung, Wien

Weingarten, Peter (2009): Ländliche Räume und Politik zu deren Entwicklung, in: Friedl, Rainer/ Spindler, Edmund A. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume: Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 93-95

Weixlbaumer, Norbert (1998): Gebietsschutz in Europa: Konzeption – Perzeption – Akzeptanz: Ein Beispiel angewandter Sozialgeographie am Fall des Regionalparkkonzeptes in Friaul-Julisch Venetien. Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeographie, Band 8, Wien

Werthmüller, Ewald (1994): Räumliche Identität als Aufgabenfeld des Städte- und Regionenmarketing. Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M.

WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) (2003): Regionalpolitische Strategien für das Waldviertel. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Raiffeisen-Holdung Niederösterreich-Wien. WIFO, Wien

WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) (2011): Indikatoren für die Auswirkungen des Programms der Ländlichen Entwicklung 2007/13 in Österreich. WIFO, Wien

Winkel, Rainer (2003): Bestandsentwicklung, Schrumpfung – Herausforderung für die Planung, in: Müller, Bernhard/ Siedentop, Stefan (Hg.): Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen. ARL Nr. 133, Hannover, S. 3-10

Zeitler, Klaus (2001): Raumbezogene Identität – ein Entwicklungsfaktor für den ländlichen Raum? Selbstverl. Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Augsburg

A ExpertInneninterviews

Alle Interviews wurden in dem Zeitraum September 2013 bis Mai 2014 geführt.

Name	Bereich	Funktion bzw. Qualifizierung	Ort und Datum
Androsch, Mauris	Politik	Landesrat (SPÖ), Vorsitzender der Europa-Plattform Pro Waldviertel	St. Pölten, 21.02.2014
Baum, Josef	Wissenschaft	Volksökonom und Geograph, Studien u.a. zur wirtschaftlichen Bedeutung des TüPI Allentsteig	Wien, 18.04.2014
Elsigan, Karl	Politik	Bürgermeister von Schwarzenau (ÖVP), Vorsitzender der Kleinregion ASTEG	Telefoninterview, 08.04.2014
Fritz, Josef	Militär	Oberst, Kommandant des TüPI Allentsteig	Allentsteig, 09.12.2013
Hofbauer, Johann	Politik	Abgeordneter NÖ Landtag (ÖVP), Präsident des NÖ Zivilschutzverbandes	St. Pölten 23.01.2014
Kastner, Christof	Wirtschaft	Lebensmittelgroßhändler mit Sitz in Zwettl, Obmann des Vereins Wirtschaftsforum Waldviertel	Krems, 03.10.2013
Komlosy, Andrea	Wissenschaft	Historikerin, Studien u.a. zur Textilindustrie im Waldviertel sowie zur Errichtung des TüPI Allentsteig	Wien, 02.04.2014
Lehr, Bernhard	Zivilgesellschaft	Obmann des Vereins "Freunde der alten Heimat" (Ausgesiedelte)	Wien, 09.05.2014
Maier, Jürgen	Politik	Abgeordneter NÖ Landtag (ÖVP), Bürgermeister von Horn, Vorsitzender der Europa-Plattform Waldviertel	Horn, 09.12.2013
Mold, Franz	Politik	Abgeordneter NÖ Landtag (ÖVP), Obmann der Bezirksbauernkammer Zwettl	St. Pölten, 23.01.2014

Piringer, Andreas/ Moser, Silvia/ Stanik, Gerhard	Politik	Grüne Zwettl	Zwettl, 14.04.2014
Polleroß, Friedrich	Wissenschaft	Kunsthistoriker, Gründer des Ersten Österreichischen Museums für Alltagsgeschichte (Neupöllau)	Wien, 02.05.2014
Rosner, Willibald	Militär, Wissenschaft	ehem. Zeitoffizier am TÜPI Allentsteig, Leiter des NÖ Landesarchives	St. Pölten, 21.02.2014
Schwarzinger, Andreas	Tourismus	Geschäftsführer von "Destination Waldviertel", Waldviertel Tourismus	Zwettl, 06.12.2013
Spindler, Heinz	Zivil- gesellschaft	Friedensaktivist	Weitra, 14.04.2014
Waldhäusl, Gottfried	Politik	Abgeordneter NÖ Landtag (FPÖ)	St. Pölten 10.02.2014
Wallenberger, Josef	Wirtschaft	Regionalberater, Mitentwickler diverser Entwicklungskonzepte	Horn, 24.09.2013

Abstract

Many rural areas face shrinking processes which are even hard to cope with through political strategies at a regional level. Because of a lack of jobs they depend on major employers, such as the military training ground Allentsteig in the region ASTEG. At the same time cost-cutting measures in the public sector put pressure on the military sector and, therefore, on the future existence of military training grounds. Against the background of the different meanings of the military training ground Allentsteig for the region ASTEG, the master thesis seeks to point out alternative ways of using the ground according to the development of an identity for the region. The assumption is that it will be either a further military use for strengthening the region's focus on security or a focus on nature protection within the further concept of a tourist region Waldviertel. The findings out of this case study show possible regional development strategies for rural areas.

Zusammenfassung

Viele ländliche Räume sind mit Schrumpfungsprozessen konfrontiert, welche durch regionalpolitische Maßnahmen oft nur schwer aufzuhalten sind. Ausdruck finden diese nicht zuletzt in einem Mangel an Arbeitsplätzen, weswegen Leitbetriebe in den betreffenden Regionen eine zentrale Rolle einnehmen. Einen solchen stellt der Truppenübungsplatz Allentsteig für die Kleinregion ASTEG dar. Einsparungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor, die auch den militärischen Bereich betreffen, haben zu Überlegungen innerhalb der Kleinregion über die Zukunft des Geländes des Truppenübungsplatzes geführt. In diesem Kontext zielt die vorliegende Arbeit einerseits auf das Herausfiltern der Bedeutungsdimensionen des Truppenübungsplatzes für die Kleinregion, auf der anderen Seite auf das Aufzeigen von Szenarien von möglichen Um- oder Neunutzungen des Geländes, welche zur Generierung einer neuen (klein-) regionalen Identität beitragen können. Dabei wird angenommen, dass diese entweder in Richtung verstärktes Ausschöpfen der militärischen Nutzung mit dem Ziel der Profilierung der Kleinregion im Bereich Sicherheit, oder aber in Richtung Entwicklung eines Naturschutzkonzeptes mit dem Ziel der Einbettung in ein touristisches Gesamtkonzept des Waldviertels gehen. Die Erkenntnisse werden in Überlegungen zu regionalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten für ländliche Regionen übergeführt.

Lebenslauf

MANUELA WADE

(zuvor: Grabner)

geb. am 16. März 1983

Ausbildung

- seit Oktober 2008: Masterstudium Raumforschung und Raumplanung, Universität Wien
- Oktober 2007 - November 2012: Doktoratsstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien (Dissertation zum Thema *Space matters - Handlungsräume in globalisierten Städten*)
- Oktober 2001 - März 2007: Diplomstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien
- 1993 - 2001: Bundesgymnasium Bachgasse, Mödling

Berufserfahrung

- seit Oktober 2008: Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
- seit Januar 2008: Institutsreferentin für Projektmanagement und -koordination am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
- 2004 - 2007: Praktika u.a. am Renner Institut (Wien), am Institut für Afrikakunde (Hamburg) sowie bei der Volkshilfe Österreich (Wien)

Auslandsaufenthalte

- Juli - September 2009: Forschungsaufenthalt an der Temple University, Philadelphia, Pa., USA
- März - Mai 2006 sowie Januar - Februar 2009: Forschungsaufenthalte an der Université Cheikh Anta Diop, Dakar, Senegal